

Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid

Working Paper

Subventionen in Deutschland: Der Kieler Subventionsbericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 479/480

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid (2010) : Subventionen in Deutschland: Der Kieler Subventionsbericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 479/480, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39243>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kieler **Diskussionsbeiträge**



Subventionen in Deutschland: Der Kieler Subventionsbericht

Alfred Boss und Astrid Rosenschon

Nr. 479/480 | Juni 2010

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Web: www.ifw-kiel.de

Dr. Alfred Boss

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: +49/431/8814-231
E-Mail: alfred.boss@ifw-kiel.de

Dr. Astrid Rosenschon

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: +49/431/8814-488
E-Mail: astrid.rosenschon@ifw-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment
Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

ISSN 0455-0420

ISBN 3-89456-315-X

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2010.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

1	Problemstellung	3
2	Subventionitis: Ein Beispiel	3
3	Zur Abgrenzung der Subventionen	8
	3.1 Abgrenzung der Finanzhilfen	8
	3.2 Abgrenzung der Steuervergünstigungen	9
4	Steuervergünstigungen nach Empfängern bzw. Verwendungszwecken	10
	4.1 Vorbemerkungen	10
	4.2 Steuervergünstigungen nach wie vor hoch	10
5	Finanzhilfen des Bundes	17
	5.1 Vorbemerkungen	17
	5.2 Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2000 bis 2003	18
	5.3 Direkte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009	20
	5.4 Indirekte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009	23
	5.5 Zusammenfassung: Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2000 bis 2009	23
6	Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden	24
	6.1 Quellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen	24
	6.2 Quellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen	25
	6.3 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden in den Jahren 2000 bis 2009	25
	6.4 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden nach Sektoren bzw. Zielsetzungen 2000 bis 2009	26
	6.5 Finanzhilfen nach Ländern 2000 bis 2009	28
7	Finanzhilfen der Europäischen Union	30
8	Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit	31
9	Zahlungen der Sondervermögen des Bundes	33
	9.1 Finanzhilfen des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“	33
	9.2 Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“	34
	9.3 Finanzhilfen des ERP-Sondervermögens	34
10	Subventionen insgesamt	35
	10.1 Subventionen nach wie vor hoch	35
	10.2 Selektivität der Subventionen	35

10.3	Subventionen nach Sektoren bzw. Zwecksetzungen und nach gewährenden Institutionen	37
10.4	Subventionen gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung	37
11	Wirtschaftspolitische Überlegungen	39
11.1	Welche Hemmnisse können einer Kürzung der Steuervergünstigungen und/oder der Finanzhilfen entgegenstehen?	39
11.2	Relevanz der Hemmnisse	40
11.3	Das Kürzungspotential	44
12	Exkurs: Finanzkrise und Staatshilfen	45
	Anhang	48
	Literaturverzeichnis	75

1 Problemstellung

Seit vielen Jahren werden im Institut für Weltwirtschaft die Subventionen in Deutschland erfasst. Als Subventionen werden Steuervergünstigungen und Finanzhilfen, die die Allokation der Ressourcen verzerren, definiert. Der vorliegende Kieler Subventionsbericht betrifft die Subventionen und deren Struktur in den Jahren 2000 bis 2009 bzw. 2010. Er schließt mit einigen Überlegungen zu den Hemmnissen, die einer Reduktion der Subventionen entgegenstehen. Aus diesen Hemmnissen resultiert ein bestimmtes Kürzungspotential bei den Subventionen.

2 Subventionitis: Ein Beispiel

Wie engmaschig das Subventionsnetz in Deutschland gewoben ist, soll an einem Beispiel erläutert werden. Betrachtet wird ein mittelständischer Maschinenbauer in Mecklenburg-Vorpommern, der in Gebäude, Maschinen und Anlagen investieren und damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen will. Das Unternehmen ist innovativ und betreibt selbst Forschung und Entwicklung (FuE), ist aber auch an Kooperationen und Netzwerken mit anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen interessiert. Besonders interessant erscheint der Bereich Energieeffizienz. Das Unternehmen möchte Beratungsleistungen bei betriebswirtschaftlichen und technischen Themen in Anspruch nehmen. Ein Teil der Produktion wird exportiert, der Export soll intensiviert werden.

In diesem Beispiel kommen 44 Förderungsmöglichkeiten in Betracht.¹ Förderung gewähren die EU, der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern (Übersicht 1).

Die EU lockt mit einem Zuschuss zu den Kosten für Forschung und Entwicklung (Nr. 1 der Übersicht 1). Der Bund bietet z.B. Zuschüsse zu Messekosten (Nr. 6), Zuschüsse bei Einstellung Langzeitarbeitsloser mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen (Nr. 11), Zuschüsse bei Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten (Nr. 16), Zuschüsse zu Beratungskosten (Nr. 19, Nr. 20 und Nr. 22), Zuschüsse zu den Kosten für Forschung und Entwicklung (Nr. 29) an. Auch werden zinsgünstige Darlehen für zahlreiche Zwecke offeriert. Mecklenburg-Vorpommern subventioniert zusammen mit dem Bund Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Nr. 36). Auch stellt das Land Zuschüsse für zahlreiche Zwecke in Aussicht. Schließlich bietet Mecklenburg-Vorpommern bestimmte Bürgschaften (Nr. 38 und Nr. 39).

¹ Die Autoren danken Herrn Kay-D. Brose, Brose Wissens-Management in Osnabrück, dafür, dass er die zahlreichen Fördermöglichkeiten mit seinem Expertensystem zur Fördermittel-Analyse zusammengestellt hat.

Übersicht 1:
Potentielle Fördermaßnahmen

Nr.	Programmname	Zweck der Maßnahme	Zuwendungsart	Höhe der Förderung
1	(EU) Eurostars	Förderung ziviler Forschungsprojekte zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen mit Beteiligung von mindestens zwei Kooperationspartnern aus zwei verschiedenen Teilnehmerstaaten	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	KMU: 50% der FuE Kosten; Forschungseinrichtg.: 75%; Hochschulen 100%; insgesamt max. 1 Mill. €
2	(BUN) ESF mitfinanzierte Qualifizierungsangebote für Bezieher von Kurzarbeitergeld	Qualifizierungsmaßnahmen für Personen, die Kurzarbeitergeld nach dem Sozialgesetzbuch (SGB III) beziehen und bei denen keine Notwendigkeit einer Weiterbildung im Sinne des SGB III vorliegt	Zuschuss	Bei mittleren Unternehmen bis zu 70% der Kosten allgemeiner Qualifizierung; 25% bei spezieller Qualifizierung; max. 2 Mill. €
3	(BUN) KfW-Sonderprogramm – Mittelständische Unternehmen	Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstands	Darlehen	Bis zu 100%; ab 3,09% Zins (eff.); max. 50 Mill. €
4	(BUN) KfW-Unternehmerkredit	Mittel- und langfristige Finanzierung von Investitionen zu günstigen Zinsen. Darüber hinaus können Betriebsmittel finanziert werden.	Darlehen	Bis zu 100%; ab 2,57% Zins (eff.); max. 10 Mill. € pro Vorhaben
5	(BUN) ERP-Regionalförderprogramm	Mittel- und langfristige Finanzierung von Investitionen von KMU in deutschen Regionalfördergebieten zu einem günstigen Zinssatz	Darlehen	Bis zu 85%; ab 1,36% Zins (eff.); max. 3 Mill. € pro Vorhaben
6	(BUN) Teilnahme junger innovativer Unternehmen an internationalen Leitmesse in Deutschland	Ziel ist es, die Vermarktung neu entwickelter Produkte und Verfahren gezielt zu unterstützen.	Zuschuss	80% der Messekosten bis zu 7 500 €
7	(BUN) Förderung des Neu- und Ausbaus sowie der Reaktivierung von privaten Gleisanschlüssen	Ziel ist es, Anteile des Güterverkehrs von dem Verkehrsträger Straße auf den Verkehrsträger Schiene zu verlagern.	Zuschuss	Bis zu 50%
8	(BUN) Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK)	Unterstützung von KWK-Anlagen zur Minderung der Kohlendioxid-Emissionen	Zuschlag für den eingespeisten KWK-Strom	Für modernisierte Anlage 1,59 Ct. pro Kilowattstunde
9	(BUN) KfW-Programm Erneuerbare Energien	Zinsgünstige, langfristige Finanzierung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien	Darlehen	Bis zu 100% der Kosten, max. 10 Mio. € pro Vorhaben

noch *Übersicht 1*

Nr. Programmname	Zweck der Maßnahme	Zuwendungsart	Höhe der Förderung
10 (BUN) Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt (Marktanreizprogramm)	Förderung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt	Projektförderung mit Festbeträgen durch Zuschüsse	Solarkollektoren - 105 €/m ² ; Pelletkessel – 2 500,00 €; Wärmepumpen – 6 000,00 €; evtl. Innovationsbonus
11 (BUN) Beschäftigungszuschuss (JobPerspektive)	Einstellung Langzeitarbeitsloser mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen	Zuschuss	Bis zu 75% des gezahlten tariflichen bzw. ortsüblichen Bruttoentgelts
12 (BUN) Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	Unterstützung der betrieblichen Einstiegsqualifizierung von Jugendlichen als Brücke in die Berufsausbildung	Zuschuss	Bis zu 192 € mtl. zzgl. 106 € Pauschale zur Gesamtsozialversicherung
13 (BUN) Ausbildungsbonus	Bereitstellung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für besonders förderungsbedürftige Jugendliche	Zuschuss	Bis zu 6 000 €; zzgl. 30% für schwerbehinderte Auszubildende
14 (BUN) Innovative regionale Wachstumskerne - Aus- und Weiterbildung	Qualifizierung von Mitarbeitern in den Innovationsbereichen der gesamten Region – allgemeine Ausbildung	Zuschuss	Bis zu 70%
15 (BUN) Unternehmerkapital – KfW-Kapital für Arbeit und Investitionen	Förderung von Investitionsvorhaben etablierter Unternehmen, die damit Arbeitsplätze schaffen oder sichern	Darlehen	Bis zu 100%; ab 3,17% Zins (eff.); max. 4 Mill. € pro Vorhaben
16 (BUN) Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU)	Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten	Zuschuss	Erstattung der Weiterbildungskosten
17 (BUN) INITIATIVE „JOB-Jobs ohne Barrieren“	Verbesserung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	Zuschuss	Bis zu 75% der Projektkosten
18 (BUN) Eingliederungszuschüsse	Die Förderung soll bestimmte Defizite (z.B. lange Einarbeitungszeiten) bei neu eingestellten Arbeitskräften ausgleichen.	Zuschuss zum berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelt	Bis zu 70%
19 (BUN) Innovative regionale Wachstumskerne – Innovationsberatung	Förderung der Innovationsberatung von KMU und Unternehmensgründern durch externe Berater	Zuschuss zu den Beratungskosten	Bis zu 50%, max. 25 000 €
20 (BUN) Verbesserung der Materialeffizienz (VerMat)	Ziel ist es, die KMU beim Erkennen von Möglichkeiten zur Verringerung des Materialeinsatzes und der genauen Lokalisation dieser Einsparpotentiale zu unterstützen.	Zuschuss zu den Beratungskosten	Bis zu 67%, max. 100 000 €

noch *Übersicht 1*

Nr. Programmname	Zweck der Maßnahme	Zuwendungsart	Höhe der Förderung
21 (BUN) Energieeffizienzberatungen im Rahmen des Sonderfonds Energieeffizienz in KMU	Ziel ist es, Schwachstellen bei der effizienten Energieverwendung aufzuzeigen und Vorschläge bzw. konkrete Maßnahmenpläne für Energie und Kosten sparende Verbesserungen zu erarbeiten.	Zuschuss zu den Tagessätzen der Beratungskosten	Bis zu 640 € täglich, max. 6 400 €
22 (BUN) Unternehmensberatungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freie Berufe	Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und Erleichterung der Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen	Zuschuss zu den Beratungskosten	Bis zu 75%, max. 3 000 €
23 (BUN) KMU-innovativ: Ressourcen- und Energieeffizienz; Produktionsforschung	Stärkung des Innovationspotentials kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich Spitzenforschung und die Forschungsförderung insbesondere für erstantragstellende KMU attraktiver zu gestalten	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	KMU: bis zu 50%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%
24 (BUN) Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	Marktorientierte Technologieförderung der innovativen mittelständischen Wirtschaft in Deutschland	Zuschuss zu den Kosten von Kooperations-, Einzel- und Netzwerkprojekten	Kooperationen (KMU) - 50%; Einzelprojekte bis 45%; Netzwerkprojekte bis 90%; max. 350 000 €;
25 (BUN) Technologieprogramm Klimaschutz und Energieeffizienz	Impulse zur Verstärkung von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Verbesserung von Exportchancen für hocheffiziente Technologien	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	Unternehmen: bis zu 50%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%
26 (BUN) Grundlagenforschung Energie 2020+	Entwicklungen, die auf Produkte und Dienstleistungen für die Märkte von morgen und übermorgen zielen, voranzutreiben	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	Unternehmen: bis zu 50%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%
27 (BUN) Multimaterialsysteme – Zukünftige Leichtbauweisen für ressourcensparende Mobilität	Potenzial der Multimaterialsysteme in Hinblick auf Gewichts-, Kosten- und Ressourceneinsparung für herkömmliche und zukünftige Fahrzeugkonzepte zu erschließen	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	Unternehmen: bis zu 50%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%
28 (BUN) Nanotechnologie (Fachprogramm)	Anwendungspotenziale der Nanotechnologie erschließen, um durch Leitinnovationen eine besondere Hebelwirkung für Wachstum und Beschäftigung zu erzielen	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	KMU: bis zu 60%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%

noch Übersicht 1

Nr. Programmname	Zweck der Maßnahme	Zuwendungsart	Höhe der Förderung
29 (BUN) Mobilität und Verkehrstechnologien	Nachhaltige Entwicklung des Siedlungs- und Verkehrssystems so gestalten, dass eine effiziente, sichere sowie sozial- und umweltverträgliche Mobilität von Menschen und Gütern gewährleistet wird	Zuschuss zu den Kosten von Forschung und Entwicklung	Unternehmen: bis zu 50%; Forschungseinrichtungen und Hochschulen bis zu 100%
30 (BUN) ERP-Innovationsprogramm	Langfristige Finanzierung marktnaher Forschung und Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen sowie ihrer Markteinführung	Darlehen	FuE Phase: bis zu 100%; max. 5 Mio. € pro Vorhaben; Markteinführung: bis zu 80%; max. 2,5 Mill. € pro Vorhaben Zins ab 1,71% (eff.)
31 (BUN) SIGNO Unternehmen – KMU-Patentaktion	Innovationstätigkeit von KMU intensivieren, Wissen über gewerbliche Schutzrechte und wissenschaftlich-technische Informationen zu verbreiten und die wirtschaftliche Vermarktung von Erfindungen zu forcieren	Zuschuss zu den Kosten einzelner Aktivitäten zur Erlangung von Patenten und Schutzrechten	Gesamt max. 8 000 €
32 (BUN) Netzwerke zur rentablen Verbesserung der Materialeffizienz primär in kleinen und mittleren Unternehmen (NeMat)	Nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Netzwerk und Leistung eines wirkungsvollen Beitrags zum Erhalt und ggf. zur Schaffung von Arbeitsplätzen	Zuschuss zu den Kosten für Etablierung, Management und Stabilisierung des Netzwerkes	Phase I: 75%; Phase II: 50%; max. 300 000 €
33 (BUN) Exportinitiative Energieeffizienz	Konzertiertes Vorgehen in den Politikbereichen Klimaschutz, Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungspolitik, um deutsche Effizienz-Technologien international stärker zu verbreiten	Zuschuss zu den Kosten für Messebeteiligung, Markterkundungsreisen, Kontaktveranstalt., etc. im Ausland	Bis zu 100%
34 (BUN) AKA-Exportfinanzierungskredite	Unterstützung der deutschen und europäischen Exportwirtschaft bei der Finanzierung von Exportgeschäften	Finanzierungen, Refinanzierungen, Risikoübernahmen und Dienstleistungen	Bei Darlehen bis zu 90%; Konditionen abhängig vom Einzelfall
35 (BUN) Exportkreditgarantien (Hermes-Bürgschaften)	Absicherung der mit Exportgeschäften verbundenen wirtschaftlichen und politischen Risiken des Zahlungsausfalls	Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistungen, Avalkredite, Deckungszusagen	Risikoübernahmen bis zu 95%
36 (MEC) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) – Gewerbliche Wirtschaft und Fremdenverkehr	Stärkung der regionalen Investitionstätigkeit, um damit dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen	Zuschuss zu den Investitionskosten	KMU: bis zu 45%; max. 80 000 € pro neu geschaffenem Arbeits- oder Ausbildungsplatz

noch *Übersicht 1*

Nr. Programmname	Zweck der Maßnahme	Zuwendungsart	Höhe der Förderung
37 (MEC) GRW-Ergänzungsfinanzierungsprogramm	Förderung von Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft	Darlehen	Bis zu 50%; max. 5 Mill. € je Vorhaben
38 Bürgschaften der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern	Steigerung bzw. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Freiberufler	Ausfallbürgschaft	Bis zu 80%; max. 1,5 Mill. €
39 (MEC) Bürgschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Unterstützung von volkswirtschaftlich förderungswürdigen und betriebswirtschaftlich vertretbaren Vorhaben	Ausfallbürgschaft	Bis zu 90%
40 (MEC) Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern – MBMV inno	Förderung von Unternehmen durch Verstärkung der Eigenkapitalbasis mittels Übernahmen typischer stiller Beteiligungen (Bereitstellung von haftendem Eigenkapital)	stille Beteiligung	Mind. 50 000 € und max. 250 000 € für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben; max. 10 Jahre; Rückzahlung zum Nominalwert
41 (MEC) Messen und Ausstellungen	Zur Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft fördert das Land Mecklenburg-Vorpommern die Teilnahme von KMU an Messen und Ausstellungen im In- und Ausland	Zuschuss zur Standmiete	Bis zu 50%; max. 6 000 €
42 (MEC) Unternehmensbezogene und regionale Netzwerke	Unterstützung der Bildung und Weiterentwicklung unternehmensbezogener sowie regionaler Netzwerke	Zuschusses für einen Zeitraum von in der Regel drei Jahren	Bis zu 75% der förderfähigen Ausgaben; max. 300 000 €
43 (MEC) Forschung, Entwicklung und Innovation – Ausleihen von hochqualifiziertem Personal	Entwicklung innovativer, international wettbewerbsfähiger Produkte, Verfahren und Leistungen auf Grundlage neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse	Zuschüsse für FuE-Vorhaben und Durchführbarkeitsstudien	FuE-Vorhaben bis zu 80%; Durchführbarkeitsstudien bis zu 75%, max. 100 000 €; max. 50% Personalkosten FuE innerhalb von drei Jahren
44 (MEC) Förderung von Beratungen bei kleinen und mittleren Unternehmen	Beratungsleistungen externer Berater zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Unternehmen	Zuschuss zu den Beratungskosten	Bis zu 50%; max. 10 000 €

Quelle: Brose Wissens-Management (2010).

3 Zur Abgrenzung der Subventionen

3.1 Abgrenzung der Finanzhilfen²

Finanzhilfen werden aufgrund ökonomischer Kriterien gegen andere Ausgaben des Staates abgegrenzt. Zu den Finanzhilfen zählen Zuschüsse des Staates, die weder allokatons- noch umverteilungspolitisch

² Zu Details vgl. Boss und Rosenschon (2008, 2009).

begründbar sind. Neben Finanzhilfen werden Ausgaben mit partiellem Subventionsgehalt unterschieden. Bei ihnen kann der Subventionswert nicht ermittelt werden. Er ist im Finanzhilfenvolumen nicht enthalten.

3.2 Abgrenzung der Steuervergünstigungen

Im Subventionsbericht der Bundesregierung werden Steuervergünstigungen definiert als „spezielle steuerliche Ausnahmeregelungen ..., die für die öffentliche Hand zu Mindereinnahmen führen“ (Deutscher Bundestag 2003: 15). Sie werden „tendenziell um so weniger als Subventionen angesehen ..., je größer der Kreis der Begünstigten ist“ (Deutscher Bundestag 2003: 15). Vergünstigungen bei der Einkommensbesteuerung werden in Bezug auf die Merkmale einer so genannten synthetischen Einkommensteuer gemessen. Was die Umsatzsteuer betrifft, so wird grundsätzlich ein einheitlicher Steuersatz als Norm verwendet.

Die Steuervergünstigungen in der Abgrenzung der Bundesregierung werden in der Anlage 2 des Subventionsberichts ausgewiesen (Deutscher Bundestag 2006; BMF 2007a, 2010a). Weitere Vergünstigungen werden in der Anlage 3 dargestellt; sie werden aber als „sonstige steuerliche Regelungen“ (Deutscher Bundestag 2003, 2006; BMF 2007a, 2010a) nicht zu den Steuervergünstigungen gezählt.

Die Begünstigung, die bei Regelungen zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer dadurch entsteht, dass Solidaritätszuschlag nicht erhoben wird, bleibt unberücksichtigt (BMF 2010a: Fußnote 1 zu den Anlagen 2 und 3). Die Umsatzsteuermindereinnahmen infolge der ermäßigten Besteuerung der Lebensmittel und die Umsatzsteuerbefreiung der Wohnungsmieten (der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken) werden nicht erfasst, weil es keine Angaben dazu gibt. Nach Einschätzung der Bundesregierung handelt es sich um systemkonforme Maßnahmen (BMF 2010a: Anlage 2, Fußnote 3). Einzelheiten zur Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes finden sich in BMF (2007b).

In der vorliegenden Arbeit werden als Steuervergünstigungen grundsätzlich jene betrachtet, die in den Subventionsberichten der Bundesregierung in den Anlagen 2 und 3 aufgeführt sind. Die Vergünstigungen in Anlage 2 werden – mit vier Ausnahmen – übernommen. Die Ausnahmen sind die Freigrenze im Rahmen der Zinsschranke, die Mindereinnahmen infolge der Sanierungs- und Konzernklausel bei der Körperschaftsteuer, die Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge und der Sparerfreibetrag. Die beiden ersten Ausnahmen korrigieren – jedenfalls vorübergehend – unsystematische Eingriffe in das Steuerrecht im Rahmen der Reform der Unternehmensbesteuerung, die im Jahr 2008 in Kraft trat, und sind daher keine Vergünstigungen. Die Einräumung des Sparerfreibetrages wird nicht als Subvention gezählt; denn diese Maßnahme macht einen Teil der Diskriminierung des Sparens gegenüber dem Konsum rückgängig, zu der das Steuersystem Deutschlands tendenziell führt. Gleiches gilt für die Förderung der privaten Altersvorsorge.

Die in Anlage 3 enthaltenen Maßnahmen werden – anders als in den Subventionsberichten der Bundesregierung – grundsätzlich ebenfalls als Subventionen einbezogen. Beispiele für Steuervergünstigungen, die in Anlage 3 ausgewiesen und hier als Subventionen gewertet werden, sind die Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger und der Krankenhäuser sowie die Zulassung der Absetzbarkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens. Insbesondere der Sonderausgabenabzug von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung und zu privaten Lebensversicherungen wird dagegen wie die Gewährung des Sparerfreibetrags nicht als Vergünstigung einbezogen.

Neben den aufgeführten Vergünstigungen werden viele der in der so genannten Zusatzliste der Studie Koch/Steinbrück aufgeführten Maßnahmen (Koch und Steinbrück 2003: 17) den Steuervergünstigungen zugerechnet. Zu diesen zählen der Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten (z.B. als Übungsleiter), der Freibetrag für Abfindungen und der Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen. Die so genannte Entfernungspauschale wird ebenfalls als Vergünstigung eingestuft. Man kann zwar

einen Abzug entsprechender Beträge für gerechtfertigt erachten, weil die Ausgaben für Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zur Einkommenserzielung notwendig sind („Nettoprinzip“), aber die Entscheidung für einen Wohnsitz ist nicht ohne weiteres als gegeben zu akzeptieren; sie erfolgt wohl häufig erst nach der Entscheidung für einen Arbeitsplatz, so dass die Fahrtkosten nicht „berufsbedingt“ sind. Überhaupt lässt sich argumentieren, die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz bringe Nutzen mit sich (Wohnen „im Grünen“, niedrige Mieten, niedrige Immobilienpreise) und „die Arbeit beginne am Werkort“. Außer Betracht bleiben insbesondere die Abschreibungsregelungen, die in der Zusatzliste der Studie Koch/Steinbrück enthalten sind. Es ist nämlich ohne Untersuchungen im Detail nicht möglich, die Angemessenheit der einzelnen Vorschriften aus einkommensteuerrechtlicher Sicht zu beurteilen und gegebenenfalls einen Subventionscharakter zu diagnostizieren.

4 Steuervergünstigungen nach Empfängern bzw. Verwendungszwecken³

4.1 Vorbemerkungen

Einzelne Vergünstigungen werden in dem jeweils erscheinenden Subventionsbericht der Bundesregierung, der detaillierte Daten für nur vier Jahre (aktuell: 2007 bis 2010) enthält, zusätzlich ausgewiesen, weil sie eingeführt worden sind oder weil sie – anders als zuvor – als Subventionen bewertet werden; andere Vergünstigungen werden nicht mehr aufgeführt, weil sie nicht mehr als Subventionen eingestuft werden. Dies bedeutet, dass die Entwicklung der Steuervergünstigungen im Zeitablauf verzerrt dargestellt wird; die Verzerrung hält sich allerdings, was das Ausmaß der Steuervergünstigungen insgesamt betrifft, in recht engen Grenzen.

4.2 Steuervergünstigungen nach wie vor hoch

Die sektorspezifischen Steuervergünstigungen insgesamt sind von 31,0 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 30 Mrd. Euro im Jahr 2010 gesunken (Tabelle 1, Summe I.6). Die Vergünstigungen zugunsten einzelner Sektoren haben sich unterschiedlich entwickelt.

Die Steuervergünstigungen zugunsten der Land- und Forstwirtschaft sind seit 2003 rückläufig. Dabei ist freilich zu beachten, dass im Subventionsbericht der Bundesregierung für die Jahre 2007–2010 große Beträge (rund 680 Mill. Euro) nicht mehr ausgewiesen werden. Umgekehrt resultieren seit dem Jahr 2007 Mindereinnahmen aus der im Subventionsbericht der Bundesregierung nicht ausgewiesenen Anhebung der land- und forstwirtschaftlichen Vorsteuerpauschalen und Durchschnittssteuersätze (BMF 2006: 304).

Die Vergünstigungen für den Sektor Verkehr haben im Zeitraum 2003 bis 2008 deutlich zugenommen. Maßgeblich dafür sind das Einbeziehen der Mindereinnahmen infolge der so genannten Tonnagebesteuerung sowie die mit der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer verbundene erhöhte Begünstigung der Personenbeförderung im Nahverkehr. Nach dem Wegfall der Mindereinnahmen infolge der Tonnagebesteuerung sind die Vergünstigungen in den Jahren 2009 und 2010 – trotz einzelner neuer Kfz-Steuervergünstigungen – geringer als im Jahr 2008.

³ Vgl. hierzu auch Boss (2010).

Tabelle 1:
Steuervergünstigungen 2003–2010 (Mill. Euro)

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
I Sektorspezifische Steuervergünstigungen									
1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei									
1	2	Freibeträge für Veräußerungsgewinne nach §§ 14 und 14a Einkommensteuergesetz (EStG)	40	40	35	25	15	15	15
2	2	Einkommensteuer-Freibetrag für Land- und Forstwirte nach § 13 Abs. 3 EStG	80	80	80	80	70	75	75
3	2	Steuerfreie Entnahme von Grund und Boden aus dem Betriebsvermögen beim Bau einer eigengenutzten Wohnung oder einer Altteilerwohnung	5	5	5	5	.	.	.
7	2	Steuerbefreiung land- und forstwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie -vereine	15	15	15	15	.	.	.
8	2	Körperschaftsteuerfreibetrag für bestimmte Genossenschaften	11	11	0	0	0	0	0
9	2	Gewerbsteuerbefreiung kleiner Hochsee- und Fischereiunternehmen	1	1	1	1	.	.	.
10	2	Gewerbsteuerbefreiung landwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und -vereine etc.	10	10	10	10	.	.	.
13	2	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für bestimmte Leistungen in der Tier- und Pflanzenzucht	150	150	150	150	.	.	.
14	2	Versicherungsteuerbefreiung für Viehver sicherungen bei Versicherungssummen 4 000 Euro	1	1	1	1	0	0	0
15	2	Kraftfahrzeugsteuerbefreiung der Zugmaschinen, Sonderfahrzeuge etc.	55	55	55	55	60	55	55
16	2	Branntweinsteuerermäßigung für Brennereien und Stoffbesitzer	9	9	7	6	6	6	6
17	2	Mineralölsteuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz)	355	470	410	180	135	135	265
18	2	Mineralölsteuerbegünstigung für Gewächshausanbau	15	16	16	16	.	.	.
54	3	Ansatz von niedrigen Ertragswerten im Rahmen der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens für Zwecke der Erbschaftsteuer	504	504	504	504	.	.	.
.	.	Anhebung der Vorsteuerpauschalen und der Durchschnittssätze	0	0	0	0	290	340	350
		<i>Insgesamt</i>	<i>1 251</i>	<i>1 367</i>	<i>1 289</i>	<i>1 048</i>	<i>576</i>	<i>626</i>	<i>766</i>
2. Bergbau									
18	2	Bergmannsprämien (Lohnsteuerermäßigung)	25	25	25	21	11	1	0
		<i>Insgesamt</i>	<i>25</i>	<i>25</i>	<i>25</i>	<i>21</i>	<i>11</i>	<i>1</i>	<i>0</i>
3. Verkehr									
59	2	Einkommensteuerbefreiung der Arbeitgeberzuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln	50	0	0	0	0	0	0
62	2	Sonderabschreibungen bei Schiffen und Luftfahrzeugen	2	2	0	0	0	0	0
64	2	Tonnagebesteuerung	.	.	900	600	500	500	–
65	2	Lohnsteuerermäßigung für Seeleute	15	16	18	18	18	18	18
66	2	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr	570	570	580	580	825	830	830
68	2	Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Kraftomnibusse und Anhänger für den Linienverkehr	35	35	35	35	35	30	30

noch *Tabelle 1*

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
69	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Fahrzeuge im kombinierten Schienen-Straßen-Verkehr	4	4	2	2	2	2	2	2
70	2 Kfz-Steuerbefreiung für partikelreduzierte Pkw mit Dieselmotor	0	0	0	0	80	35	20	5
72	2 Kraftfahrzeugsteuerermäßigung für Elektrofahrzeuge	1	1	1	1	1	1	1	1
73	2 Nichterhebung der Kraftfahrzeugsteuer für überzählige Kraftfahrzeuganhänger	60	60	60	60	65	35	35	35
74	2 Senkung des Anhängerzuschlags	0	0	0	0	10	45	45	45
75	2 Senkung der Höchststeuer für Anhänger	0	0	0	0	10	50	50	50
76	2 Senkung der Höchststeuer für Nutzfahrzeuge	0	0	0	0	15	70	70	70
77	2 Mineralölsteuervergünstigung für Flüssiggas/ Erdgas für Fahrzeuge im öffentlichen Verkehr	20	38	57	85	100	120	140	160
78	2 Mineralölsteuerbefreiung für gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen	402	397	397	395	395	640	660	680
79	2 Mineralölsteuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt	187	128	129	129	129	118	120	120
80	2 Mineralölsteuerbegünstigung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	61	70	69	63	57	67	67	67
81	2 Steuervergünstigung für Strom im Schienenbahnverkehr	160	140	140	140	125	125	125	125
	<i>Insgesamt</i>	<i>1 567</i>	<i>1 461</i>	<i>2 388</i>	<i>2 108</i>	<i>2 367</i>	<i>2 686</i>	<i>2 213</i>	<i>2 238</i>
	4. Wohnungsvermietung								
6	2 Körperschaftsteuerbefreiung der Vermietungsgenossenschaften und -vereine und der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen	5	5
83	2 Erhöhte Absetzungen für bestimmten Modernisierungs- und Instandsetzungsaufwand nach § 7h EStG	40	40	40	40	50	50	50	50
84	2 Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wertvollen Gebäuden nach § 7i EStG	63	62	62	61	65	70	70	70
86	2 Sonderausgabenabzug bei einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung nach § 10e EStG	430	145	30	0	0	0	0	0
85	2 Steuerbegünstigung für zu eigenen Zwecken genutzte Baudenkmale etc.	17	17	17	16	16	16	16	16
89	2 Kinderkomponente zu § 10e EStG	65	40	30	0	0	0	0	0
87	2 Eigenheimzulage § 9 Abs. 2 EigZulG	6 990	7 196	6 812	6 197	5 140	4 172	3 314	2 504
88	2 Ökologische Zusatzförderung § 9 Abs. 3 u. 4 EigZulG	110	95	85	70	55	40	30	15
89	2 Kinderzulage § 9 Abs. 5 EigZulG	3 436	3 538	3 349	3 047	2 527	2 051	1 629	1 231
53	3 Verschonungsabschlag für vermietete Wohnimmobilien	50	210
	<i>Insgesamt</i>	<i>11 156</i>	<i>11 138</i>	<i>10 425</i>	<i>9 431</i>	<i>7 853</i>	<i>6 399</i>	<i>5 159</i>	<i>4 096</i>
	5. Sonstige sektorspezifische Vergünstigungen								
40	2 Gewinnsteuerermäßigung für Wasserkraftwerke	1	1	1	1
46	2 Umsatzsteuerbefreiung der Bausparkassen- und Versicherungsvertreter	5	5	5	5	5	5	5	5
47	2 Vergütungsfrist für Erwerber von Betrieben oder Anteilen im Erb- oder Schenkungsfall	241	241	210	210	210	210	210	210
48	2 Tarifbegrenzung beim Erwerb von Betriebsvermögen etc.	8	8	8	7	7	7	7	7
49	2 Tabaksteuerbefreiung für Deputate	5	5	7	7	7	7	7	7
50	2 Biersteuersatzstaffelung	34	25	24	24	24	24	24	24

noch *Tabelle 1*

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
51	2 Biersteuerbefreiung des Hastrunks	1	1	1	1	1	1	1	1
52	2 Steuerbefreiung für Biokraft- und Bioheizstoffe	0	613	1 192	2 144	1 166	580	150	80
54	2 Vergünstigung für Pilotprojekte	0	2	2	2	2	2	2	2
55	2 Steuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung verwendeten Mineralöle	400	400	400	400	270	270	270	270
56	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft	1 457	1 594	342	313	236	315	320	320
57	2 Vergünstigung für die Stromerzeugung und für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen			1 296	1 329	1 964	2 196	2 000	2 000
58	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen			240	240	240	240	170	162
59	2 Energiesteuerbegünstigung bestimmter Prozesse	0	0	0	117	560	586	600	600
61	2 Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird	1 850	1 850	1 850	1 850	2 100	2 100	2 100	2 100
62	2 Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes	1 700	1 700	1 700	1 700	1 700	1 800	1 800	1 800
63	2 Stromsteuervergünstigung bestimmter Prozesse und Verfahren	0	0	0	16	300	300	300	300
98	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen	1 340	1 350	1 360	1 360	1 815	1 815	1 815	1 815
99	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	805
100	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Zahntechniker und Zahnärzte	400	400	320	320	400	415	415	415
102	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung der Schaulastwagen	1	1	1	1	1	1	1	1
105	2 Steuervergünstigung für Strom zum Betrieb von Nachtspeicherheizungen	200	200	200	200
38	3 Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leistungen	4 300	4 300	4 320	4 320	5 040	5 370	5 370	5 370
39	3 Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden	4 550	4 600	4 960	4 960	6 000	6 000	6 000	6 000
41	3 Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Einrichtungen	100	100	160	160	195	195	195	195
43	3 Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke und orthopädische Vorrichtungen sowie für Bäder- und Kureinrichtungen	200	200	215	215	380	395	395	395
	<i>Insgesamt</i>	<i>17 033</i>	<i>17 836</i>	<i>18 814</i>	<i>19 902</i>	<i>22 553</i>	<i>22 756</i>	<i>22 147</i>	<i>22 882</i>
	6. Sektorspezifische Steuervergünstigungen insgesamt	31 032	31 827	32 941	32 510	33 360	32 468	30 285	30 022
	II Branchenübergreifende Steuervergünstigungen								
	1. Regionalpolitische Steuervergünstigungen für die neuen Länder und für Berlin								
19	2 Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen	996	944	1 136	380	1 061	425	–	–

noch *Tabelle 1*

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
20	2						727	1 292	952
21	2				438	–	–	–	–
23	2	176	166	200	67	–	–	–	–
22, 23	2				77	187	203	228	168
26	2					–	–	–	–
27	2				48	–	–	–	–
28	2					–	–	–	–
		260	185	120	80
	<i>Insgesamt</i>	<i>2 197</i>	<i>1 965</i>	<i>2 228</i>	<i>1 304</i>	<i>1 248</i>	<i>1 355</i>	<i>1 520</i>	<i>1 120</i>
	2. Sonstige Steuervergünstigungen								
25	2								
		485	475	385	90	–30	5	20	30
27	2								
		9	53	8	8	–102	7	–11	171
28	2								
		17	17	15	15	–327	–272	798	652
29	2								
		135	135	120	120	100	100	100	100
30	2								
		10	10	15	15	5	5	5	5
31	2								
		0	0	0	0	290	480	510	275
33	2					730	.	.	.
39	2					15	9	9	9
39	2								
		10	10	10	10
41	2								
		0	0	0	315	2 185	2 185	2 185	3 035
45	2								
		241	241	226	211
46	2								
		8	8	8	7
52	2								
		0	2	2	2
91	2								
		41	36	80	80	80	97	198	242
93	2								
		156	186	390	280	187	146	145	145
94	2								
		1 940	1 985	1 800	1 740	1 930	2 060	2 060	2 060
95	2								
		45	45	40	40	30	30	30	30
3	3								
		75	65	60	60	50	50	50	50

noch *Tabelle 1*

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
9	3	Einkommensteuerermäßigung bei Beschäftigung von „Mini-Jobbern“ in Privathaushalten	0	70	90	90	90	90	90	95
10	3	Einkommensteuerermäßigung bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Privathaushalten	0	20	20	20	20	20	20	30
11	3	Einkommensteuerermäßigung bei Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleistung	0	680	850	890	965	965	965	1 025
13	3	Lohnsteuerpauschalierung bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen	980	1 100	985	930	870	820	775	730
48	3	Kfz-Steuerbefreiung bestimmter Schwerbehinderter	120	130	140	150	150	150	145	145
.	.	Einkommensteuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen	0	0	0	40	40	40	40	40
		<i>Insgesamt</i>	<i>4 277</i>	<i>5 274</i>	<i>5 262</i>	<i>5 132</i>	<i>7 278</i>	<i>6 987</i>	<i>8 134</i>	<i>8 869</i>
		3. Branchenübergreifende Steuervergünstigungen insgesamt	6 474	7 239	7 490	6 436	8 526	8 342	9 654	9 989
		III Steuervergünstigungen in enger Abgrenzung	37 506	39 066	40 431	38 946	41 886	40 810	39 939	40 011
		IV Sonstige Steuervergünstigungen								
97	2	Gewerbesteuerbefreiung bestimmter privater Schulen	1	1	1	1
5	3	Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe	3 600	3 200	3 000	3 100	3 070	3 150	2 940	2 790
6	3	Begrenzter Sonderausgabenabzug für Schulgeldzahlungen	30	30	30	30	50	60	55	55
7	3	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (Einkommensteuer)	795	810	805	810	1 150	1 340	1 400	1 390
8	3	Steuerermäßigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen nach § 34g EStG	80	80	80	80	90	90	90	90
26	3	Körperschaftsteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	165	155	155	155	160	138	106	118
37	3	Gewerbesteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	130	130	130	135	120	109	83	94
40	3	Umsatzsteuerbefreiung der im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben gegen Kostenerstattung ausgeführten Leistungen zwischen den selbständigen Gliederungen einer politischen Partei	10	10	10	10
44	3	Umsatzsteuerermäßigung für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen	70	70	155	155	255	250	250	250
46	3	Versicherungssteuerbefreiung bestimmter öffentlich-rechtlicher Körperschaften	10	10	10	10
		<i>Insgesamt</i>	<i>4 891</i>	<i>4 496</i>	<i>4 376</i>	<i>4 486</i>	<i>4 895</i>	<i>5 137</i>	<i>4 924</i>	<i>4 787</i>
		V Steuervergünstigungen in erweiterter Abgrenzung (III+IV)	42 397	43 562	44 807	43 432	46 781	45 947	44 863	44 798

noch *Tabelle 1*

Nr. ^a	Anlage ^a	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
VI Zusätzliche Steuervergünstigungen gemäß der Zusatzliste in der Studie Koch/Steinbrück									
	Entfernungspauschale	5 800	5 000	4 000	4 000	4 000 ^b	4 000 ^b	4 000 ^b	4 000 ^b
	Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter etc.	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000
	Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne	800	800	735	735	735	735	735	735
	Freibetrag für Abfindungen	445	385	380	355	355	355	355	355
	Begrenzte Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Geschenke	125	125	120	115	115	115	115	115
	Freibetrag für Übergangsgelder	55	50	50	50	50	50	50	50
	Freigrenze bei verbilligt überlassener Wohnung	50	50	50	45	45	45	45	45
	Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen	45	45	45	35	35	35	35	35
	Freibetrag für Sachprämien aus Kundenbindungsprogrammen	5	5	5	5	5	5	5	5
	Tonnagebesteuerung	70	70
	Sonstige Vergünstigungen	70	70	60	60	60	60	60	60
	<i>Insgesamt</i>	<i>9 465</i>	<i>8 600</i>	<i>7 445</i>	<i>7 400</i>	<i>7 400</i>	<i>7 400</i>	<i>7 400</i>	<i>7 400</i>
VII Steuervergünstigungen in weiter Abgrenzung (V+VI)		51 862	52 162	52 252	50 832	54 181	53 347	52 263	52 198
VIII Nicht als Steuervergünstigungen eingestufte Regelungen, die im Subventionsbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden									
32	2	Freigrenze im Rahmen der Zinsschranke	10	120	150
37	2	Sanierungs- und Konzernklausel bei der Körperschaftsteuer	655	870
90	2	Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge	0	70	190	250	450	1 030	1 290
92	2	Gewährung eines Sparerfreibetrags	2 180	1 910	1 614	1 630	1 170	1 240	1 080
4	3	Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen	11 800	11 300	11 800	12 500	11 890	12 570	12 800
12	3	Pauschalierung der Lohnsteuer bei Verpflegungsaufwendungen	60	50	50	50	50	50	50
		<i>Insgesamt</i>	<i>14 040</i>	<i>13 330</i>	<i>13 654</i>	<i>14 430</i>	<i>13 560</i>	<i>14 440</i>	<i>15 735</i>
		<i>4 690</i>							
IX Steuervergünstigungen gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung									
	Anlage 2	28 609	29 027	29 519	28 091	29 416	28 195	28 379	28 741
	Anlage 3	27 579	27 614	28 509	29 314	30 565	31 812	31 829	20 372
	<i>Insgesamt</i>	<i>56 188</i>	<i>56 641</i>	<i>58 028</i>	<i>57 405</i>	<i>59 981</i>	<i>60 007</i>	<i>60 208</i>	<i>49 113</i>

. = Ausmaß nicht beziffert (laut Anmerkung im Subventionsbericht); – = keine Angaben vorhanden.

^aDie Nummer bezieht sich auf den Zweiundzwanzigsten, teilweise auf den Einundzwanzigsten Subventionsbericht. — ^bEnde 2008 wurde aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts die bis 2006 geltende Rechtslage wiederhergestellt.

Quelle: Deutscher Bundestag (2003, 2006); BMF (2007a, 2010a); Koch und Steinbrück (2003); Boss und Rosenschon (2006, 2008); eigene Berechnungen; eigene Schätzungen.

Die Steuervergünstigungen für den Sektor Wohnungsvermietung haben von 2003 bis 2009 deutlich abgenommen. Zu den rückläufigen Steuerausfällen aufgrund des Auslaufens der Förderung nach § 10e Einkommensteuergesetz (EStG) kommen sinkende Mindereinnahmen infolge der Verringerung der Eigenheimzulage (einschließlich Kinderzulage) hinzu; mit Beginn des Jahres 2004 wurde die Eigen-

heimzulage reduziert, mit Wirkung ab 2006 für „Neufälle“ abgeschafft. Im Jahr 2010 dürften die Vergünstigungen insgesamt nur noch 4,1 Mrd. Euro betragen.

Die Steuervergünstigungen, die den sonstigen Sektoren gezielt gewährt werden, sind im Zeitraum 2003 bis 2010 kräftig ausgeweitet worden. Bedeutsam dafür sind die erhöhten Mindereinnahmen infolge der Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leistungen sowie der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser etc. Die Umsatzsteuervergünstigungen, sei es durch die Anwendung des ermäßigten Satzes, sei es durch die gänzliche Befreiung, sind infolge der Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres 2007 von 16 auf 19 Prozent größer geworden.

Die branchenübergreifenden Steuervergünstigungen sind von 6,5 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 10 Mrd. Euro im Jahr 2010 gestiegen (Tabelle 1, Summe II.3). Dabei waren die Vergünstigungen mit regionalpolitischer Zielsetzung stark rückläufig; entscheidend dafür ist die abnehmende Bedeutung der Zulagen für Investitionen in den neuen Ländern und in Berlin. Die sonstigen Vergünstigungen mit branchenübergreifendem Charakter haben dagegen kräftig – von 4,3 auf 8,9 Mrd. Euro – zugenommen. Maßgeblich dafür sind die Mindereinnahmen infolge neuer einkommensteuerlicher Regeln für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen privater Haushalte (3 Mrd. Euro im Jahr 2010) und für die private Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen (1 Mrd. Euro im Jahr 2010). Die Steuermindereinnahmen infolge der Befreiung bestimmter Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit belaufen sich seit vielen Jahren auf rund 2 Mrd. Euro.

Die sonstigen Steuervergünstigungen (Tabelle 1, Summe IV) sind im Zeitraum 2003–2010 von 4,9 auf 4,8 Mrd. Euro gesunken. Am wichtigsten sind die Mindereinnahmen infolge des Abzugs der Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Einkommensbesteuerung. Bedeutsam sind auch die Begünstigung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und die Begünstigung der Zahlungen an politische Parteien.

Die zusätzlichen Steuervergünstigungen entsprechend der Zusatzliste in der Studie Koch/Steinbrück (ohne die Mindereinnahmen infolge der Absetzbarkeit der Entfernungspauschale) waren im Zeitraum 2003–2010 ebenso wie die Mindereinnahmen infolge der Absetzbarkeit der Entfernungspauschale rückläufig (Tabelle 1, Summe VI).

Die Steuervergünstigungen gemäß der weiten Abgrenzung, die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt, betragen im Jahr 2010 rund 52 Mrd. Euro (Tabelle 1, Summe VII). Sie waren 0,3 Mrd. Euro höher als im Jahr 2003.

In der Studie Koch/Steinbrück sind neben den in der vorliegenden Arbeit erfassten Steuervergünstigungen die Steuermindereinnahmen infolge einiger zusätzlicher steuerrechtlicher Regelungen enthalten. Es handelt sich dabei u.a. um Mindereinnahmen aufgrund des Sparerfreibetrags und aufgrund von Abschreibungsvorschriften, aber auch um den Einfluss des Altersentlastungsbetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags, also von Vorschriften, denen allokatonsverzerrende Wirkungen kaum zuzusprechen sind. Das gesamte Volumen der Steuervergünstigungen in der Abgrenzung der Koch-Steinbrück-Liste beträgt für das Jahr 2002: 83,5 Mrd. Euro (Koch und Steinbrück 2003: 9).

5 Finanzhilfen des Bundes⁴

5.1 Vorbemerkungen

Die Finanzhilfen des Bundes im Zeitraum 2000 bis 2009 werden anhand der Haushaltsrechnungen für die Jahre 2000 bis 2008 sowie des Haushaltsplans für das Jahr 2009 erfasst (BMF *Haushaltsrechnungen* lfd. Jgg.; Deutscher Bundestag 2009a). Bei den Ausgaben für die Jahre bis 2008 handelt

⁴ Vgl. auch Boss und Rosenschon (2009).

es sich demnach um die tatsächlichen Ausgaben; für das Jahr 2009 sind die Haushaltsplanzahlen dargestellt.

Es werden direkte und indirekte Finanzhilfen unterschieden. Direkte Finanzhilfen des Bundes sind jene, die ohne Zwischenschaltung der Länder unmittelbar an die Empfänger gezahlt werden. Indirekte Finanzhilfen des Bundes liegen vor, wenn die Länder beispielsweise im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben Bundesmittel weiterreichen. Die Unterscheidung ist nötig, um bei der Erfassung aller Finanzhilfen Doppelzählungen zu vermeiden.⁵

Die Ausführungen zu den Finanzhilfen des Bundes beziehen sich auf die Hilfen in der Abgrenzung ohne Grenzfälle. Bei den Grenzfällen handelt es sich um Positionen, die nur zum Teil Subventionscharakter haben und bei denen wegen fehlender Informationen über das Subventionsäquivalent der volle Betrag angesetzt wird (Tabelle A1).

Soll die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes seit dem Jahr 2000 gewürdigt werden, so macht es Sinn, den Zeitraum in zwei Teilperioden aufzuteilen, und zwar in den Zeitraum 2000 bis 2003 und in den Zeitraum 2003 bis 2009. Im Jahr 2003 war nämlich der sogenannte Koch-Steinbrück-Plan, der Subventionskürzungen bringen sollte, beschlossen worden.

5.2 Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2000 bis 2003

Die direkten Finanzhilfen des Bundes haben im Zeitraum 2000 bis 2003 kräftig von 25,7 auf 22,0 Mrd. Euro abgenommen (Tabelle 2). Sowohl die sektorspezifischen Hilfen als auch die branchenübergreifenden Hilfen an Unternehmen waren rückläufig. Auch die Finanzhilfen zugunsten (halb-)staatlicher Dienstleister nahmen ab.

Der Rückgang der Hilfen zugunsten der Land- und Forstwirtschaft beruht im Kern auf dem Wegfall der Beihilfe für Gasöl, das in der Landwirtschaft zum Betrieb von Ackerschleppern, Arbeitsmaschinen und Motoren oder Sonderfahrzeugen verwendet wird; im Jahr 2000 waren für diesen Zweck Zahlungen in Höhe von 448 Mill. Euro angefallen. Statt der Gasölbeihilfe gibt es allerdings seit 2001 eine Mineralölsteuervergünstigung. Gesunken sind ferner die Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, die an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sowie jene zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe und zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.

Die Kohlesubventionen sind kräftig – um 1,3 Mrd. Euro – gesunken. Maßgeblich dafür war gemäß dem sogenannten Kohlekompromiss von 1997 die schrittweise Rückführung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen.

Die Hilfen zugunsten des Schiffbaus haben stark abgenommen (2000: 133 Mill. Euro; 2003: 76 Mill. Euro). Die Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an deutsche Schiffswerften sind stark gekürzt worden.

Die Hilfen an den Sektor Wohnungswirtschaft haben sich dagegen in der Summe kaum verändert. Allerdings liefen einzelne Programme aus, andere wurden eingeführt.

Was die Hilfen für den Sektor Verkehr betrifft, so werden der an die Deutsche Bahn AG (aufgrund des technischen Rückstands der Deutschen Reichsbahn) gezahlte Personalkostenzuschuss und die Finanzhilfen wegen ökologischer Altlasten und erhöhten Materialaufwands im Bereich der Deutschen Reichsbahn seit dem Jahr 2003 nicht mehr gezahlt (2000: insgesamt 1 223 Mill. Euro). Andere Hilfen für die DB AG wurden freilich eingeführt oder ausgeweitet. Die gesamten Hilfen zugunsten des Sektors Verkehr haben von 2000 bis 2003 stagniert.

⁵ Indirekte Hilfen des Bundes werden, wenn die Finanzhilfen des Staates nach Ebenen gegliedert werden, den Ländern zugeordnet (Boss und Rosenschon 2008).

Tabelle 2:

Direkte Finanzhilfen des Bundes nach Branchen bzw. Subventionszielen 2000–2009 (Mill. Euro)

Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen</i>	22 278	19 111	20 021	19 047	16 948	16 241	15 261	15 755	15 095	16 833
Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	2 379	2 312	2 036	1 950	1 845	1 632	1 581	1 668	1 926	1 665
Bergbau	4 565	4 497	3 606	3 236	2 720	2 211	2 084	2 245	2 273	1 930
Schiffbau	125	132	97	76	58	52	44	30	24	16
Verkehr	10 862	8 737	11 305	10 838	9 565	9 409	9 327	9 761	8 890	10 774
Wohnungsvermietung	1 317	1 488	1 381	1 375	1 330	1 255	1 097	1 000	930	1 074
Luft- und Raumfahrzeugbau	61	84	68	29	37	39	55	79	82	133
Sonstige Sektoren	2 969	1 859	1 526	1 543	1 392	1 643	1 072	972	971	1 241
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	2 274	1 594	1 679	2 056	2 726	3 971	4 833	4 652	4 857	5 033
Regionalpolitik, Strukturpolitik	9	45	46	58	66	74	77	85	92	122
Umwelt, rationelle Energieverwendung	410	549	466	397	425	455	491	485	631	987
Beschäftigungspolitik	777	29	54	533	1 142	2 200	3 130	2 908	2 894	2 554
Förderung von Qualifikation	180	76	140	157	221	257	244	237	246	310
Förderung von Innovationen etc.	43	40	37	33	35	0	0	0	0	0
Mittelstandsförderung	780	777	861	808	764	907	816	851	903	944
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	75	78	75	70	74	78	76	86	91	116
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	24 552	20 705	21 700	21 103	19 674	20 212	20 094	20 407	19 952	21 866
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	1 129	728	944	851	1 857	3 385	5 069	3 455	3 509	8 310
Krankenhäuser, GKV	17	26	30	14	1 006	2 504	4 201	2 502	2 502	7 203
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	787	371	562	489	499	511	511	570	593	703
Kirchen, Religionsgemeinschaften	3	3	3	6	6	13	6	7	10	10
Sport, Freizeit	79	77	83	83	87	95	102	87	105	112
Sonstige Empfänger	242	251	265	257	257	261	247	287	298	281
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	25 681	21 434	22 644	21 954	21 531	23 597	25 163	23 862	23 461	30 176

Quelle: Deutscher Bundestag (2009a); BMF Haushaltsrechnungen (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Finanzhilfen zugunsten des Luft- und Raumfahrzeugbaus waren rückläufig; sie haben sich etwa halbiert. Maßgeblich für die Abnahme der Hilfen zugunsten sonstiger Sektoren ist, dass Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen weniger in Anspruch genommen worden sind.

Bei den branchenübergreifenden Finanzhilfen haben jene im Rahmen der Beschäftigungspolitik abgenommen. Einerseits sind im Jahr 2003 Lohnkostenzuschüsse zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser nicht mehr gezahlt worden (2000: 314 Mill. Euro); auch sind Kosten für Strukturanpassungsmaßnahmen nicht mehr erstattet worden (2000: 417 Mill. Euro). Andererseits wurden Mittel für neue Programme, insbesondere Zuschüsse der Europäischen Sozialfonds, verausgabt. Die Mittelstandsförderung wurde etwas ausgeweitet.

Die (bei den Finanzhilfen der Länder erfassten) indirekten Finanzhilfen des Bundes haben im Zeitraum 2000–2003 ebenfalls abgenommen (Tabelle 3). Entscheidend dafür war das verminderte Engagement des Bundes im sozialen Wohnungsbau; die gesamten indirekten Hilfen für den Sektor Wohnungsvermietung sind stark verringert worden (2000: 1,2 Mrd. Euro, 2003: 905 Mill. Euro). Auch die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind erheblich (um rund 300 Mill. Euro) gekürzt worden. Leicht rückläufig waren die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; die Ausgaben für die Verbesserung des Küstenschutzes zählen freilich nicht zu den Subventionen, sondern zu den Infrastrukturausgaben.

Tabelle 3:

Indirekte Hilfen des Bundes nach Branchen bzw. Subventionszielen 2000–2009 (Mill. Euro)

Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen</i>	10 179	9 999	10 081	10 059	9 979	10 203	10 138	9 565	8 155	8 336
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	681	658	702	635	568	548	502	489	512	560
Verkehr	8 301	8 324	8 309	8 519	8 480	8 729	8 773	8 390	7 011	7 090
Wohnungsvermietung	1 197	1 017	903	905	932	926	862	685	632	686
Sonstige Sektoren	0	0	167	0	0	0	1	0	0	0
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	1 230	1 123	1 030	1 026	944	967	867	697	725	563
Regionalpolitik, Strukturpolitik	1 230	1 025	937	937	862	890	790	622	665	507
Beschäftigungspolitik	0	99	93	89	83	78	77	75	60	56
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	11 409	11 122	11 111	11 085	10 924	11 170	11 005	10 262	8 880	8 899
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	632	600	612	148	282	58	54	56	54	41
Krankenhäuser	473	444	444	0	221	0	0	0	0	0
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	99	55	51	41	35	29	30	32	33	17
Sport, Freizeit	60	101	116	108	26	29	24	24	22	24
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 317	8 934	8 940
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen										
– zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	1 336	1 336
– zur sozialen Wohnraumförderung	0	0	0	0	0	0	0	518	518	518
<i>VI Finanzhilfen des Bundes einschl. Kompensationszahlungen</i>	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 836	10 788	10 794

Quelle: BMF Haushaltsrechnungen (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009a); eigene Berechnungen.

5.3 Direkte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009

Im Zeitraum 2003–2009 sind die direkten Finanzhilfen des Bundes von 22,0 Mrd. Euro auf 30,2 Mrd. Euro gestiegen (Tabelle 2; Tabelle A2). Die Zunahme ab dem Jahr 2004 ist nicht auf die Entwicklung der sektorspezifischen Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen zurückzuführen, sondern auf die der branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen sowie die der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister.

Die sektorspezifischen Finanzhilfen des Bundes zugunsten von Unternehmen haben von 2003 bis 2009 – unter Schwankungen – von 19,0 Mrd. Euro auf 16,8 Mrd. Euro abgenommen. Dabei sind die Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei von knapp 2 Mrd. Euro auf 1,7 Mrd. Euro zurückgegangen.⁶ So sind die Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, bei der die heimischen mittelständischen Brennereien Agraralkohol abliefern können und einen garantierten Preis erhalten, gesunken (2003: 109 Mill. Euro, 2009: 80 Mill. Euro). Die Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit haben ebenfalls abgenommen (2003: 135 Mill. Euro, 2009: 2 Mill. Euro). Einsparungen gab es auch bei den Zuschüssen zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (2003: 81 Mill. Euro, 2009: 49 Mill. Euro); hier schrumpft

⁶ Die Finanzhilfen der EU zugunsten des Agrarsektors belaufen sich im Jahr 2009 auf 6,1 Mrd. Euro (vgl. auch Tabelle 9).

die Zahl der Fälle. Hingegen haben sich die Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte von 2003 bis 2009 kaum verändert; sie beliefen sich auf rund 1,2 Mrd. Euro.

Die Finanzhilfen zugunsten des Bergbaus sind im Zeitraum 2003 bis 2009 von 3,2 Mrd. Euro auf 1,9 Mrd. Euro gesenkt worden. Der Kern der Hilfen (2009: 1,5 Mrd. Euro) betrifft Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen. Die Zahlungen an die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe, eine Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt, und die Hilfen für die Lausitzer und Mitteldeutschen Bergwerksverwaltungsgesellschaft, eine andere Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt, sind von 2003 bis 2009 ebenso wie die Hilfen für die Wismut GmbH Chemnitz gesunken, und zwar deutlich.

Die Finanzhilfen zugunsten des Schiffbaus wurden von 76 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 16 Mill. Euro im Jahr 2009 vermindert. Dabei wurden die Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften und die Wettbewerbshilfen für deutsche Werften kräftig reduziert.

Die Finanzhilfen für den Verkehrssektor lagen im Jahr 2009 mit 10,8 Mrd. Euro wieder auf dem im Jahr 2003 erreichten Niveau, nachdem sie bis zum Jahr 2008 zurückgegangen waren. Größter Posten waren die Verwaltungsausgaben, die der Bund dem Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erstattet; im Jahr 2003 waren es 5,8 Mrd. Euro, im Jahr 2009: 5,4 Mrd. Euro. Die in Zuschüsse umwandelbaren Investitionsdarlehen für den Ausbau von Schienenwegen sind gesunken (2003: 344 Mill. Euro, 2009: 10 Mill. Euro). Der Investitionszuschuss für Schienenwege war im Jahr 2009 mit 37 Mill. Euro deutlich niedriger als im Jahr 2003 (3,3 Mrd. Euro), allerdings wurde im Jahr 2009 ein Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro geleistet. Auch wird seit dem Jahr 2004 eine Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für die Eisenbahnen des Bundes gezahlt (2009: 1 120 Mill. Euro; 2004: 247 Mill. Euro). Die gesamten Finanzhilfen an die Deutsche Bahn AG beliefen sich im Jahr 2009 auf 4,4 Mrd. Euro; sie waren etwa so hoch wie im Jahr 2003. Neben den zahlreichen Zahlungen an die Deutsche Bahn AG leistete der Bund Zuschüsse u.a. für die Entwicklung der Magnetschwebbahntechnik, an den kombinierten Verkehr, an die Seeschifffahrt und – seit dem Jahr 2009 – an Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs.

Die Finanzhilfen für den Sektor Wohnungsvermietung lagen im Jahr 2009 mit 1,1 Mrd. Euro deutlich unter dem im Jahr 2003 erreichten Niveau (1,4 Mrd. Euro). In den Jahren 2003 bis 2005 sind – wie schon in den Jahren 2001 und 2002 – Zinszuschüsse an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Gebäudesanierungsprogramm zur Kohlendioxid-Minderung in Höhe von rund 205 Mill. Euro je Jahr gewährt worden, im Jahr 2009 170 Mill. Euro. Die Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungs-Programms der KfW für die neuen Länder haben stark abgenommen (2003: 511 Mill. Euro, 2009: 77 Mill. Euro). Die Prämien nach dem Wohnungsbauprämienengesetz waren im Jahr 2009 mit 446 Mill. Euro deutlich niedriger als im Jahr 2003 (612 Mill. Euro).

Die Finanzhilfen zugunsten des Luft- und Raumfahrzeugbaus betragen im Jahr 2003: 29 Mill. Euro, im Jahr 2009 133 Mill. Euro. Die Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen inklusive Triebwerken sind ebenso aufgestockt worden wie die Ausgaben des Bundes für die Forschungsförderung im Bereich Luftfahrt.

Die spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren waren im Jahr 2009 mit 1,2 Mrd. Euro um 0,3 Mrd. Euro niedriger als im Jahr 2003. Entscheidend war, dass der Bund infolge von Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen nur in Höhe von 900 Mill. Euro in Anspruch genommen wurde, verglichen mit 1 228 Mill. Euro im Jahr 2003. Weitere wichtige Positionen innerhalb der spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren sind die Zuschüsse an die Energiewerke Nord GmbH, die Ausgaben für die Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk und die Aufwendungen für die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Die branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen stiegen von 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 5,0 Mrd. Euro im Jahr 2009 erhöht. Entscheidend dafür ist, dass der Bund seit 2005 anstelle der Bundesagentur für Arbeit verschiedene Ausgaben im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik

tätigt; es handelt sich vor allem um Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Im Übrigen verlief die Entwicklung bei den einzelnen Kategorien der übergreifenden Hilfen recht unterschiedlich.

Bei den Finanzhilfen, die regional- und strukturpolitischen Zielen dienen, handelt es sich um die Förderung innovativer Wachstumskerne sowie innovativer Regionen in den neuen Ländern. Im Jahr 2009 wurden 122 Mill. Euro geleistet; im Jahr 2003 waren es 58 Mill. Euro.

Die Finanzhilfen im Bereich Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung sind von 397 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 987 Mill. Euro im Jahr 2009 gestiegen. Am bedeutsamsten sind die Hilfen bei Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (2003: 102 Mill. Euro, 2009: 466 Mill. Euro), die Aufwendungen für „Forschung und Entwicklung umweltgerechter nachhaltiger Entwicklung“ (2009: 129 Mill. Euro) und die Zuschüsse für rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik (2009: 115 Mill. Euro für laufenden Zuschuss und Investitionszuschuss).

Mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung hat der Bund im Jahr 2003 Finanzhilfen in Höhe von 0,5 Mrd. Euro geleistet, im Jahr 2009 waren es 2,6 Mrd. Euro. Zwar hat der Bund diverse Arbeitsmarktprogramme und Strukturanpassungsmaßnahmen auf die Bundesagentur für Arbeit verlagert, doch gewährt er seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2005 „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“; sie ersetzen im Kern Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2009 wurden für diesen Zweck 2,5 Mrd. Euro verausgabt.⁷

Die Zuschüsse zur Förderung der Qualifikation sind von 157 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 310 Mill. im Jahr 2009 gestiegen. Wichtige Positionen im Bereich der Qualifikationsförderung sind die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung, der beruflichen Bildung und der Weiterbildung.

Für die Mittelstandsförderung wurden im Jahr 2009: 944 Mill. Euro und damit rund 140 Mill. Euro mehr als im Jahr 2003 aufgewendet werden. Zum Anstieg trägt die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmensgründungen bei (2003: 137 Mill. Euro, 2009: 240 Mill. Euro). Neue Programme sind Maßnahmen zur Verbesserung der Materialeffizienz, Innovationsprojekte im Rahmen der Innovationsinitiative der Bundesregierung und das Innovationsprogramm zur Förderung des Mittelstandes.

Sonstige Unternehmensfunktionen hat der Bund im Jahr 2003 mit 70 Mill. Euro und im Jahr 2009 mit 116 Mill. Euro gefördert. Schwerpunkte waren die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte sowie die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Auslandsmessen und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft.

Die Finanzhilfen des Bundes an (halb-)staatliche Dienstleister sind im Zeitraum 2003–2009 stark ausgeweitet worden (2003: 0,9 Mrd. Euro, 2009: 8,3 Mrd. Euro). Im Jahr 2004 ist ein Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen eingeführt worden (BMF 2008: 220). Dieser Zuschuss hat Subventionscharakter, schon deshalb, weil es einen Zuschuss an private Versicherer nicht gibt. Im Jahr 2009 wurden 7,2 Mrd. Euro vom Bund gezahlt. Eine bedeutsame Kategorie innerhalb der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister sind die Zahlungen an Theater, Museen, Medien und sonstige Kulturanbieter; sie haben im Jahr 2003: 489 Mill. Euro betragen, im Jahr 2009: 703 Mill. Euro. Die direkten Ausgaben für die Sportförderung sind von 83 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 112 Mill. Euro im Jahr 2009 gestiegen.⁸ Die Finanzhilfen an sonstige Empfänger innerhalb der (halb-)staatlichen Dienstleister haben um 24 Mill. Euro auf 281 Mill. Euro zugenommen.

⁷ Vgl. auch Tabelle 11.

⁸ Daneben leistet der Bund Zahlungen an die Länder, mit denen diese den Sport fördern.

5.4 Indirekte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009

Die indirekten Finanzhilfen des Bundes waren im Zeitraum 2003–2009 rückläufig (Tabelle 3, Tabelle A3). Sie sind von 11,2 auf knapp 9 Mrd. Euro gesunken. Teilweise beruht dies auf Änderungen der Finanzverfassung.

Vor allem die „mischfinanzierten“ Ausgaben im Agrarsektor und in der Regionalpolitik (sogenannte „Gemeinschaftsaufgaben“) schrumpften aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Föderalismusreform. Ferner lagen die Ausgaben für den Sektor Verkehr im Jahr 2009 unter dem im Jahr 2003 erreichten Niveau, weil Zuweisungen des Bundes an die Länder nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz seit dem Jahr 2008 nicht mehr geleistet werden. Ferner wurden die Zahlungen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung gestrichen.

Allerdings hat der Bund den Ländern Kompensationszahlungen für die beiden gestrichenen Finanzhilfen gewährt. Sofern die Länder diese Mittel für Finanzhilfen einsetzen, kann von einer echten Kürzung nicht die Rede sein. Einschließlich der Kompensationszahlungen überwies der Bund im Jahr 2009 für Subventionszwecke 10,8 Mrd. Euro an die Länder.

5.5 Zusammenfassung: Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2000 bis 2009

Die Summe aus direkten und indirekten Finanzhilfen (Finanzhilfen im engeren Sinne) des Bundes im Jahr 2009 beträgt 39,1 Mrd. Euro (Tabelle 4). Das sind 26,9 Mrd. Euro mehr, als der 22. Subventionsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2009 für den Bund ausweist (BMF 2010a). Die indirekten Finanzhilfen des Bundes werden im Folgenden bei den Finanzhilfen der Länder erfasst. Bezieht man die Kompensationszahlungen ein, die der Bund an die Länder wegen des Wegfalls der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zahlt, so erhöht sich der Gesamtbetrag auf 41,0 Mrd. Euro (Finanzhilfen im weiteren Sinne).

Tabelle 4:

Finanzhilfen des Bundes 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Direkte Finanzhilfen	25 681	21 434	22 644	21 954	21 531	23 597	25 163	23 862	23 461	30 176
Indirekte Finanzhilfen	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 317	8 934	8 940
<i>Finanzhilfen im engeren Sinne</i>	<i>37 722</i>	<i>33 156</i>	<i>34 367</i>	<i>33 187</i>	<i>32 737</i>	<i>34 826</i>	<i>36 222</i>	<i>34 179</i>	<i>32 395</i>	<i>39 116</i>
Kompensationszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	518	1 854	1 854
<i>Finanzhilfen im weiteren Sinne</i>	<i>37 722</i>	<i>33 156</i>	<i>34 367</i>	<i>33 187</i>	<i>32 737</i>	<i>34 826</i>	<i>36 222</i>	<i>34 697</i>	<i>34 249</i>	<i>40 970</i>
<i>Nachrichtlich:</i>										
Ausgaben mit partiellem Subventionsgehalt	2 009	2 321	2 297	2 216	1 867	1 889	2 037	2 157	2 311	2 511

Quelle: BMF *Haushaltsrechnungen* (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009a); eigene Berechnungen.

6 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden

Will man die Länder im Hinblick auf ihr Finanzhilfegebaren vergleichen, so ist es nötig, die regionalisierten Finanzhilfeszahlen der Gemeinden zu integrieren. Denn in den Ländern herrschen unterschiedliche Zentralisations- bzw. Dezentralisationsgrade.

6.1 Quellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen

Als statistische Basis werden die Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder herangezogen, die den Zeitraum 2000–2009 oder 2000–2010 abdecken. Für die Jahre 2000–2007 werden Ist-Werte veranschlagt, für die Jahre 2008 und 2009 Planzahlen.

Es werden sowohl die Finanzhilfen erfasst, die die Länder an die Subventionsempfänger auszahlen (und die teils Bundes- und/oder EU-Anteile enthalten), als auch jene Zuweisungen der Länder an die Gemeinden, die auf kommunaler Ebene subventionswirksam werden. Dabei können nur die Zuweisungen der Länder berücksichtigt werden, deren subventionspolitische Zielsetzung erkennbar ist. Dies ist z.B. bei Zahlungen an kommunale Theater, Orchester oder Verkehrsträger der Fall, nicht aber bei den Teilen der Schlüsselzuweisungen, deren Verwendung die Allokation verzerrt. Auf kommunaler Ebene müssen dann, wie noch erläutert wird, zusätzlich die aus eigenen Mitteln finanzierten Teile der Finanzhilfen einbezogen werden.

Identifizierbar sind die relevanten Finanzhilfen aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder entweder anhand eines Rasters ausgewählter Gruppierungsnummern⁹ oder anhand der Defizite ganzer Haushaltskapitel, sofern die Gesamtaktivität als von Privaten realisierbar erscheint. Sind die geförderten Institutionen oder Tätigkeiten rechtlich oder finanzstatistisch voll in den Haushalt eines

⁹ Gruppierungsnummern sind ein Codesystem im Rahmen der staatlichen Haushaltsrechnung. Im Zentrum des Finanzhilferasters stehen folgende Gruppierungsnummern: 661 (Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen), 662 (Schuldendiensthilfen an private Unternehmen), 682 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen), 683 (Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen), 891 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen) und 892 (Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen). Auch Positionen mit den Nummern 697 (Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse) und 87 (Inanspruchnahme aus Gewährleistungen) fallen in die Kategorie der Finanzhilfen an Unternehmen, sind aber weniger bedeutsam. Nicht alle Zuweisungen mit den genannten Nummern sind jedoch Finanzhilfen. Werden Zahlungen an ausgelagerte Behördeneinheiten geleistet, damit diese öffentliche Güter bereitstellen, liegt keine Finanzhilfe vor. Dies ist etwa bei der Finanzierung einer Agentur der Fall, die im Auftrag der öffentlichen Hand Standortwerbung betreibt, aus der die Region insgesamt profitiert.

Da Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte – auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden – in den Kreis der potentiellen Finanzhilfeempfänger einbezogen werden, werden Positionen mit folgenden Gruppierungsnummern auf ihre Subventionsqualität hin überprüft: 663 (Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland), 681 (Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen), 684 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen), 685 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen), 686 (Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland), 893 (Zuschüsse für Investitionen für Sonstige im Inland) und 894 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen). Ferner werden Zahlungen der Länder an die Gemeinden für die Vergabe von Finanzhilfen erfasst. Dies erfordert eine Überprüfung der Haushaltstitel mit den Gruppierungsnummern 623 (Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände), 633 (Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) und 883 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden).

Mitunter werden Ausgaben für staatsinterne Baumaßnahmen mit der Gruppierungsnummer 7 als Finanzhilfen berücksichtigt. Dies ist bei der Auswertung des Haushaltskapitels staatlicher Hochbaumaßnahmen dann der Fall, wenn in staatsinterne Betriebseinheiten investiert wird, die zumindest aus dem Haushalt auslagerbar, wenn nicht gar privatisierbar sind. Beispiele sind bauliche Maßnahmen an Staatstheatern.

Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitalaufstockungen (Gruppierungsnummer 83) werden in der Regel nicht als Finanzhilfen erfasst, weil ein Subventionsstatbestand kaum zu diagnostizieren ist, wenn ein Land als Eigentümer eines expandierenden Unternehmens dessen Eigenkapital aufstockt. Die Mittelzuführung hat aber Subventionscharakter, wenn ein chronisch defizitäres Unternehmen der Empfänger ist.

Landes integriert (etwa bei staatlichen Mustergütern oder bei der Förderung von Religionsgemeinschaften), so wird statt der Ausgaben gemäß den ausgewählten Gruppierungsnummern das am Ende des Haushaltskapitels ausgewiesene Defizit veranschlagt. Es bringt den Finanzhilfeteil der Finanzierung der jeweiligen Aufgabe zum Ausdruck.

In den Finanzhilfen der Länder sind indirekte Zahlungen anderer Staatsebenen oder Institutionen enthalten, so die indirekten Hilfen des Bundes, die auf die Länder entfallende Regionalförderung der Europäischen Union sowie indirekte Ausgaben des Investitions- und Tilgungsfonds, soweit diese als Finanzhilfen einzustufen sind.

6.2 Quellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen

Neben den auf Länderebene erfassten Zuweisungen der Länder für kommunale Finanzhilfen, die den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder zu entnehmen sind, werden die eigenfinanzierten Gemeindehilfen erfasst. Statistische Basis sind die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte. In der erforderlichen Gliederung werden sie auf Anfrage vom Statistischen Bundesamt bereitgestellt. Verfügbar sind die Daten für die Jahre 2000–2006 (Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* lfd. Jgg.). Für die Jahre 2007, 2008 und 2009 werden die Kommunalzahlen auf der Basis der Finanzhilfen der einzelnen Länder geschätzt.

Die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte sind nach Aufgabenbereichen gegliedert, die mit so genannten Gliederungsnummern versehen sind. Zweistellige Nummern in der Systematik der Ausgaben kennzeichnen Obergruppen, dreistellige Untergruppen. Die Palette der Funktionen ist dahingehend überprüft worden, ob die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Abgrenzungskriterien gegeben sind. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände wird in den subventionsrelevanten Aufgabenbereichen das kommunale Defizit erfasst.

6.3 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden in den Jahren 2000 bis 2009

Die Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden (ohne Grenzfälle oder Ausgaben mit partiellem Subventionsgehalt) waren im Jahr 2009 mit 63,1 Mrd. Euro um 3,8 Mrd. Euro höher als im Jahr 2000 (Tabelle 5). Einschließlich der Grenzfälle beliefen sie sich auf 68,8 Mrd. Euro.

Während die Finanzhilfen (ohne Grenzfälle) in den alten Flächenländern im Zeitraum 2000 bis 2009 um 7,1 Mrd. Euro auf 44,9 Mrd. Euro gestiegen sind, waren sie in den neuen Flächenländern sowie in den Stadtstaaten rückläufig. Dabei haben sich die Unterschiede bei den Finanzhilfen je Einwohner eingeebnet. Im Jahr 2000 war das Niveau der Finanzhilfen je Einwohner in den neuen Flächenländern noch fast doppelt so hoch wie in den alten, im Jahr 2009 betragen die Finanzhilfen im Osten 979 Euro, im Westen 711 Euro. Die Stadtstaaten haben im Jahr 2009 Finanzhilfen in Höhe von 933 Euro je Einwohner gewährt.

Tabelle 5:
Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden 2000–2009

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Ohne Grenzfälle										
(Mill. €)										
Alte Flächenländer	37 766	38 615	38 355	37 447	36 670	37 037	37 444	36 913	41 299	44 864
Neue Flächenländer	15 554	15 179	14 781	14 620	14 336	13 286	13 284	13 406	12 779	12 754
Stadtstaaten	5 935	5 657	5 951	5 725	5 787	5 689	5 124	5 225	5 091	5 473
<i>Insgesamt</i>	<i>59 255</i>	<i>59 451</i>	<i>59 087</i>	<i>57 792</i>	<i>56 793</i>	<i>56 012</i>	<i>55 852</i>	<i>55 545</i>	<i>59 169</i>	<i>63 092</i>
Mit Grenzfällen										
(Mill. €)										
Alte Flächenländer	41 301	42 359	42 034	40 991	40 110	40 686	41 161	40 365	45 106	49 194
Neue Flächenländer	16 632	16 290	15 989	15 630	15 328	14 253	14 222	14 333	13 744	13 859
Stadtstaaten	6 404	6 292	6 493	6 198	6 178	6 158	5 463	5 689	5 504	5 722
<i>Insgesamt</i>	<i>64 337</i>	<i>64 941</i>	<i>64 516</i>	<i>62 819</i>	<i>61 615</i>	<i>61 098</i>	<i>60 846</i>	<i>60 387</i>	<i>64 355</i>	<i>68 775</i>
Ohne Grenzfälle										
(Prozent des BIP)										
Alte Flächenländer	2,28	2,28	2,23	2,16	2,07	2,06	2,01	1,90	2,07	2,33
Neue Flächenländer	6,63	6,31	5,98	5,83	5,57	5,13	4,95	4,77	4,41	4,52
Stadtstaaten	3,43	3,18	3,31	3,18	3,20	3,07	2,69	2,64	2,49	2,70
<i>Insgesamt</i>	<i>2,87</i>	<i>2,81</i>	<i>2,76</i>	<i>2,67</i>	<i>2,57</i>	<i>2,50</i>	<i>2,41</i>	<i>2,29</i>	<i>2,37</i>	<i>2,62</i>
Mit Grenzfällen										
(Prozent des BIP)										
Alte Flächenländer	2,50	2,50	2,45	2,36	2,26	2,26	2,21	2,08	2,26	2,56
Neue Flächenländer	7,09	6,78	6,47	6,24	5,95	5,51	5,29	5,10	4,75	4,91
Stadtstaaten	3,70	3,54	3,62	3,45	3,41	3,32	2,86	2,88	2,69	2,82
<i>Insgesamt</i>	<i>3,12</i>	<i>3,07</i>	<i>3,01</i>	<i>2,90</i>	<i>2,79</i>	<i>2,72</i>	<i>2,62</i>	<i>2,49</i>	<i>2,58</i>	<i>2,86</i>
Ohne Grenzfälle										
(€ je Einwohner)										
Alte Flächenländer	601	614	608	592	579	585	592	584	654	711
Neue Flächenländer	1 123	1 106	1 086	1 081	1 067	996	1 003	1 021	981	979
Stadtstaaten	1 031	980	1 029	990	1 000	981	880	893	868	933
<i>Insgesamt</i>	<i>719</i>	<i>721</i>	<i>716</i>	<i>700</i>	<i>688</i>	<i>679</i>	<i>679</i>	<i>676</i>	<i>722</i>	<i>769</i>
Mit Grenzfällen										
(€ je Einwohner)										
Alte Flächenländer	657	673	666	648	634	643	651	638	715	780
Neue Flächenländer	1 201	1 187	1 174	1 156	1 141	1 068	1 074	1 091	1 055	1 064
Stadtstaaten	1 112	1 090	1 123	1 071	1 068	1 061	938	972	938	975
<i>Insgesamt</i>	<i>780</i>	<i>788</i>	<i>782</i>	<i>761</i>	<i>747</i>	<i>741</i>	<i>739</i>	<i>734</i>	<i>785</i>	<i>839</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

6.4 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden nach Sektoren bzw. Zielsetzungen 2000 bis 2009

Im Jahr 2000 waren die Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden zugunsten von Unternehmen (ohne Grenzfälle) mit 31,6 Mrd. Euro höher als die Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister (Tabelle 6). Einschließlich der Grenzfälle hielten sich beide Teilaggregate mit 32,2 Mrd. Euro die Waage (Tabelle A4). Seither sind die Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen (ohne Grenzfälle) auf

27,8 Mrd. Euro im Jahre 2009 zurückgegangen, während sich die Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister zum wichtigeren Aggregat entwickelten (35,3 Mrd. Euro).

Tabelle 6:

Finanzhilfen der Länder (ohne Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I</i>	<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von</i>									
	<i>Unternehmen</i>									
	24 846	24 685	24 384	23 315	22 759	22 286	21 882	21 515	21 997	22 941
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei									
	2 597	2 613	2 848	2 671	2 672	2 780	2 277	2 662	2 996	2 952
	Bergbau									
	855	692	663	612	682	674	756	663	660	554
	Schiffbau									
	74	127	146	115	86	52	41	19	15	9
	Verkehr									
	10 256	10 065	10 721	10 410	10 699	10 523	10 459	10 069	10 154	10 498
	Wohnungsvermietung									
	5 158	4 544	4 314	4 569	3 807	3 508	3 341	3 327	3 068	3 443
	Luft- und Raumfahrzeugbau									
	1	3	5	7	6	6	5	4	14	25
	Wasserver- und -entsorgung, Abfall									
	2 436	2 391	2 076	1 555	1 367	1 444	1 442	1 398	1 360	1 423
	Fremdenverkehr, Bäder									
	1 251	1 358	1 397	1 338	1 266	1 169	1 273	1 279	1 438	1 527
	Sonstige Sektoren									
	2 219	2 892	2 214	2 037	2 174	2 130	2 287	2 094	2 293	2 511
<i>II</i>	<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von</i>									
	<i>Unternehmen</i>									
	6 776	6 362	5 357	5 309	5 307	4 921	4 776	4 947	5 650	4 872
	Regionalpolitik, Strukturpolitik									
	3 378	3 239	2 546	2 541	2 327	2 180	2 051	2 034	2 503	2 215
	Umwelt, rationelle Energieverwendung									
	332	301	247	329	336	273	279	271	301	315
	Beschäftigungspolitik									
	1 545	1 479	1 313	1 252	1 382	1 380	1 227	1 330	1 340	1 072
	Förderung von Qualifikation									
	547	578	638	606	596	586	558	542	588	530
	Förderung von Innovationen etc.									
	394	371	279	298	295	211	222	322	505	442
	Mittelstandsförderung									
	162	144	123	90	105	83	203	218	207	108
	Investitionsförderung									
	40	43	37	28	23	21	20	24	31	31
	Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen									
	378	208	173	166	243	189	215	204	174	159
<i>III</i>	<i>Finanzhilfen zugunsten von</i>									
	<i>Unternehmen</i>									
	31 622	31 047	29 741	28 624	28 065	27 207	26 657	26 462	27 647	27 813
<i>IV</i>	<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>									
	27 632	28 404	29 347	29 168	28 727	28 805	29 195	29 083	31 522	35 279
	Krankenhäuser									
	4 880	5 096	4 960	4 583	4 324	4 357	4 501	4 400	4 697	5 711
	Kindertagesstätten, Kinderkrippen									
	9 410	9 548	10 343	10 511	10 621	10 959	11 203	11 364	12 506	14 148
	Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter									
	4 918	5 050	5 216	5 197	5 072	5 214	5 213	5 203	5 499	5 900
	Kirchen, Religionsgemeinschaften									
	413	434	434	435	445	446	442	449	463	481
	Pflegeeinrichtungen									
	603	608	617	634	514	278	203	185	186	185
	Sport, Freizeit									
	4 997	5 127	5 226	5 081	5 078	4 972	5 041	4 946	5 394	5 880
	Sonstige Empfänger									
	2 412	2 541	2 550	2 727	2 673	2 579	2 592	2 537	2 777	2 974
<i>V</i>	<i>Finanzhilfen insgesamt</i>									
	59 255	59 451	59 087	57 792	56 793	56 012	55 852	55 545	59 169	63 092

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

Dass weniger Mittel für die Förderung von Unternehmen eingesetzt worden sind, reflektiert auch die Ergebnisse der Föderalismusreform. Vor allem wegen des Rückzugs des Bundes aus der Wohnungspolitik haben die Ausgaben der Länder für den sozialen Wohnungsbau deutlich abgenommen. Rückläufig waren auch die Ausgaben im Rahmen der Regionalpolitik. Ferner sind im Gefolge der Kohlepolitik des Bundes und der Kohleländer die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für den Bergbau gesunken. Der Anstieg der Subventionen im Dienstleistungssektor beruht vor allem auf der verstärkten Förderung von Kindertagesstätten (auch im Rahmen der frühkindlichen Erziehungsinitiativen); auch wurden die Ausgaben für die Kulturförderung stetig ausgeweitet.

6.5 Finanzhilfen nach Ländern 2000 bis 2009

Beim interregionalen Vergleich der Finanzhilfen ist aus verschiedenen Gründen Vorsicht geboten. Erstens: Die Hilfen werden mitunter aus dem Staatshaushalt in Schattenhaushalte verlagert. Deren Finanzhilfeaktivität ist aber in unterschiedlichem Maße dokumentiert. Oft herrschen Informationslücken über das Agieren parafiskalischer Gebilde. Zweitens: Der Präzisionsgrad der Haushalts erläuterungen ist nicht einheitlich, so dass Finanzhilfen manchmal identifizierbar sind und manchmal nicht. Dies trifft auch auf die Angaben der Länder zur Ausnutzung des Konjunkturpakets II für die Jahre 2009 und 2010 zu, die in den Haushaltsplänen noch nicht enthalten waren und separat angefordert werden mussten. Drittens: Unterschiedliche Ausmaße nicht messbarer Subventionen (wie Preis-subsidien) können nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 7:

Finanzhilfen ohne Grenzfälle 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung in Prozent
Baden-Württemberg	7 149	7 340	7 824	7 530	7 169	7 263	7 445	7 015	7 574	8 626	20,67
Bayern	8 121	8 042	8 309	8 142	7 780	7 715	7 633	8 076	9 180	9 542	17,51
Hessen	3 856	3 941	4 061	4 016	4 079	4 185	4 247	4 268	4 633	5 072	31,53
Niedersachsen	4 297	4 387	4 465	4 193	3 860	3 899	3 806	3 878	5 073	5 408	25,85
Nordrhein-Westfalen	10 193	10 509	9 634	9 463	9 613	9 753	9 803	9 232	10 453	11 306	10,91
Rheinland-Pfalz	2 169	2 242	2 102	2 149	2 183	2 170	2 253	2 273	2 386	2 628	21,14
Saarland	618	750	642	687	607	636	828	710	565	621	0,37
Schleswig-Holstein	1 362	1 404	1 318	1 267	1 379	1 415	1 428	1 461	1 434	1 661	21,95
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>37 766</i>	<i>38 615</i>	<i>38 355</i>	<i>37 447</i>	<i>36 670</i>	<i>37 037</i>	<i>37 444</i>	<i>36 913</i>	<i>41 299</i>	<i>44 864</i>	<i>18,80</i>
Brandenburg	2 830	2 691	2 812	2 475	2 720	2 469	2 727	2 835	2 658	2 714	-4,10
Mecklenburg- Vorpommern	1 915	1 888	1 910	1 874	1 720	1 741	1 621	1 667	1 720	1 670	-12,78
Sachsen	4 839	4 641	4 787	4 721	4 414	4 014	4 050	4 017	3 839	3 661	-24,34
Sachsen-Anhalt	3 090	2 983	2 785	3 173	2 890	2 725	2 589	2 597	2 473	2 423	-21,56
Thüringen	2 881	2 977	2 487	2 377	2 592	2 337	2 298	2 291	2 090	2 285	-20,67
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>15 554</i>	<i>15 179</i>	<i>14 781</i>	<i>14 620</i>	<i>14 336</i>	<i>13 286</i>	<i>13 284</i>	<i>13 406</i>	<i>12 779</i>	<i>12 754</i>	<i>-18,00</i>
Berlin	4 140	3 960	4 184	3 908	4 025	3 816	3 350	3 311	3 289	3 356	-18,95
Bremen	596	563	576	579	546	640	586	564	527	547	-8,20
Hamburg	1 199	1 134	1 191	1 238	1 216	1 233	1 188	1 351	1 275	1 571	30,98
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>5 935</i>	<i>5 657</i>	<i>5 951</i>	<i>5 725</i>	<i>5 787</i>	<i>5 689</i>	<i>5 124</i>	<i>5 225</i>	<i>5 091</i>	<i>5 473</i>	<i>-7,78</i>
<i>Länder insgesamt</i>	<i>59 255</i>	<i>59 451</i>	<i>59 087</i>	<i>57 792</i>	<i>56 793</i>	<i>56 012</i>	<i>55 852</i>	<i>55 545</i>	<i>59 169</i>	<i>63 092</i>	<i>6,48</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

Die Expansion der Finanzhilfen der alten Flächenländer war im Zeitraum 2000 bis 2009 unterschiedlich (Tabelle 7; Tabelle A5). So lag das Finanzhilfeniveau in Hessen im Jahr 2009 um mehr als 30 Prozent über dem des Jahres 2000, gefolgt von Niedersachsen. Im Saarland hingegen blieben die Finanzhilfen nahezu unverändert. In der Gruppe der neuen Flächenländer verzeichneten die Finanzhilfen Brandenburgs mit mehr als 4 Prozent einen schwachen Rückgang, während die Hilfen in Sachsen und Sachsen-Anhalt um mehr als ein Fünftel abgenommen haben. In den Stadtstaaten gab es gegenläufige Entwicklungen: Während Berlin die Finanzhilfen um ein Fünftel reduzierte, erhöhte Hamburg sie deutlich.

Bei den Finanzhilfen je Einwohner gibt es eine breite Streuung zwischen den Ländern (Tabelle 8; Tabelle A6). Innerhalb der alten Flächenländer vergibt Hessen mittlerweile die höchsten Finanzhilfen (836 Euro bzw. 889 Euro), während im Jahr 2000 noch Bayern (664 Euro bzw. 745 Euro) und Baden-Württemberg (667 Euro bzw. 718 Euro) die alten Länder mit den höchsten Finanzhilfen pro Einwohner waren. Die niedrigsten Finanzhilfen werden im Jahr 2009 in Schleswig-Holstein (586 Euro bzw. 642 Euro) und dem Saarland (603 Euro bzw. 646 Euro) geleistet. Unter den neuen Flächenländern ist Brandenburg mit 1 076 Euro bzw. 1 134 Euro der „Spitzenreiter“, Sachsen gibt am wenigsten für Finanzhilfen aus. Trotz der rückläufigen Finanzhilfeentwicklung im Stadtstaat Berlin sind dort die Finanzhilfen pro Einwohner mit 978 Euro bzw. 996 Euro nach wie vor am höchsten.

Tabelle 8:

Finanzhilfen (ohne Grenzfälle) je Einwohner 2000–2009 (1 000 Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	667	692	734	704	669	677	693	653	705	802
Bayern	664	652	671	655	625	619	611	645	733	762
Hessen	636	648	667	660	669	687	699	703	764	836
Niedersachsen	542	551	560	525	482	488	477	486	638	680
Nordrhein-Westfalen	566	582	533	523	532	540	544	513	583	630
Rheinland-Pfalz	538	554	518	529	538	535	556	562	592	652
Saarland	579	704	603	647	575	606	794	684	548	603
Schleswig-Holstein	488	501	468	449	488	499	504	515	506	586
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>601</i>	<i>614</i>	<i>608</i>	<i>592</i>	<i>579</i>	<i>585</i>	<i>592</i>	<i>584</i>	<i>654</i>	<i>711</i>
Brandenburg	1 088	1 038	1 089	961	1 059	965	1 070	1 118	1 054	1 076
Mecklenburg- Vorpommern	1 078	1 073	1 095	1 082	1 000	1 020	957	992	1 033	1 004
Sachsen	1 093	1 059	1 101	1 092	1 027	939	953	952	916	873
Sachsen-Anhalt	1 182	1 156	1 093	1 258	1 159	1 103	1 060	1 077	1 038	1 017
Thüringen	1 185	1 235	1 040	1 002	1 101	1 001	994	1 001	921	1 008
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>1 123</i>	<i>1 106</i>	<i>1 086</i>	<i>1 081</i>	<i>1 067</i>	<i>996</i>	<i>1 003</i>	<i>1 021</i>	<i>981</i>	<i>979</i>
Berlin	1 224	1 169	1 233	1 153	1 188	1 124	984	969	958	978
Bremen	902	853	870	874	824	965	883	850	796	826
Hamburg	699	657	689	714	701	707	677	763	720	886
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>1 031</i>	<i>980</i>	<i>1 029</i>	<i>990</i>	<i>1 000</i>	<i>981</i>	<i>880</i>	<i>893</i>	<i>868</i>	<i>933</i>
<i>Länder insgesamt</i>	<i>719</i>	<i>721</i>	<i>716</i>	<i>700</i>	<i>688</i>	<i>679</i>	<i>679</i>	<i>676</i>	<i>722</i>	<i>769</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg. b); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

7 Finanzhilfen der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) vergibt vor allem Finanzhilfen für Regional- und Strukturpolitik aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und für Agrarpolitik aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Die Zahlungen der EU aus dem EFRE werden als Finanzhilfen des Bundes oder der Länder erfasst, da diese die Beträge – meist zusammen mit den jeweiligen Eigenanteilen der auszahlenden Ebene – an die Begünstigten weiterleiten. Die Agrarhilfen der EU hingegen werden bei der EU ausgewiesen, weil auf nationaler Ebene Kofinanzierungsanteile nicht hinzukommen. Vielmehr herrscht eine Funktionsteilung zwischen nationaler Agrarpolitik und jener der EU vor. Der Gesamtbetrag der Mittelzuweisungen und der Marktordnungsausgaben der EU werden im Bundeshaushalt als Anlage E (1090) zu Haushaltskapitel 1004 (Marktordnung) dokumentiert (BMF *Anlage E* lfd. Jgg.).

Folgende Ausgaben fließen aus dem Europäischen Fonds für die Landwirtschaft (EGFL): Interventionen zur Regulierung von Agrarmärkten (Titelgruppen 01 bis 11), Direktzahlungen an Landwirte (Titelgruppen 24, 26, 40), Mittel für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt und in Drittländern und Erstattungen bei der Ausfuhr in Drittländer. Die Agrarsubventionen der EU schwankten im vergangenen Jahrzehnt um 6 Mrd. Euro je Jahr, ein Wert, der auch für das Jahr 2009 geplant war (Tabelle 9). Auffallend ist, dass die Preissubventionen zugunsten der Einkommenssubventionen schrumpfen.

Tabelle 9:

Finanzhilfen der Europäischen Union im Agrarbereich 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	.	1	1	1	1	1	1	1	1	.	
Titelgruppe 01 Getreide	.	244	228	247	91	235	135	-120	16	.	
Titelgruppe 02 Reis	.	0	0	0	0	0	0	0	0	.	
Titelgruppe 03 Milch und Milcherzeugnisse	.	184	274	401	479	73	75	72	-85	.	
Titelgruppe 04 Fette	.	242	0	0	0	0	0	0	0	.	
Titelgruppe 05 Zucker und Isoglukose	.	0	198	119	211	219	93	-420	-512	.	
Titelgruppe 06 Schweinefleisch	.	2	0	3	6	1	0	0	28	.	
Titelgruppe 07 Rindfleisch	.	983	924	1 106	805	792	27	13	11	.	
Titelgruppe 08 Obst und Gemüse	.	18	20	21	25	26	27	26	29	.	
Titelgruppe 09 Schaf- und Ziegenfleisch	.	32	44	52	45	0	0	0	0	.	
Titelgruppe 10 Rohtabak	.	34	35	36	35	35	22	20	19	.	
Titelgruppe 11 Wein	.	40	25	24	23	28	17	35	16	.	
Titelgruppe 12 bis 18 ^a	.	45	46	40	43	25	10	17	21	.	
Titelgruppe 19 bis 23 ^b	.	36	63	34	28	17	31	-4	5	.	
Titelgruppe 24 Anpassung an die Marktentwicklung ^c	.	3 669	3 613	3 609	3 590	4 000	6 400	5 510	5 568	.	
Titelgruppe 25 Rückzahlungen	.	-3	-10	-11	-11	-13	-23	-17	-14	.	
Titelgruppe 26 Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums	.	717	705	817	799	793	865	0	0	.	
Titelgruppe 40 Modulation	.	0	0	-46	-18	23	27	19	-2	.	
<i>Insgesamt</i>		<i>5 938</i>	<i>6 243</i>	<i>6 166</i>	<i>6 453</i>	<i>6 152</i>	<i>6 255</i>	<i>7 707</i>	<i>5 152</i>	<i>5 101</i>	<i>6 055</i>

. = keine Daten vorhanden. — ^aFischereierzeugnisse, Flachs und Hanf, Eier, Geflügel, Saatgut, Hopfen, Trockenfutter. — ^bSonstige Beihilfen für im Anhang II des EWG-Vertrags nicht aufgeführte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, Berichtigung früherer Haushaltsjahre. — ^cVor allem Preisausgleichszahlungen für Kulturpflanzen sowie Beihilfen zur Stilllegung von Ackerflächen.

Quelle: BMF *Anlage E* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

8 Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit

Man kann die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung darin sehen, das Risiko des Lohnausfalls bei Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt zu versichern und zudem Arbeitslose bei der Suche und der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses zu unterstützen (Sachverständigenrat 2005: Ziffer 701). Die Ausgaben für diese Zwecke sind dann keine Finanzhilfen. Die Finanzierung von Weiterbildungs- und Berufsausbildungsmaßnahmen lässt sich ebenfalls zu den eigentlichen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit zählen.

Die Bundesagentur für Arbeit tätigt aber auch Ausgaben für andere Zwecke, insbesondere im Rahmen der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Viele dieser Ausgaben begünstigen nicht spezifische Personengruppen (wie z.B. Behinderte); auch dienen sie nicht der Internalisierung externer Effekte. Sie verzerren die Allokation und sind damit Finanzhilfen im Sinne der in dieser Arbeit verwendeten Abgrenzung. Meistens handelt es sich um Lohnkostenzuschüsse.

Die Abgrenzung der Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit und der vergleichbaren Leistungen des Bundes ist keineswegs weit gefasst. Man könnte z.B. durchaus Qualifizierungsmaßnahmen oder spezielle Maßnahmen für Jüngere einbeziehen, weil eine sozialpolitisch begründbare Aufgabe damit wohl kaum oder nur teilweise erfüllt wird. Analog zu den Ausgaben für die Ausbildung an Universitäten könnte auch argumentiert werden, die betreffenden Ausgaben seien eigentlich zu erfassen, die Daten lassen dies aber nicht zu.

Im Jahr 2000 hat die Bundesanstalt für Arbeit für die betreffenden Maßnahmen 9,1 Mrd. Euro ausgegeben, im Jahr 2004 als Bundesagentur für Arbeit 7,8 Mrd. Euro (Tabelle 10). Maßgeblich für den Rückgang ist die Entwicklung der Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für Strukturanpassungsmaßnahmen. Mehrausgaben entstanden im Zeitraum 2000–2004 infolge zusätzlicher Maßnahmen nach dem Altersteilzeitgesetz und wegen der verstärkten Förderung der Selbständigkeit. Zeitweise leistete die Bundesagentur Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser.

Im Jahr 2005 sind die Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit kräftig gesunken. Dies beruht im Wesentlichen auf der Einführung des Arbeitslosengeldes II. „Seit dem 1. Januar 2005 hat sich der Kreis der Leistungsempfänger im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen um die Arbeitslosenhilfebezieher verkleinert. Daher haben sich im Jahr 2005 die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für Arbeitsförderungsmaßnahmen ... deutlich verringert. Förderungsmaßnahmen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II werden nunmehr ... vom Bund aus Steuermitteln finanziert“ (Sachverständigenrat 2005: Ziffer 507). Auch in den Jahren 2006 bis 2009 haben die Finanzhilfen abgenommen; im Jahr 2009 beliefen sie sich auf 3,8 Mrd. Euro. Dabei sind die Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz hoch geblieben.

Der Bund hat im Rahmen der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Jahr 2005 rund 1,7 Mrd. Euro, in den Jahren 2006 bis 2009 jeweils rund 2,5 Mrd. Euro aufgewendet (Tabelle 11). Infolge der mit der Reform Anfang 2005 veränderten Aufgabenverteilung gewährt der Bund zwar zusätzliche Leistungen, die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben einschließlich derer der Bundesagentur für Arbeit haben aber im Zeitraum 2000–2009 deutlich abgenommen.

Tabelle 10:

Finanzhilfen der Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Mobilitätshilfen	69	103	131	193	222	118	104	128	140	.
Eingliederungszuschüsse	980	1 062	1 225	1 349	908	308	291	415	488	608
Einstellungszuschüsse (u.a. bei Neugründungen)	134	128	130	180	177	78	42	35	26	.
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei Weiterbildung Beschäftigter	0	0	4	16	20	18	14	7	3	5
Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen	9	22	44	0	1	-1	0	0	0	.
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3 680	2 976	2 333	1 676	1 212	261	107	58	40	41
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen	0	0	25	60	49	12	3	1	0	0
Strukturanpassungsmaßnahmen	1 364	871	810	598	399	167	69	27	10	0
Freie Förderung	575	612	504	286	203	81	113	89	56	0
Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	750	805	1 006	1 413	1 746	0	0	0	0	0
Überbrückungsgeld	0	0	0	0	0	1 847	1 471	93	0	0
Existenzgründungszuschüsse	0	0	0	268	980	1 353	1 027	501	145	23
Gründungszuschüsse	0	0	0	0	0	0	83	1 224	1 494	1 557
Winterbauförderung (beitragsfinanziert)	40	45	44	76	48	76	96	0	0	0
Leistungen der aktiven Arbeitsförderung über den Europäischen Sozialfonds	237	280	278	193	163	106	55	46	37	36
Entgeltssicherung für ältere Arbeitnehmer	0	0	0	7	22	25	31	46	57	59
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	274	514	674	864	986	1 111	1 260	1 379	1 345	1 313
Sofortmaßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	954	1 138	1 101	924	446	0	0	0	0	0
Eingliederungszuschuss bei Berufsrückkehr	12	14	15	15	5	0	0	0	0	0
Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	0	333 ^a	289	60	0	0	0	0	0	0
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten	0	95	192	156	178	193	200	190	174	172
Erstattete Sozialversicherungsbeiträge ^b	1 598
<i>Insgesamt</i>	<i>9 078</i>	<i>8 998</i>	<i>8 830</i>	<i>8 334</i>	<i>7 765</i>	<i>5 753</i>	<i>4 883</i>	<i>4 239</i>	<i>4 015</i>	<i>5 412</i>

. = keine Daten vorhanden. — ^aVor 2001: Ausgaben des Bundes. — ^bBei Kurzarbeit unter bestimmten Voraussetzungen.*Quelle:* Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); Boss und Rosenschon (2008: 30); eigene Berechnungen.

Tabelle 11:

Ausgewählte Ausgaben des Bundes^a im Rahmen der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit 2005–2009 (Mill. Euro)

	2005	2006	2007	2008	2009
Mobilitätshilfen	53	82	92	101	14
Eingliederungszuschüsse	146	317	421	449	436
Einstellungszuschüsse	28	32	31	26	9
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Maßnahmen	1 468	1 862	1 737	1 986	1 841
dito, für Ältere	8	122	131	95	117
Einstiegsgehalt	22	64	71	64	50
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	1	11	22	20	9
<i>Insgesamt^b</i>	<i>1 726</i>	<i>2 489</i>	<i>2 505</i>	<i>2 742</i>	<i>2 476</i>

^aOhne Ausgaben der nach § 6a Sozialgesetzbuch II zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen). — ^bVgl. auch Tabelle A2 (Abweichungen der Summen durch Rundung).

Quelle: Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

9 Zahlungen der Sondervermögen des Bundes

9.1 Finanzhilfen des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“

Das Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ wurde errichtet, um die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket vom Februar 2009 zu finanzieren (Deutscher Bundestag 2009b). Soweit der Fonds selektive Zahlungen zugunsten von Unternehmen leistet, handelt es sich um Finanzhilfen. Schwerpunkte des Konjunkturpakets – soweit finanzhilferelevant – sind die sogenannte Abwrackprämie zugunsten der Automobilindustrie (Tabelle 12), die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand sowie diverse Zahlungen zugunsten des Sektors Verkehr (1,3 Mrd. Euro). Darüber hinaus fördert der Bund – bei einer gewissen Eigenbeteiligung – Investitionen von Ländern und Gemeinden; insgesamt werden 10 Mrd. Euro eingesetzt. Finanzhilferelevant sind z.B. die Ausgaben für Kindertagesstätten und Krankenhäuser. Sie sind in den Finanzhilfen der Länder und Gemeinden enthalten.

Tabelle 12:

Direkte Finanzhilfen des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ 2009 (Mill. Euro)

Titel	Erläuterung	Soll	Ist
68301	Aufstockung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM)	900	.
69701	Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (Abwrackprämie)	5 000	4 120
89121	Investitionen in den Schienenverkehr	700	.
89221	Investitionen in den Kombinierten Verkehr	100	.
53161	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektbegleitung im Bereich Mobilität	30	.
66262	Zinszuschüsse im Rahmen eines Förderprogramms zu innovativen Antriebstechnologien der KfW-Förderbank	50	.
68361	Innovative Mobilitätskonzepte	270	.
89161	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte	150	.
<i>Insgesamt</i>		<i>7 200</i>	.

Quelle: Deutscher Bundestag (2009b); BMF (2010b).

Der Fonds hat im Jahr 2009 direkte und indirekte Ausgaben in Höhe von insgesamt 6,1 Mrd. Euro getätigt. Rund 4,1 Mrd. Euro entfielen auf die Abwrackprämie, 0,7 Mrd. Euro auf Investitionen des Bundes und 1,3 Mrd. Euro auf Investitionen der Länder und Kommunen (BMF 2010b: 11). Detaillierte Zahlen sind nicht verfügbar. In den folgenden Tabellen werden Planzahlen verwendet, abgesehen von der Angabe für die Abwrackprämie.

9.2 Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“

Das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wurde im Jahr 2007 errichtet. Es soll als kofinanzierte Einrichtung von Bund und Ländern bis zum Jahr 2013 Mittel für die Verbesserung der Kinderbetreuung bereitstellen. Im Jahr 2009 leistete der Bund knapp eine halbe Mrd. Euro (Tabelle 13), im Jahr 2013 soll es rund 1 Mrd. Euro sein. Die Leistungen der Länder sind etwa doppelt so hoch. Über den gesamten Förderzeitraum hinweg belaufen sich die Finanzhilfen auf 12 Mrd. Euro.

Tabelle 13:

Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ 2008–2013 (Mill. Euro)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Investitionskosten des Bundes	377	369	362	355	347	340
Betriebskosten des Bundes	0	100	200	350	500	700
<i>Insgesamt</i>	<i>377</i>	<i>469</i>	<i>562</i>	<i>705</i>	<i>847</i>	<i>1 040</i>
Investitionskosten der Länder	296	304	311	306	313	320
Betriebskosten der Länder	362	648	936	1 172	1 409	1 623
<i>Insgesamt</i>	<i>658</i>	<i>952</i>	<i>1 247</i>	<i>1 478</i>	<i>1 722</i>	<i>1 943</i>
<i>Finanzhilfen des Bundes und der Länder insgesamt</i>	<i>1 035</i>	<i>1 421</i>	<i>1 809</i>	<i>2 183</i>	<i>2 569</i>	<i>2 983</i>

Quelle: Deutscher Bundestag (2008).

9.3 Finanzhilfen des ERP-Sondervermögens

Über das ERP-Sondervermögen werden zinsgünstige Kredite an Existenzgründer, an mittelständische Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie an Angehörige freier Berufe vergeben. Die „Zinsverbilligungen, die mit den Zusagen des aktuellen Jahres über die Laufzeit des Kredits bzw. anderer Finanzierungsmaßnahmen verbunden sind“ (BMF 2010a: 29), beliefen sich im Jahr 2008 auf 352 Mill. Euro; für das Jahr 2009 sind 570 Mill. Euro geplant (BMF 2010a: 29). Es handelt sich um den „Subventionswert der ERP-Finanzhilfen“ (BMF 2010a: 17).

Die Finanzhilfen des ERP-Sondervermögens werden im vorliegenden Subventionsbericht nicht erfasst, obwohl sie zu den Finanzhilfen zählen. Vergleichbare Daten für den Zeitraum 2000–2009 liegen aber nicht vor.

10 Subventionen insgesamt

10.1 Subventionen nach wie vor hoch

Die Subventionen ohne Grenzfälle sind im Zeitraum 2000 bis 2007 jahresdurchschnittlich um 0,6 Prozent gesunken; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt haben sie von 7,3 auf 5,9 Prozent abgenommen (Tabelle 14). Die Finanzhilfen insgesamt waren rückläufig. Die Steuervergünstigungen wurden dagegen ausgeweitet.

Im Jahr 2008 und vor allem im Jahr 2009 sind die Finanzhilfen sprunghaft gestiegen, während die Steuervergünstigungen abgenommen haben. Das Subventionsvolumen ohne Grenzfälle hat im Jahr 2009 einen Höchststand von 164,7 Mrd. Euro erreicht.¹⁰ Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt waren die Subventionen fast so hoch wie im Jahr 2001.

Tabelle 14:

Subventionen (ohne Grenzfälle) 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I Finanzhilfen</i>										
Bund ^a	25 681	21 434	22 644	21 954	21 531	23 597	25 163	23 862	23 461	30 176
Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“										6 320
Sondervermögen „Kinderbetreuungsbausbau“									1 035	1 421
Länder und Gemeinden	59 255	59 451	59 087	57 792	56 793	56 012	55 852	55 545	59 169	63 092
EU	5 938	6 243	6 166	6 453	6 152	6 255	7 707	5 152	5 101	6 055
Bundesagentur für Arbeit	9 078	8 998	8 830	8 334	7 765	5 753	4 883	4 239	4 015	5 412
<i>Insgesamt</i>	<i>99 952</i>	<i>96 126</i>	<i>96 727</i>	<i>94 532</i>	<i>92 240</i>	<i>91 618</i>	<i>93 604</i>	<i>88 796</i>	<i>92 781</i>	<i>112 477</i>
<i>II Steuervergünstigungen</i>	<i>49 682</i>	<i>49 607</i>	<i>51 065</i>	<i>51 862</i>	<i>52 162</i>	<i>52 252</i>	<i>50 832</i>	<i>54 181</i>	<i>53 347</i>	<i>52 263</i>
<i>III Subventionen</i>	<i>149 634</i>	<i>145 733</i>	<i>147 792</i>	<i>146 394</i>	<i>144 402</i>	<i>143 870</i>	<i>144 436</i>	<i>142 977</i>	<i>146 128</i>	<i>164 740</i>
<i>Subventionen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)</i>	<i>7,3</i>	<i>6,9</i>	<i>6,9</i>	<i>6,8</i>	<i>6,5</i>	<i>6,4</i>	<i>6,2</i>	<i>5,9</i>	<i>5,9</i>	<i>6,8</i>
<i>Nachrichtlich:</i>										
<i>V Grenzfälle (Bund und Länder)</i>	<i>7 092</i>	<i>7 811</i>	<i>7 726</i>	<i>7 243</i>	<i>6 690</i>	<i>6 974</i>	<i>7 031</i>	<i>6 999</i>	<i>7 496</i>	<i>8 194</i>

Abweichungen der Summen durch Runden. — ^aDirekte Finanzhilfen; indirekte Finanzhilfen bei den Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden erfasst.

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 9, 10, 12 und 13; Boss und Rosenschon (2006); Statistisches Bundesamt *Fachserie 18* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

10.2 Selektivität der Subventionen

Die sektorspezifischen Subventionen an den Unternehmenssektor in der hier gewählten Abgrenzung beliefen sich im Jahr 2009 auf 81,5 Mrd. Euro (Tabelle 15). Dies entspricht 49,5 Prozent der Subventionen. Von den sektorspezifischen Subventionen, die die Unternehmen bezogen, entfallen 59,3 Prozent auf die Sektoren Landwirtschaft, Bergbau, Verkehr und Wohnungsvermietung; der Anteil dieser Sektoren an der Wertschöpfung des Unternehmenssektors ist vergleichsweise gering.

¹⁰ Die den Grenzfällen zugeordneten Ausgaben des Bundes und der Länder belaufen sich auf 8,2 Mrd. Euro.

Tabelle 15:
Subventionen (ohne Grenzfälle) nach Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen 2003–2009 (Mill. Euro)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I Sektorspezifische Subventionen an Unternehmen</i>							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	12 325	12 036	11 956	12 613	10 058	10 649	11 438
Bergbau	3 873	3 427	2 910	2 861	2 919	2 934	2 484
Schiffbau	191	144	104	85	49	39	25
Verkehr	22 815	21 725	22 320	21 894	22 197	21 730	24 785
Wohnungsvermietung	17 100	16 275	15 188	13 869	12 180	10 397	9 676
Luft- und Raumfahrzeugbau	36	43	45	60	83	96	158
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	1 555	1 367	1 444	1 442	1 398	1 360	1 423
Fremdenverkehr, Bäder	1 338	1 266	1 169	1 273	1 279	1 438	1 527
Automobilbau	0	0	0	0	0	0	4 120
Sonstige Sektoren	20 613	21 402	22 587	23 261	25 619	26 020	25 899
<i>Insgesamt</i>	<i>79 846</i>	<i>77 685</i>	<i>77 723</i>	<i>77 358</i>	<i>75 785</i>	<i>74 663</i>	<i>81 535</i>
<i>II Branchenübergreifende Subventionen an Unternehmen</i>							
Regionalpolitik, Strukturpolitik	4 796	4 358	4 482	3 432	3 367	3 950	3 857
Umwelt, rationelle Energieverwendung	726	761	728	770	756	932	1 302
Beschäftigungspolitik	10 119	10 289	9 332	9 239	8 477	8 248	9 038
Förderung von Qualifikation	763	817	843	802	779	834	840
Förderung von Innovationen etc.	331	330	211	222	322	505	442
Mittelstandsförderung	898	869	990	1 019	1 069	1 110	1 952
Investitionsförderung	28	23	21	20	24	31	31
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	236	317	267	291	290	265	275
Sonstige Zwecke ^{a,b}	13 742	29 646	12 707	12 532	14 678	14 387	15 534
<i>Insgesamt</i>	<i>31 639</i>	<i>31 638</i>	<i>29 581</i>	<i>28 327</i>	<i>29 762</i>	<i>30 262</i>	<i>33 271</i>
<i>III Subventionen in enger Abgrenzung (I + II)</i>	<i>111 485</i>	<i>109 323</i>	<i>107 304</i>	<i>105 685</i>	<i>105 544</i>	<i>104 925</i>	<i>114 806</i>
<i>IV Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>							
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	4 597	5 330	6 861	8 702	6 902	7 199	12 914
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	10 512	10 622	10 960	11 204	11 365	13 542	15 570
Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter	5 686	5 571	5 725	5 724	5 773	6 092	6 603
Kirchen, Religionsgemeinschaften	441	451	459	448	456	473	491
Pflegeeinrichtungen	634	514	278	203	185	186	185
Sport, Freizeit	5 164	5 165	5 067	5 143	5 033	5 499	5 992
Sonstige Empfänger	7 875	7 426	7 216	7 325	7 719	8 212	8 179
<i>Insgesamt</i>	<i>34 909</i>	<i>35 079</i>	<i>36 566</i>	<i>38 749</i>	<i>37 433</i>	<i>41 203</i>	<i>49 934</i>
<i>VI Subventionen in weiter Abgrenzung (III + IV)</i>	<i>146 394</i>	<i>144 402</i>	<i>143 870</i>	<i>144 434</i>	<i>142 977</i>	<i>146 128</i>	<i>164 740</i>

^aNicht zuordenbare Steuervergünstigungen. — ^bEinschließlich der Steuervergünstigungen gemäß der Kochsteinbrück-Zusatzliste, soweit diese einbezogen werden (vgl. Abschnitt 3).

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 9, 10, 12 und 13; Boss (2010); Boss und Rosenschon (2006, 2008, 2009); eigene Berechnungen.

Die branchenübergreifenden Subventionen zugunsten der Unternehmen (33,3 Mrd. Euro) machten im Jahr 2009 20,2 Prozent der Subventionen aus. Diese Beträge kommen freilich nicht allen Sektoren oder Unternehmen in gleichem relativen Ausmaß zugute; vielmehr wird in der Regional- oder Strukturpolitik stark begünstigt und damit notwendigerweise diskriminiert.

Neben den Subventionen zugunsten des Unternehmenssektors gab es im Jahr 2009 Subventionen in Höhe von 49,9 Mrd. Euro, die der Staat sektorspezifisch zugunsten (halb-)staatlicher Produzenten gewährte. Dies sind 30,3 Prozent aller Subventionen.

Die Struktur der Subventionen hat sich im Zeitraum 2003 bis 2009 relativ wenig verändert. Der Anteil der sektorspezifischen Subventionen an Unternehmen ist gesunken. Der Anteil der branchenübergreifenden Subventionen an Unternehmen hat etwas abgenommen. Der Anteil der Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister hat dagegen etwas zugenommen (Tabelle 16).

Tabelle 16:

Struktur der Subventionen (ohne Grenzfälle) 2003–2009 (Prozent)

	2003	2006	2009
Sektorspezifische Subventionen an Unternehmen	54,5	53,6	49,5
Branchenübergreifende Subventionen an Unternehmen	21,6	19,6	20,2
Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister	23,8	26,8	30,3
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Quelle: Tabelle 15; eigene Berechnungen.

10.3 Subventionen nach Sektoren bzw. Zwecksetzungen und nach gewährenden Institutionen

Gliedert man die Subventionen nach Sektoren bzw. Zwecksetzungen einerseits und auszahlenden Institutionen andererseits, so zeigt sich für das Jahr 2009, dass der Bund, die Länder und Gemeinden, die EU und die Bundesagentur für Arbeit an der Gewährung der Subventionen zugunsten einzelner Sektoren und der Subventionen mit spezifischer Zielsetzung sehr unterschiedlich beteiligt sind (Tabelle 17). Die Struktur der Subventionen – gemessen an beiden Merkmalen – war im Jahr 2009 nur wenig anders als in den Jahren 2008 und 2007 (Tabellen A7 und A8).

10.4 Subventionen gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung

Gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung belief sich das Subventionsvolumen im Jahr 2009 auf 58,2 Mrd. Euro (Tabelle 18). Die Subventionen sind in den Subventionsberichten anders – nämlich per saldo wesentlich enger – als in der vorliegenden Untersuchung abgegrenzt. In das sogenannte Gesamtvolumen der Subventionen wurden bis zum Jahr 2007 Finanzhilfen des ERP-Sondervermögens auch insoweit einbezogen, als sie Darlehen sind. Seither werden Subventionsäquivalente erfasst.

Tabelle 17:

Subventionen (ohne Grenzfälle) nach Wirtschaftssektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten 2009 (Mill. Euro)

	Finanzhilfen						Insgesamt	Steuer- ver- günsti- gungen	Subven- tionen
	Bund	Länder und Ge- meinden	EU	Bundes- agentur für Arbeit	Investi- tions- und Tilgungs- fonds	Sonder- fonds Kinder- betreu- ungs- ausbau			
<i>I Sektorspezifische Subventionen an Unternehmen</i>									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 665	2 952	6 055	.	.	.	10 672	766	11 438
Bergbau	1 930	554	2 484	0	2 484
Schiffbau	16	9	25	.	25
Verkehr	10 774	10 498	.	.	1 300	.	22 572	2 213	24 785
Wohnungsvermietung	1 074	3 443	4 517	5 159	9 676
Luft- und Raumfahrzeugbau	133	25	158	.	158
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	0	1 423	1 423	.	1 423
Fremdenverkehr, Bäder	0	1 527	1 527	.	1 527
Automobilbau	4 120	.	4 120	.	4 120
Sonstige Sektoren	1 241	2 511	3 752	22 147	25 899
<i>Insgesamt</i>	<i>16 833</i>	<i>22 941</i>	<i>6 055</i>	<i>0</i>	<i>5 420</i>	<i>0</i>	<i>51 250</i>	<i>30 285</i>	<i>81 535</i>
<i>II Branchenübergreifende Subventionen an Unternehmen</i>									
Regionalpolitik, Strukturpolitik	122	2 215	2 337	1 520	3 857
Umwelt, rationelle Energieverwendung	987	315	1 302	.	1 302
Beschäftigungspolitik	2 554	1 072	.	5 412	.	.	9 038	.	9 038
Förderung von Qualifikation	310	530	840	.	840
Förderung von Innovationen etc.	0	442	442	.	442
Mittelstandsförderung	944	108	.	.	900	.	1 952	.	1 952
Investitionsförderung	0	31	31	.	31
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	116	159	275	.	275
Sonstige Zwecke ^{a,b}	0	15 534	15 534
<i>Insgesamt</i>	<i>5 033</i>	<i>4 872</i>	<i>0</i>	<i>5 412</i>	<i>900</i>	<i>0</i>	<i>16 217</i>	<i>17 054</i>	<i>33 271</i>
<i>III Subventionen in enger Abgrenzung (I + II)</i>	<i>21 866</i>	<i>27 813</i>	<i>6 055</i>	<i>5 412</i>	<i>6 320</i>	<i>0</i>	<i>67 467</i>	<i>47 339</i>	<i>114 806</i>
<i>IV Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>									
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherungen	7 203	5 711	12 914	.	12 914
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	14 148	.	.	.	1 421	15 570	.	15 570
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	703	5 900	6 603	.	6 603
Kirchen, Religionsgemeinschaften	10	481	491	.	491
Pflegeeinrichtungen	0	185	185	.	185
Sport, Freizeit	112	5 880	5 992	.	5 992
Sonstige Empfänger	281	2 974	3 255	4 924	8 179
<i>Insgesamt</i>	<i>8 310</i>	<i>35 279</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1 421</i>	<i>45 010</i>	<i>4 924</i>	<i>49 934</i>
<i>V Subventionen in weiter Abgrenzung (III + IV)</i>	<i>30 176</i>	<i>63 092</i>	<i>6 055</i>	<i>5 412</i>	<i>6 320</i>	<i>1 421</i>	<i>112 477</i>	<i>52 263</i>	<i>164 740</i>

Abweichungen der Summen durch Runden. — . = keine Daten per Definition bzw. Daten fehlen. — ^aNicht zuordenbare Steuervergünstigungen. — ^bEinschließlich der einbezogenen Vergünstigungen aus der Koch-Steinbrück-Zusatzliste.

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 9, 10, 12 und 13; Boss (2010); Boss und Rosenschon (2006, 2008, 2009); eigene Berechnungen.

Tabelle 18:

Subventionen gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung 2000–2009 (Mrd. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>Finanzhilfen</i>										
Bund	10,1	9,5	8,1	7,4	6,7	6,1	5,7	5,7	5,9	12,2
Länder	11,2	11,1	10,5	10,4	10,1	10,3	10,2	8,6	9,1	10,0
Gemeinden	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,4	1,3	1,4	1,3	1,2
EU (Marktordnungsau- gaben)	5,6	5,9	6,2	5,9	6,0	6,3	6,7	5,2	6,1	6,1 ^a
<i>Insgesamt</i>	28,5	28,1	26,3	25,3	24,3	24,1	23,9	20,9	22,4	29,5
<i>Steuervergünstigungen</i>	25,1	23,8	24,9	28,6	29,0	29,9	28,4	29,6	28,2	28,2
<i>Insgesamt</i>	53,6	51,9	51,2	53,9	53,3	54,0	52,3	50,5	50,6	57,7
<i>ERP-Finanzhilfen</i>	5,7	4,3	3,2	2,4	2,1	3,2	5,1	4,5	0,4 ^b	0,6 ^b
<i>Insgesamt^c</i>	59,4	56,2	54,5	56,3	55,4	57,2	57,4	54,9	50,8	58,2
<i>Insgesamt, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)</i>	2,9	2,7	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	2,3	2,0	2,4

^aSoll-Betrag. — ^bGeänderte Abgrenzung, nur noch Subventionswert der Kredite. — ^cAbweichungen der Summen durch Runden.

Quelle: BMF (2010a: 25, Übersicht 5); eigene Berechnungen.

11 Wirtschaftspolitische Überlegungen

11.1 Welche Hemmnisse können einer Kürzung der Steuervergünstigungen und/oder der Finanzhilfen entgegenstehen?

Einer Politik, die auf eine Kürzung der Subventionen abzielt, können Hemmnisse entgegenstehen. Bedeutsam sind Regelungen verschiedener Art, beispielsweise rechtliche Bindungen.

Die Tatsache an sich, dass für eine Kürzung eine Änderung eines Gesetzes nötig ist, kann aber kein Hemmnis darstellen. Andernfalls wäre jeder Eingriff in die Subventionen von vornherein ausgeschlossen. Die Notwendigkeit, ein Steuergesetz, ein Haushaltsgesetz oder den Entwurf eines Haushaltsgesetzes ändern zu müssen, ist demnach nicht hinreichend, um eine Subventionskürzung politisch für nicht machbar zu erklären.

Ein relevantes Hemmnis können dagegen vertragliche Regelungen sein, die gegebenenfalls weit in die Zukunft hineinreichen. Solche Regelungen können grundsätzlich nur mit Zustimmung der Vertragspartner geändert werden. An der Bereitschaft, einer Änderung zuzustimmen, wird es aber in der Regel mangeln, weil ein Subventionsempfänger nicht auf Hilfe verzichten will. Bedeutsam können Verträge mit Privaten sein, aber auch Verträge zwischen einzelnen Ebenen des Staates (Beispiel: Solidarpakt II als Vereinbarung zwischen Bund und Ländern) oder Vereinbarungen des Staates mit Institutionen wie z.B. der KfW. So werden die Zinssubventionen aufgrund von Verträgen, die der Bund mit der KfW bezüglich der Ausführung einzelner Programme abschließt, gezahlt.

Ein Hemmnis für Subventionskürzungen können ferner gesetzliche Regelungen sein, auf deren Basis Private – unter Umständen weitreichende – Entscheidungen getroffen haben und auf deren Bestand sie mit gutem Grund vertrauen durften (Vertrauensschutz). Nach Einschätzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung müssen Sparmaßnahmen darauf Rücksicht nehmen, „dass Haushalte und Unternehmen ihre Entscheidungen im Vertrauen auf die geltenden institutionellen Rahmenbedingungen getroffen haben. Eine Konsolidierung, deren Erfolg zentral von dem Vertrauen der Haushalte und Unternehmen in ihre Glaubwürdigkeit und Dauer abhängt, sollte nicht in einem kurzfristigen Kraftakt geltende Rahmenbedingungen mit einem Federstrich beseitigen,

ohne dass sich die Betroffenen darauf einstellen können“ (Sachverständigenrat 2003: 439–440, Ziffer 461). Als Beispiele für solche Rahmendaten können das Eigenheimzulagengesetz sowie die gesetzliche Zusage der so genannten Landabgaberechte betrachtet werden.

Weitere Hemmnisse können dann bestehen, wenn nur eine Ebene des Staates handeln will. Aus der Sicht des Bundes ist das grundgesetzlich fundierte Mitspracherecht der Länder bei der Änderung des Steuerrechts (und damit der Vorschriften zu den Steuervergünstigungen) ein Hemmnis. Auch kann der Bund bestimmte Finanzhilfen nur mit Zustimmung der Länder kürzen. In anderen Fällen ist die EU in die Entscheidungsprozesse einbezogen; es müssen also andere Länder zustimmen.

Ein einzelnes Land kann bestimmte Finanzhilfen nur bedingt kürzen. Die Finanzautonomie der Länder ist durch Mischfinanzierungen – nicht nur im Bereich der Regionalförderung – beschnitten. Im Übrigen stellt sich ein gravierendes Anreizproblem. Ein Land hat an einer Reduktion der Finanzhilfen kein oder ein nur begrenztes Interesse, wenn der Bund diese Hilfen mitfinanziert; es ist „teuer“, Unterstützung von übergeordneten Ebenen nicht zu beanspruchen.

Die Länder haben zudem in der Steuerpolitik praktisch kaum Kompetenzen. Sie sind – von der Grunderwerbsteuer abgesehen – nicht in der Lage, die Steuerbelastung der Bürger und Unternehmen in ihrem Hoheitsbereich eigenständig zu bestimmen. Die Länder können über die Höhe der Steuersätze kaum Einfluss auf ihre Attraktivität als Standort für wirtschaftliche Aktivitäten und als Wohnsitz für Bürger nehmen.

11.2 Relevanz der Hemmnisse

Im Folgenden wird dargestellt, bei welchen Steuervergünstigungen und bei welchen Finanzhilfen des Bundes¹¹ eine Kürzung aufgrund spezifischer Hemmnisse möglicherweise kurzfristig nicht ohne weiteres möglich ist. Dabei werden die drei skizzierten Kriterien nacheinander angewendet. Zunächst wird dargestellt, inwieweit vertragliche Regelungen eine Rolle spielen. Dann wird die Möglichkeit der Kürzung unter dem Aspekt des Vertrauensschutzes beleuchtet. Schließlich wird untersucht, ob andere Ebenen des Staates, z.B. die Länder oder die EU, einer Rechtsänderung zustimmen müssen. Ist Letzteres der Fall, dann schließt dies allerdings eine Subventionskürzung nicht notwendigerweise aus; sie ist lediglich politisch schwerer durchsetzbar als sonst.

Zwei Steuervergünstigungen lassen sich nicht ohne weiteres ändern oder gar streichen, weil internationale Bindungen eine Rolle spielen. Dies trifft auf die Steuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt zu. Auch die Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe, die von Luftfahrtunternehmen für die gewerbsmäßige Beförderung von Personen, Sachen oder für die entgeltliche Erbringung von Dienstleistungen verwendet werden, lässt sich nur durch Änderungen bestimmter Abkommen abschaffen (Tabelle 19).

Bei den meisten Steuervergünstigungen sind Korrekturen nur bei Zustimmung des Bundesrates möglich. Dies beruht darauf, dass sich der Bund, die Länder und die Gemeinden das Aufkommen nach bestimmten Schlüsseln teilen. Der Bund kann im Alleingang allenfalls die Vergünstigungen bei den reinen Bundessteuern kürzen oder abschaffen.

¹¹ Der Fall des Bundes wird beispielhaft erörtert. Bei anderen Finanzhilfen ist die Problematik ähnlich gelagert. Dies bleibt unberücksichtigt. Es hat zur Folge, dass ein zu hohes Kürzungspotential errechnet wird.

Tabelle 19:

Nicht ohne weiteres kürzbare Steuervergünstigungen 2007–2010 (Mill. Euro)

	2007	2008	2009	2010
Mineralölsteuerbefreiung für gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen im inländischen Flugverkehr	395	640	660	680
Mineralölsteuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt	129	118	120	120
<i>Insgesamt</i>	<i>525</i>	<i>758</i>	<i>780</i>	<i>800</i>

Quelle: Tabelle 1; eigene Berechnungen.

Einige Finanzhilfen des Bundes lassen sich nicht ohne weiteres kürzen. Die (Netto-)Ausgaben, die im Haushaltskapitel „Marktordnung“ angesetzt und zu einem großen Teil Verwaltungsausgaben sind, können nicht gekürzt werden, solange die EU-Agrarsubventionen nach den geltenden Regeln gewährt werden. Die Zuschüsse zur Gewährung einer Rente für Kleinlandwirte bei Landabgabe werden an die betroffenen Personen gezahlt, solange sie leben; man kann im Interesse des Vertrauensschutzes Kürzungen der Zuschüsse für unangebracht halten, zumal sonst unter Umständen Ansprüche auf die Grundsicherung im Alter entstünden. In analoger Weise kann man dafür plädieren, die Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit bei einer Subventionskürzung auszuklammern (Tabelle 20).

Eine spezifische Rolle spielen einige Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) ist als unmittelbare Beteiligung des Bundes für die Sanierung und Verwertung der Flächen der stillgelegten, nicht privatisierten ostdeutschen Braunkohlentagebaue und -verarbeitungsanlagen zuständig; die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV), eine Tochtergesellschaft der LMBV, befasst sich mit der Stilllegung der unwirtschaftlichen Bergwerksbetriebe des Kali-, Erz- und Spatbergbaus der ehemaligen DDR sowie der Verwertung der dazugehörigen Flächen. Eine Kürzung der Finanzhilfen für diese Gesellschaften scheint nicht ohne weiteres möglich. Auch für die Stilllegung der ehemaligen Uranerzbergbau- und -aufbereitungsbetriebe sowie die Sanierung und Revitalisierung von Betriebsflächen der Wismut GmbH werden wohl in den nächsten Jahren Mittel erforderlich sein. Die Zuwendungen an die Energiewerke Nord GmbH, eine unmittelbare Beteiligung des Bundes, können wohl ebenfalls nicht ohne weiteres gekürzt werden.¹²

¹² Die GmbH ist mit der Stilllegung, dem Rückbau und der notwendigen Entsorgung der anfallenden radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg betraut.

Tabelle 20:

Nicht ohne weiteres kürzbare direkte Finanzhilfen des Bundes 2007–2009 (Mill. Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2007	2008	2009
1004	Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	100	85	96
1002–63653	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	58	53	49
–63658	Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	5	4	2
0820–Tgr. 01	Ausgaben für die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	13	13	15
0820–Tgr. 03	Ausgaben für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	149	147	165
0902–Tgr. 14	Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	182	176	154
0820–Tgr. 02	Energiewerke Nord GmbH	110	111	108
1222–63401	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5 263	4 326	5 436
1222–74501	Kostendrittel des Bundes bei Kreuzungsmaßnahmen	12	8	13
–86101	Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	88	95	10
–89101	Investitionszuschuss für Schienenwege	2 288	2 130	37
1225–89301	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	453	458	446
3208–87001	Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien, Gewährleistungen	691	684	900
	<i>Insgesamt</i>	<i>9 412</i>	<i>8 290</i>	<i>7 431</i>
	<i>Direkte Finanzhilfen insgesamt^a</i>	<i>23 862</i>	<i>23 460</i>	<i>30 176</i>

^aOhne Grenzfälle.

Quelle: Tabelle A2; eigene Berechnungen.

Auch eine Kürzung der Verwaltungskostenerstattung, die dem Bundeseisenbahnvermögen (BEV) zugutekommt, ist nicht ohne weiteres möglich. Das BEV ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten. Es verwaltet und verwertet die nicht bahnotwendigen Immobilien. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Aufwendungen des BEV trägt der Bund. Die wichtigsten Ausgaben sind die Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten. Die bedeutendsten Einnahmepositionen sind die Personalkostenerstattungen der Deutschen Bahn AG für die zugewiesenen Beamten sowie die Erlöse aus der Immobilienverwertung. Aus rechtlicher Sicht erscheint auch eine Kürzung der investiven Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG schwierig, zumal im Zuge der Bahnstrukturreform im Bundes-schienenwegeausbaugesetz vom 15. November 1993 die finanzielle Verantwortlichkeit des Bundes für Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege verankert worden ist.¹³ Kürzbar sind die Mittel wohl nur im Rahmen einer Reform, bei der die Investitionsentscheidungen Sache des Unternehmens werden.

Für die Wohnungsbauprämien lässt sich das Argument „Vertrauensschutz“ geltend machen. Die Wohnungsbauprämie wird in der Regel nach Ablauf einer Sperrfrist von sieben Jahren ausgezahlt. Werden die Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz abgeschafft, dann müssten für die Altfälle Prämien gezahlt werden.

Die Ausgaben, die aus der Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen resultieren, lassen sich nicht ohne weiteres kürzen; sie sind Ergebnis der Zusagen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Verzichtet man aber auf neue Zusagen, so werden die Beträge, mit de-

¹³ Zu den investiven Zuschüssen zählen auch jene nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz.

nen der Bund im Risikofall einspringen muss, immer kleiner; sie entfallen, wenn die letzte Frist abgelaufen ist. Insofern ist die betreffende Haushaltsposition mittelfristig in eine Strategie zur Reduktion der Finanzhilfen einzubeziehen.

Die Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle an die Kraftwerke und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen wurden bis zum Jahr 2005 aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung der Steinkohlesubventionen vom 17. Dezember 1997 gezahlt. In diesem Gesetz war eine Reduktion der Zuschüsse bis zum Jahr 2005 festgeschrieben worden. Inzwischen wurde zwar vereinbart, bis zum Jahr 2018 Finanzhilfen zu leisten, diese Regelung kann aber geändert werden.

Ein so genanntes Anpassungsgeld „erhalten Arbeitnehmer des Steinkohlebergbaus, die nach ihrem 50. Lebensjahr und bis zum 1. Januar 2006 aus Anlass einer Stilllegung oder Rationalisierungsmaßnahme im Steinkohlebergbau ihren Arbeitsplatz verlieren, für längstens fünf Jahre ... als Überbrückungsgeld, bis sie Anspruch auf eine knappschaftliche Rente haben“ (Sachverständigenrat 2003: 444, Ziffer 469). Das Anpassungsgeld lässt sich angesichts der Arbeitsmarktrefor­men (wie insbesondere der Verkürzung der maximalen Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld) noch weniger als zuvor als sozialpolitische Maßnahme rechtfertigen.

Auch bei einzelnen indirekten Finanzhilfen gibt es Hemmnisse für eine Strategie der Subventionskürzung. Sie betreffen vor allem den Verkehrsbereich (Tabelle 21). Die Länder erhalten als Ausgleich für die Übernahme der Aufgabenverantwortung beim öffentlichen Personennahverkehr Finanzhilfen des Bundes. Die so genannten Regionalisierungsmittel sind zweckgebunden. Sie spiegeln die Beträge wider, die nötig sind, um das Leistungsangebot des Fahrplans 1993/94 – also das vor bzw. während der Bahnstrukturreform herrschende – aufrecht zu erhalten. Sie beruhen auf politisch gewollten Vorgaben hinsichtlich der Preise und der Mengen. Sie sind, zumindest auf kurze Sicht, politisch kaum kürzbar, auch deshalb, weil die Länder in den Entscheidungsprozess eingebunden sind. Im Interesse der Transparenz wäre es unabhängig vom Volumen, das als Hilfe für angemessen gehalten wird, sinnvoll, die Mittel in das System der Umsatzsteuerverteilung zu integrieren, zumal sie an die Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens gekoppelt sind (Sachverständigenrat 2003: 475, Ziffer 516).

Tabelle 21:

Nicht ohne weiteres kürzbare indirekte Finanzhilfen des Bundes 2007–2009 (Mill. Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2007	2008	2009
1218–88201	Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des ÖPNV ^a	1 344	1 336 ^b	1 336 ^b
6001–03105	Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	6 710	6 675	6 775
1225–62201 und 62203	Zinshilfen und Entlastung von Wohnungsunternehmen nach dem Altschuldenhilfegesetz	190	104	85
	<i>Insgesamt</i>	<i>8 244</i>	<i>8 115</i>	<i>8 196</i>
	<i>Indirekte Finanzhilfen insgesamt</i>	<i>10 317</i>	<i>8 934^c</i>	<i>8 940^c</i>

^aAufteilung auf die beiden Zwecke nicht möglich. — ^bKompensationszahlung. — ^cOhne Kompensationszahlung.

Quelle: Tabelle A3; eigene Berechnungen.

Eine spezifische Rolle spielen die Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erhielten die Länder Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden durch Vorhaben des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV einschließlich Investitionszuschüsse an die Eisenbahnen des Bundes; hierfür verwendete der Bund Teile der Mineralölsteuereinnahmen. Die betreffenden Ausgaben lassen sich nicht in solche für den Straßenbau, die nicht zu den Finanzhilfen zählen, und solche für den ÖPNV, die als Finanzhilfen gelten, aufteilen. In-

sofern ist nicht bekannt, in welchem Maße Einsparpotential besteht. Die Finanzhilfe des Bundes wurde Anfang 2007 abgeschafft, die Länder erhalten nun eine Kompensationszahlung.

Bei den sonstigen indirekten Finanzhilfen des Bundes, die auf Länderebene erfasst werden, sind – gegebenenfalls bei Einbindung der Länder – Kürzungen durchaus möglich. So sind die Aufwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ typische Finanzhilfen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gehört auch zu den Mischfinanzierungstatbeständen. Sie ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Sie ist, was die neuen Länder betrifft, auch insoweit fragwürdig, als sie zur Finanzierung einigungsbedingter Aufgaben dienen soll; denn für diesen Zweck gibt es die betreffenden Bundesergänzungszuweisungen (Sachverständigenrat 2003: Ziffer 515).

11.3 Das Kürzungspotential

Aus den bisherigen Überlegungen lässt sich ableiten, welches Finanzvolumen im Rahmen einer Strategie ohne weiteres zur Kürzung der Subventionen zur Verfügung steht. Es geht dabei um die Steuervergünstigungen sowie – bei enger Abgrenzung, also der Vernachlässigung der EU, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Sondervermögen – um die Finanzhilfen des Bundes und die der Länder und ihrer Gemeinden.

Das gesamte Kürzungspotential bei Bund, Ländern und Gemeinden beläuft sich auf rund 129 Mrd. Euro im Jahr 2009 (Tabelle 22). Es dürfte im Jahr 2010 ähnlich hoch sein. Selbst dann, wenn man den Hemmnissen für eine Politik der Subventionskürzung in hohem Maße Rechnung trägt, gibt es demnach einen beträchtlichen Spielraum, die Finanzhilfen und die Steuervergünstigungen zu reduzieren und so das Budget des Staates auszugleichen und beispielsweise die Einkommensteuersätze für alle Steuerpflichtigen zu verringern.

Tabelle 22:
Kürzungspotential bei den Subventionen 2007–2010 (Mill. Euro)

	2007	2008	2009	2010
Steuervergünstigungen	54 181	53 347	52 263	52 198
abzüglich:				
Nicht ohne weiteres kürzbare Vergünstigungen	525	758	780	800
Saldo	53 656	52 589	51 483	51 398
Finanzhilfen des Bundes ^a	23 862	23 461	30 176	30 000 ^b
abzüglich:				
Nicht ohne weiteres kürzbare direkte Finanzhilfen des Bundes	9 412	8 290	7 431	7 400 ^b
Finanzhilfen der Länder und Gemeinden ^a	55 545	59 169	63 092	63 000 ^b
abzüglich:				
Indirekte Finanzhilfen des Bundes	8 244	8 115	8 196	8 100 ^b
Saldo	61 751	66 225	77 641	77 500
<i>Insgesamt</i>	<i>115 407</i>	<i>118 814</i>	<i>129 124</i>	<i>128 898</i>

^aOhne Grenzfälle. — ^bGrob geschätzt.

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 19, 20 und 21.

12 Exkurs: Finanzkrise und Staatshilfen

Seit Beginn der Finanzkrise vor reichlich eineinhalb Jahren ergreifen der Bund und einige Länder Maßnahmen, um Banken zu unterstützen. Hilfe erhielten u.a. (direkt vom Bund oder über die KfW) die Industrielkreditbank (IKB), die Sachsen LB und die WestLB. Mitte Oktober 2008 wurde ein „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ (SoFFin) geschaffen, der ein Sondervermögen des Bundes mit Sitz in Frankfurt ist.

Das Bundesfinanzministerium wurde ermächtigt, für den Fonds Garantien bis zur Höhe von 400 Mrd. Euro für bis zum 31. Dezember 2009 begebene Schuldtitel und bis zu diesem Zeitpunkt begründete Verbindlichkeiten von Unternehmen des Finanzsektors zu übernehmen, wenn die Laufzeit bis zu 36 Monate beträgt; der Fonds erhält Gebühren für die Garantien. Darüber hinaus kann sich der Fonds an der Rekapitalisierung der Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, insbesondere kann er Anteile oder stille Beteiligungen erwerben. Schließlich kann der Fonds von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 13. Oktober 2008 erworbene Risikopositionen, insbesondere Forderungen, Wertpapiere und derivative Finanzinstrumente („faule Kredite“), erwerben. Die Leistungen des Staates sind an bestimmte Auflagen für die begünstigten Finanzunternehmen geknüpft. Sie betreffen z.B. die Höhe der Vorstandsbezüge, die Regeln für Bonuszahlungen und die Zulässigkeit von Dividendenzahlungen. Der Bund darf für den Fonds Kredite in Höhe von bis zu 70 Mrd. Euro aufnehmen, damit der Fonds seine Ausgaben tätigen kann; unter bestimmten Voraussetzungen ist eine zusätzliche Verschuldung in Höhe von 10 Mrd. Euro erlaubt. Die Kosten für die Verwaltung des Fonds trägt der Bund. Wenn der Fonds abgewickelt und aufgelöst wird, wird das „Schlussergebnis“ im Verhältnis 65 zu 35 auf Bund und Länder aufgeteilt; allerdings darf die „Beteiligung“ der Länder an den Kosten 7,7 Mrd. Euro nicht überschreiten.

Die Zahlungen des SoFFin an Finanzunternehmen werden nicht in das Volumen der Finanzhilfen einbezogen. Denn bei Gründung des Sonderfonds lag eine Situation vor, die staatliches Handeln erforderte. Die Finanzmarktakteure waren nach den Turbulenzen nicht bereit, sich gegenseitig zu vertrauen, es gab kaum noch Handel auf dem Markt für kurzfristige Liquidität, so dass ohne staatliches Eingreifen das Funktionieren der Volkswirtschaft gefährdet gewesen wäre.¹⁴

Der SoFFin veröffentlicht nur sporadisch Zahlen zum gesamten Antragsvolumen und zum Gesamtvolumen der gewährten Verträge. Am 8. Oktober 2009 belief sich das Antragsvolumen auf 232,8 Mrd. Euro, das der gewährten Verträge auf 155,6 Mrd. Euro (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung 2009). Davon waren 127,7 Mrd. Euro in Form von Garantien gewährt, 21,9 Mrd. Euro als Eigenkapital zur Verfügung gestellt; 5,9 Mrd. Euro entfielen auf Risikoübernahmen. Anfang November wurden Garantien in Höhe von 132 Mrd. Euro genutzt; 22 Mrd. Euro waren als Eigenkapital bereitgestellt worden. Ende April 2010 beliefen sich die Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin auf 172,5 Mrd. Euro (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung 2010).

Die Aktivitäten des SoFFin in den Bereichen der Garantieübernahme und der Rekapitalisierung lassen sich durch Internetrecherchen annähernd nachzeichnen (Tabelle 23). Informationsquellen sind die

¹⁴ In Anlehnung an Vaubel (2009) lässt sich im Detail so argumentieren: Finanzmarktstabilität ist ein öffentliches Gut. Der Staat hat in einer Krise die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft zu garantieren. Das kann bedeuten, dass die Zentralbank oder eine vergleichbare Institution gegen Sicherheiten Kredite an illiquide Banken vergibt und dass der Staat insolvente Banken, die Private nicht übernehmen wollen, „in eine Auffanggesellschaft überführt, rekapitalisiert, restrukturiert und nach der Krise ... verkauft“ (Vaubel 2009: 255). Es „ist nicht Aufgabe des Staates, solvente Banken zu subventionieren, ihnen notleidende Kredite abzukaufen, sich an ihnen zu beteiligen oder sogar ihre Verstaatlichung zu erzwingen“ (Vaubel 2009: 255).

Im Zuge der Finanzkrise hat der Staat gegen diese Prinzipien verstoßen. Die Bundesregierung ist „den Weg der Subventionierung, Kapitalbeteiligung, Verstaatlichung und Gängelung solventer Banken gegangen“ (Vaubel 2009: 257). Es sind also Subventionen geflossen. Allerdings ist es nicht möglich, die damit einhergehenden Subventionen zu quantifizieren. In einigen Jahren mag sich die Situation anders darstellen.

Tabelle 23:
Garantien und Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)

Nr.	Antragsteller	Garantie- rahmen	Rekapitali- sierung	Risiko- übernahme	Beantragt	Vom SoFFin bewilligt	Aufgestockt	Verlängert	Sonstige Bemerkungen
1)	Hypo Real Estate	20 Mrd. € 30 Mrd. € 42 Mrd. € 52 Mrd. € 95 Mrd. €				11.11. 2008	09.12.2008 21.01.2009 11.02.2009 21.12.2009	14.04.2009 17.08.2009	
		103,5 Mrd. €	60 Mill. €				28.05.2010		Aktienwerb (8,7% der Anteile) 28.3.2009 Aktienwerb (47,31% der Anteile) 07.05.2009 Kapitalerhöhung (90% der Anteile) 08.06.2009 Aktienwerb (100% der An- teile durch Zwangsabfin- dung der Min- derheitsaktio- näre) 05.10.2009
			124,2 Mill. €						
				knapp 3 Mrd. €					
			158 Mill. €						
			3 Mrd. €			04.11.2009			
2)	HSH Nordbank	30 Mrd. €				21.11.2008			
3)	Bayrische Landesbank	15 Mrd. €	3 Mrd. €			13.10.2008			
						28.11.2008			
4)	Commerzbank	15 Mrd. €	8,2 Mrd. €			03.11.2008 19.12.2008 08.01.2009			
			10 Mrd. €						
5)	Sicherungsgesellschaft deutscher Banken (SdB)	6,7 Mrd. €				22.01.2009 ^a			
6)	Volkswagenbank	2 Mrd. €				05.12.2008			
7)	Deutsche Industrie- bank (IKB)	5 Mrd. €				23.12.2008			
		12 Mrd. €					03.07.2009		
8)	Aarealbank	4 Mrd. €	525 Mill. €			15.02.2009			
9)	Düsseldorfer Hypothekenbank	2,5 Mrd. €				12.03.2009			
10)	Corealcredit	knapp 1 Mrd. €				05.08.2009			
11)	Opel-Finanzierer GMAC	5 Mrd. €			18.02.2009				
12)	Landesbank Baden- Württemberg	16 Mrd. €			06.03.2009				
13)	West LB			85 Mrd. €		26.11.2009			

^aGenehmigung durch EU-Kommission.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009); Pressemeldungen (Archive der großen Wirtschaftszeitungen und -magazine; Pressemitteilungen der Antrag stellenden Unternehmen); eigene Zusammenstellung ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Archive der großen Wirtschaftszeitungen und -magazine, der Anzeiger für staatliche Beihilfen, den die Kommission der Europäischen Union veröffentlicht (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009), und die Pressemeldungen der Finanzinstitutionen. Größter Nachfrager der Garantien und Kapitalhilfen des SoFFin war die Spezialbank für Immobilien- und Staatsfinanzierung Hypo Real Estate, die seit dem 5. Oktober 2009 verstaatlicht ist. Viel Presseresonanz fanden die Hilfen zugunsten

der HSH Nordbank, der Bayrischen Landesbank und der Commerzbank. Die Krise der deutschen Automobilindustrie zog die dazu gehörigen Banken in Mitleidenschaft.

Am 1. Oktober 2009 hat der SoFFin bewilligt, ein Portfolio der West LB von bis zu 6,4 Mrd. Euro im Tausch gegen Staatsschuldtitle des Bundes zu übernehmen. Am 26. November 2009 hat der SoFFin einer Auslagerung nichtstrategischer Aktiva in Höhe von insgesamt 85 Mrd. Euro zugestimmt. Der SoFFin hat im Jahr 2009 Kredite in Höhe von 26,6 Mrd. Euro aufgenommen (BMF 2010b: 11).

Einige Länder haben Maßnahmen ergriffen, um ihre Landesbanken mit zusätzlichem Kapital auszustatten (Tabelle 24). Die Beteiligungen der Länder an Landesbanken werden wie die entsprechenden Zahlungen des SoFFin nicht zu den Finanzhilfen gezählt.

Tabelle 24:

Kapitalhilfen der Länder an Landesbanken (Mrd. Euro)

	Volumen	Presseinformation
LBBW (Landesbank Baden-Württemberg)	5	21.11.2008
Bayern LB (Bayrische Landesbank)	7 ^a	28.11.2008
HSH Nordbank (Landesbank Hamburg und Schleswig-Holstein)	3	17.02.2009

^aZwei Tranchen.

Quelle: Pressemeldungen der Landesbanken im Internet.

Anhang

Tabelle A1:

Ausgaben des Bundes mit partiellem Subventionsgehalt (Grenzfälle) 2000–2009 (1 000 Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3004–68330	F. u. E. in der Biotechnologie	103 478	110 352	104 731	103 499	108 223	106 421	139 233	138 930	159 446	174 574
–68325	F. u. E. Optische Technologien	0	0	0	63 844	64 551	70 809	74 523	79 818	80 009	85 400
68541	F. u. E. in Energietechnologien und effiziente Nutzung	0	0	0	0	0	0	0	0	26 116	57 800
0902–68357	Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kompetenznetze	0	0	0	0	0	0	0	16 268	0	0
–68555	Patentverwertung	0	0	0	0	0	1 900	2 100	2 000	0	3 595
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	0	0	0	–1 900	–2 100	11 278	18 449	20 291
68675	Neue internetbasierte Wissensinfrastrukturen (THESEUS)	0	0	0	0	0	0	0	0	20 000	20 000
1202–Tgr. 06	Innovationsprogramm „Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“	0	0	0	0	0	0	0	484	8 963	46 522
3004–68324	Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Produktionssysteme und -technologien	57 079	61 866	60 458	55 829	54 331	55 581	56 282	63 999	62 000	72 000
–68304	F.u.E. Innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen	29 160	31 680	34 202	29 795	0	0	0	0	0	0
68310	Instrumente im Wissens- und Technologietransfer						0	0	22 904	32 403	86 300
–68326	F.u.E. Nanomaterialien, Neue Werkstoffe	0	0	0	81 198	79 722	84 054	97 966	97 177	93 421	100 697
68511	Angewandte Forschung an Fachhochschulen im Verbund mit der Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	14 918	27 956	30 000	34 000
–68320	Vernetzte Welt, neue Basistechnologien für die Informations- und Kommunikationstechnik	45 273	54 299	50 693	45 237	43 982	84 408	89 031	53 459	56 098	59 785
–68321	Softwaresysteme, Wissenstechnologien	47 430	48 440	46 188	46 701	48 220	52 884	52 327	88 881	100 337	119 000
–68322	Mikrosystemtechnik	51 036	52 628	51 192	46 307	48 091	45 754	50 879	60 300	60 953	59 115
–68323	Elektronik und Elektroniksysteme	72 489	74 256	71 926	71 087	72 815	76 689	79 859	82 325	81 000	81 000
–89217	Elektronik-Investitionszuschüsse	3 182	2 436	0	0	0	0	0	0	0	0
–68330	Physikalische und chemische Technologien	67 604	67 515	67 815	0	0	0	0	0	0	0
–68331	Lasertechnik und optische Technologien	34 004	34 454	33 623	0	0	0	0	0	0	0
–68332	Neue Materialien	62 939	65 229	60 867	0	0	0	0	0	0	0
0405–Tgr. 09	Auslandsrundfunk	0	314 051	303 623	286 876	297 221	280 657	276 617	274 639	280 362	280 980
0504–68716	Förderung der deutschen Sprache im Ausland	27 499	27 220	26 449	24 145	23 263	23 132	23 415	23 864	9 160	6 479
0807–Tgr. 01	Ausgaben für vom Bund verwaltete Forsten abzüglich Einnahmen (12501)	12 425	10 087	8 876	6 409	0	7 519	0	0	0	0
1226–71402	Unterbringung der Deutschen Welle in Berlin	52 936	81 806	53 714	18 609	12 992	6 059	2 626	0	535	0
1203	Defizit, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	1 342 397	1 284 406	1 322 250	1 336 394	1 014 049	994 991	1 079 182	1 113 103	1 191 573	1 203 590
	<i>Insgesamt</i>	<i>2 008 931</i>	<i>2 320 725</i>	<i>2 296 607</i>	<i>2 215 930</i>	<i>1 867 460</i>	<i>1 888 958</i>	<i>2 036 858</i>	<i>2 157 385</i>	<i>2 310 825</i>	<i>2 511 128</i>

Quelle: BMF Haushaltsrechnungen (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009a).

Tabelle A2:

Direkte Finanzhilfen des Bundes (ohne Grenzfälle) 2003–2009 (1 000 Euro) (Vergleich mit dem Subventionsbericht der Bundesregierung)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
I.	Sektorspezifische direkte Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen							
1)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
0809–68201	Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	109 152	98 898	90 988	85 950	79 766	79 789	79 792
1002–66203	Zinsverbilligung, Bundesprogramm „Tiergerechte Haltungsverfahren“	773	568	645	911	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	0	0	375	0	0
–66201	Liquiditätssicherungsprogramm Gartenbau	0	0	0	0	0	0	0
68303	Grünlandprogramm					0	0	0
–68306	Gasölbeihilfe	43	11	0	0	3	0	0
–68601	Beteiligung des Bundes an Bundesgartenschauen	3 639	1 002	1 572	120	67	0	0
–68602	Förderung von Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen	332	394	377	279	333	407	430
–68603	Internationaler Praktikantenaustausch	400	385	401	404	415	413	450
–68606	Markteinführung „biogener Treib- und Schmierstoffe“	0	0	0	0	0	0	0
–68607	Ausgaben für das Modellvorhaben „Projekt im Allgäu“	0	0	0	0	0	0	0
–68608	Zuschuss zur Förderung nachwachsender Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0
–68609	Zuschuss für das Modell- und Demonstrationsvorhaben	12 180	14 051	17 948	6 801	8 960	6 130	6 000
68610	Zuschuss zur Umsiedlung des Hauptbüros des Forest Stewardship Council International nach Bonn	74	50 000	25	75	50	0	0
68612	Datenbank Futtermittel	0	0	231	0	0	0	0
68614	Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	623	0	0	0
–68619	Förderung des ökologischen Landbaus	0	100	3 700	3 100	2 721	2 407	3 200
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	15 172	17 936	14 798	12 451	10 885	13 593	12 800
83101	Nachschüsse an die deutsche Bauernsiedlung	0	0	414	410	439	510	530
–89308	Förderung nachwachsender Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0
–89309	Modell- und Demonstrationsvorhaben	1 972	1 661	3 036	0	850	0	1 000
89314	Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	400	0	0	0
–89319	Förderung des ökologischen Landbaus	17 281	1 734	0	0	0	0	0
–63652	Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	250 000	216 500	150 000	200 000	200 000	400 000	100 000
–63653	Zuschüsse z. Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	81 175	75 034	69 061	63 221	57 903	52 975	49 000
Tgr 5	Abwicklung alter Verpflichtungen und auslaufende Förderungsmaßnahmen, Ansatz nach Subventionsbericht	100	100	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	1 919	1 622	1 653	1 369	1 152	41 388	1 271

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-63655	Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte	1 202 685	1 150 561	1 112 020	1 101 660	1 147 876	1 173 851	1 235 000
-63658	Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	135 170	88 726	47 470	18 391	5 225	4 099	2 000
-Tgr. 03	Förderung landwirtschaftlicher Forschung	6 591	6 046	7 010	7 265	13 805	20 037	29 325
-66271	Zinsverbilligung für Darlehen an die Fischerei	200	357	218	28	19	3	40
-66293	Zinsverbilligung für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
-68372	Förderung des Fischabsatzes	229	80	203	110	270	89	0
-68378	Hilfe zur Anpassung der Kapazitäten in der Seefischerei	2 041	1 978	2 297	9	0	1 006	2 100
-89278	Strukturmaßnahmen für die Seefischerei	455	400	441	236	33	10	800
Tgr 08	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe, Ansatz im Subventionsbericht	8 500	10 400	7 900	6 100	6 551	3 825	12 000
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	18 833	15 269	24 390	25 728	30 112	40 168	33 000
1004	Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	80 603	91 497	75 222	45 840	99 762	85 369	95 947
	<i>Insgesamt</i>	<i>1 949 519</i>	<i>1 845 310</i>	<i>1 632 020</i>	<i>1 581 481</i>	<i>1 667 572</i>	<i>1 926 069</i>	<i>1 664 685</i>
1002-68276	Darlehen für die Kutterfischerei	768	325	615	480	137	0	900
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>588 377</i>	<i>493 397</i>	<i>373 335</i>	<i>378 426</i>	<i>352 358</i>	<i>544 114</i>	<i>249 832</i>
2)	Bergbau							
0802-69704	Bedienung einer Schuldbuchforderung der Saarbergwerke AG	0	0	0	0	0	0	0
0820-Tgr. 01	Ausgaben für die Gesellschaft zur Verwahrung u. Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	19 351	13 912	14 228	12 350	12 800	13 010	15 000
-Tgr. 03	Ausgaben für d. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	293 237	266 474	222 361	182 086	148 676	146 844	165 463
0902-Tgr. 14	Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	228 142	215 577	203 973	197 495	181 500	176 317	154 400
68113	Beteiligung der EU an den Anpassungsbeihilfen	0	607	0	0	-48	0	0
68111	Anpassungsbeihilfen	17 324	2 123	2 490	962	0	0	0
-68312	Zuschuss zur Verringerung der Belastungen aus dem Wegfall von Revierausgleich etc.	0	0	0	0	0	0	0
-68314	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	2 558 718	2 101 943	1 645 168	1 561 883	1 771 577	1 815 856	1 465 000
-68315	Abwicklung des Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“	373	10	0	0	0	0	0
-69715	Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	0	0	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	124	0	0	0	0
-69812	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	118 625	119 620	122 895	129 711	130 762	120 855	129 772
-69713	Erstattung der Erblasten des Steinkohlenbergbaus	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
–69714	Bedienung einer Schulbuchforderung der Ruhrkohle AG	0	0	0	0	0	0	0
1102–Tgr. 02	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	0	0	0	0	0	0	0
	Insgesamt	3 235 770	2 720 266	2 210 991	2 084 487	2 245 267	2 272 882	1 929 635
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>2 695 040</i>	<i>2 223 696</i>	<i>1 770 553</i>	<i>1 692 556</i>	<i>1 902 339</i>	<i>1 936 711</i>	<i>1 594 772</i>
	<i>Nachrichtlich:</i>							
3205–57533	Zinsen für den Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes
0902–62961	Zinsen für den Ausgleichsfonds
3)	Schiffbau							
0902–66274	Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften	35 127	26 152	18 530	12 581	8 127	4 607	2 393
–66275	Zinszuschüsse für Kredite auf CIRR-Basis	0	0	0	0	0	252	1 585
68313	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	0	0	0	0	0	238	525
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	0	0	0	557	1 225
–68374	Wettbewerbshilfen für deutsche Werften	40 935	32 073	29 446	22 402	11 100	10 933	0
89210	Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie	0	0	3 552	9 514	10 899	6 995	10 500
	Insgesamt	76 062	58 225	51 528	44 497	30 126	23 582	16 228
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>76 062</i>	<i>58 225</i>	<i>51 528</i>	<i>44 497</i>	<i>30 126</i>	<i>23 025</i>	<i>15 003</i>
4)	Verkehr							
1502–68241	Erstattung von Fahrgeldausfällen	248 460	194 404	205 745	0	0	0	0
1102–68261	Erstattung von Fahrgeldausfällen	0	0	0	217 516	187 024	196 454	207 000
1202–68205	Zahlung an die Osthannoversche Eisenbahnen AG Celle	306	0	1 462	0	0	0	0
–68301	Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	30 926	44 933	51 839	56 701	57 001	57 142	57 200
–68303	Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt	1 102	1 531	1 489	1 581	1 601	1 907	2 534
68305	Förderung von umweltfreundlichen Motoren für Binnenschiffe	0	0	0	0	24	1 128	2 500
–69702	Abwrackprämien	0	0	0	0	0	0	0
–69703	Umstrukturierungshilfe für die Binnenschifffahrt	0	0	0	0	0	0	0
68304	Aufbau und Einführung eines deutschlandweiten interoperablen Fahrgeldmanagements („e-ticking“)	0	0	0	0	79	772	3 000
68308	Modernisierung der deutschen Binnenschiffsflotte	0	0	0	0	0	0	2 000
68401	Beihilfen für Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschifffahrt	0	51	50	51	51	51	51
68452	Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	304 500
68453	Aus- und Weiterbildungsprogramm in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	85 000
–53232	Gutachten und Untersuchungen zur Magnetschwebbahntechnik	2 712	3 299	2 495	2 563	3 880	3 894	2 000
–68531	Bundesanteil an den Kosten der Planungsgesellschaft Transrapid	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-68533	Bundesanteil für den Betrieb des Transrapid Versuchsanlage Emsland	0	0	0	0	0	0	0
68604	Umsetzung der deutsch-chinesischen Regierungsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei alternativen Kraftstoffen und Antrieben	0	0	0	0	0	0	300
-68632	Zuwendungen für den Betrieb der Transrapid Versuchsanlage Emsland	10 352	10 226	8 740	8 000	7 943	9 629	6 000
-68633	Zahlungen an die Magnetschnellbahn-Fahrwegesellschaft mbH oder Rechtsnachfolger	0	0	0	0	0	0	0
-68634	Bundesanteil für Studien zur Auswahl von Anwendungstrecken	0	0	0	0	0	0	0
-71832	Anwendungsnahe Weiterentwicklung der Magnetschwebebahn-technik	21 635	14 590	43 247	60 640	16 297	9 507	1 000
68341	An priv. U. zur Förderung neuer Verkehre im kombinierten Verkehr	0	0	1 200	3 527	8 211	9 958	4 574
-89241	Baukostenzuschüsse an private Unternehmen des kombinierten Verkehrs	0	0	0	0	45 809	57 364	114 000
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	45 111	57 838	54 104	73 388	0	0	0
89242	An priv. U. zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	0	0	0	0	3 675	12 016	32 000
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	3 424	8 569	0	0	0
66251	Zinszuschüsse für Anschaffung besonders emissionsarmer LKW (ERP-Programm der KfW)	0	0	0	0	7	355	1 100
68451	Zinszuschüsse für Anschaffung besonders emissionsarmer LKW (ERP-Programm der KfW)	0	0	0	0	4 157	74 119	66 000
-89151	Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für Eisenbahnen des Bundes	0	246 724	450 342	682 505	954 402	1 059 372	1 120 299
89191	Innovations- und Investitionsprogramm im Schienenverkehr	0	0	0	0	0	0	170 000
1217	Luftfahrt, Defizit (o. Darlehen)	42 656	0	0	0	67 200	76 529	90 448
1218-89101	Investitionszuschüsse für Vorhaben des ÖPNV über 100 Mill. DM an die Deutsche Bahn AG	130 768	117 640	48 169	63 462	64 619	119 252	123 980
1222-63401	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5 795 945	5 537 435	5 472 100	5 360 790	5 262 910	4 325 500	5 436 330
63402	Risikoausgleichsleistungen an die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten	0	0	0	0	0	0	0
-63403	Personalkostenzuschuss an die DB AG aufgrund des technischen Rückstandes der früheren Deutschen Reichsbahn	0	0	0	0	0	0	0
-68204	Abgeltung übermäßiger Belastungen der DB aus dem Betrieb und der Erhaltung höhengleicher Kreuzungen mit Straßen aller Baulasträger	89 980	83 330	76 762	75 450	78 405	76 600	79 050

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-68206	Zuschuss für die Beseitigung ökologischer Altlasten und zum erhöhten Materialaufwand im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn	0	0	0	0	0	0	0
68404	Erstattungen des Bundes wegen Personalüberhang	0	0	0	0	0	0	69 661
-74501	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen	13 716	16 108	13 598	10 318	12 305	8 349	12 780
-86101	Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	344 065	253 093	94 500	97 725	88 000	95 019	10 000
-89101	Investitionszuschuss für Schienenwege	3 336 206	2 432 305	2 508 158	2 156 333	2 287 561	2 129 916	37 288
-89102	Hilfe zur Nachholung von Investitionen im Bereich d. ehemaligen Deutschen Reichsbahn	0	71 690	0	0	0	0	0
-89103	Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze	110 697	0	109 616	40 044	68 031	38 373	0
-89104	Baukostenzuschüsse des EFRE	100 513	84 576	36 060	150 941	183 617	85 283	0
-89105	Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	56 130	52 244	50 980	39 800	52 959	73 609	100 000
89108	Baukostenzuschuss zur Schienenverkehrsanbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI)	0	699	0	0	0	0	0
89109	Seehafenhinterlandverkehr zur Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr	0	0	0	0	0	25 000	50 000
-89197	Baukostenzuschuss für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	398 094	267 878	114 000	0	0	0	0
89198	Baukostenzuschuss für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2 Mrd. €-Programm)	0	0	0	165 000	250 000	280 000	0
Tgr 1	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes					0	0	2 505 000
1226-89281	Zuschuss an d. DBAG für die S-Bahn-Linie in Berlin	7 861	16 100	7 784	5 008	56	1 225	0
3006-68340	Forschung und Entwicklung, Mobilität und Verkehr	31 173	43 163	43 030	0	0	0	0
89240	Bodengebundener Transport u. Verkehr, Investitionszuschüsse	19 926	0	0	0	0	0	0
68341	Forschung und Entwicklung in der Meerestechnik und Schifffahrt	3 000	3 000	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	-3 000	12 062	10 511	0	0	0	0
0902-68301	Mobilität und Verkehr			0	0	38 291	0	0
68312	Forschung und Entwicklung in der Meerestechnik und Schifffahrt	0	0	0	0	3 453	3 735	5 154
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	0	12 591	13 814	14 941	20 617
68330	Forschung und Entwicklung, Mobilität u. Verkehr	0	0	0	34 833	0	0	0
68311	Mobilität und Verkehrstechnologien	0	0	0	0	0	43 425	53 000
	<i>Insgesamt</i>	<i>10 838 334</i>	<i>9 564 919</i>	<i>9 409 405</i>	<i>9 327 336</i>	<i>9 761 382</i>	<i>8 890 424</i>	<i>10 774 366</i>
1202-68241	Darlehen, Förderung der Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs	0	0	0	0	1 000	61	1 000
	Differenz zwischen Angaben im HHP und im SB	0	0	0	0	40 835	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	35 028	49 464	57 952	70 378	165 773	217 785	677 562
5)	Wohnungsvermietung							
1225-Tgr. 04	Zuschüsse für Forschung zum experimentellen Städtebau	0	0	0	124	0	834	0
-66101	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnungsbauprogramms der KfW	0	0	0	0	0	0	0
-66102	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW für die neuen Länder	511 292	480 614	460 163	434 598	255 646	153 388	76 693
-66103	CO2-Minderungsmaßnahmen im Wohnbestand der alten Länder	6 500	6 254	5 500	3 250	0	0	0
-66104	Zinszuschüsse für Wohnraummodernisierungsprogramm der KfW	11 589	17 875	17 755	18 637	18 000	14 750	14 000
-66105	Zuschüsse im Rahmen des Programms „Niedrigenergiehaus im Bestand“	1 999	1 000	2 250	33 400	75 500	103 750	67 000
-66106	KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm 2003	1 453	12 727	46 774	67 550	93 500	17 500	0
66107	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO2-Minderung	0	0	0	7 455	61 865	130 506	240 000
-66123	Sozialer Wohnungsbau, öffentliche Wohnungsbauunternehmen	22	0	0	0	0	0	0
-66197	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO2-Minderung	204 227	204 828	204 531	0	0	0	0
66108	Für Programm „seniorengerechtes Wohnen“	0	0	0	0	0	0	2 000
66109	Investitionsoffensive für strukturschwache Kommunen (Energieeinsparung etc.)	0	0	0	0	0	0	22 500
-68601	Aufwendungen für Wettbewerbe u. Ä. im Wohnungs- und Städtebau	249	161	159	202	289	169	220
68602	Für Steigerung der Energieeffizienz und für verbesserten Klimaschutz im Gebäudebereich	0	0	0	0	0	2 500	0
-68603	EU- Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Raumentwicklung)	196	256	151	224	194	165	244
-68604	Initiative Architektur und Baukultur	507	388	187	74	179	130	0
-68605	Nationale Kofinanzierung von INTERREG	498	2 449	1 152	773	430	551	1 000
68606	Initiative kostengünstig qualitätsbewusst bauen	0	240	439	394	250	323	250
68607	Modellvorhaben zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft	0	0	0	0	470	4 259	4 200
68608	Investorenwerbung für die neuen Länder	0	0	0	0	4 210	4 984	6 000
68609	Nationale Kofinanzierung ESF-Programm Soziale Stadt	0	0	0	0	0	343	8 000
68681	Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	0	0	0	0	0	0	6 665
-62223	Aufwendungszuschüsse in den alten Ländern – Abwicklung	359	0	0	5	0	0	0
89101	An KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO2-Minderung	0	0	0	0	520	8 014	170 000
-89301	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämienengesetz	612 243	567 757	492 736	500 321	453 306	458 069	446 000
89351	Pilotprojekte Stadtentwicklungspolitik	0	0	0	0	0	651	1 950

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0807–69801	Kostenbeteiligung für Schadstoffbeseitigung in ehemals bundeseigenen Wohnungen	1 187	0	0	0	0	0	0
–71839	Förderung der Energieeinsparung/ Modernisierung in Wohngebäuden des Bundes	4 802	6 702	33	0	0	0	0
3006–68302	Zuweisung Forschung, Bauen, Wohnen	0	9 293	5 155	3 314	1 736	0	0
1225–Tgr. 03	Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr und Bundesverwaltung, ohne Darlehen	434	399	677	1 280	2 194	1 598	1 885
67102	Vergütungen an die KfW für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfegesetzes	3 081	2 894	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	1 592	1 107	1 107	1 106	1 250
1226–Tgr. 06	Wohnungsfürsorge in Berlin u. Bonn (Verlagerung von Parlaments- und Regierungsfunktionen), ohne Darlehen	7 042	8 094	6 208	6 351	5 983	3 787	4 350
1227–Tgr.02	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	3 921	5 291	6 232	13 054	15 948	12 029	0
Tgr.03	Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	3 419	3 245	3 221	4 715	8 710	10 372	0
	<i>Insgesamt</i>	<i>1 375 020</i>	<i>1 330 467</i>	<i>1 254 915</i>	<i>1 096 828</i>	<i>1 000 037</i>	<i>929 778</i>	<i>1 074 207</i>
1225–Tgr. 03	Wohnungsfürsorge Bundeswehr, Darlehenskomponente	3 422	3 352	2 903	409	0	597	1 112
1226–Tgr. 06	Wohnungsfürsorge Berlin und Bonn, Darlehenskomponente	4 988	3 332	3 650	2 651	1 942	452	1 900
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>1 368 292</i>	<i>1 309 126</i>	<i>1 243 147</i>	<i>1 075 902</i>	<i>968 456</i>	<i>892 411</i>	<i>1 024 940</i>
6)	<i>Luft- und Raumfahrzeugbau</i>							
0902–66291	Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen incl. Triebwerken	950	710	800	4 500	16 000	-2 310	35 000
66292	Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen zur Finanzierung von Entwicklungskosten	0	0	0	0	146	0	7 500
–68394	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	27 771	35 822	38 034	50 332	47 864	53 923	54 000
89294	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	0	0	0	0	15 014	30 300	36 000
3008–Tgr. 33	Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie	0	0	0	0	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	<i>28 721</i>	<i>36 532</i>	<i>38 834</i>	<i>54 832</i>	<i>79 024</i>	<i>81 913</i>	<i>132 500</i>
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>950</i>	<i>710</i>	<i>800</i>	<i>4 500</i>	<i>16 000</i>	<i>-2 310</i>	<i>35 000</i>
7)	<i>Sonstige Sektoren</i>							
0820–Tgr. 02	Energiewerke Nord GmbH	128 590	125 687	121 060	112 000	109 900	111 000	107 700
0902–68201	Finanzierungsbeiträge an die EXPO 2000 Hannover	0	0	0	0	0	0	0
68286	Zuschuss an das IIC (Industrial Investment Council - The New Länder GmbH)	0	0	2 386	2 386	0	0	0
68303	Förderung der Herstellung klimaschonender Nichteisenmetalle	0	0	0	0	0	0	40 000
–68501	Bundesanteil an den Kosten des deutschen Pavillons auf der EXPO 2000	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-68651	Zuschuss an den Rat für Formgebung	180	208	169	158	166	0	0
-67101	Maßnahmen zur Sicherung der Mineralölversorgung	10 250	10 110	3 568	110	73	0	0
-68405	Ausgaben für die Kommission Sicherheitstechnik, Normausschüsse bei DIN u. a. Ausschüsse	638	0	0	0	0	0	0
-68406	Zahlung an die Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	778	781	795	0	0	0	0
-68407	Zahlung an die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“	1 800	2 000	2 617	0	0	0	0
-68665	Zahlung an die Institute für Rationalisierungsförderung und Mittelstandsforschung	6 600	6 000	5 500	4 500	4 521	5 750	5 874
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	531	1 082	700	1 731	6 296	6 823	6 996
-68657	Förderung des Normenwesens und der Gütekennzeichnung	2 813	3 487	3 388	4 028	4 820	0	0
-68662	Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk	38 567	36 476	36 680	39 965	45 216	47 338	44 000
-68563	Förderung der Leistungssteigerung im Handel	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 7	Zahlung an Verbraucherschutzinstitutionen	0	0	0	0	0	0	0
-68612	Förderung der Leistungssteigerung im Tourismus	2 106	1 657	1 450	1 555	977	1 440	1 500
-68613	Aufwendungen für die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V.	23 184	23 410	24 467	24 964	24 974	25 473	26 353
0910-68201	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	562	562	562	562
89101	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	128	128	128	128
1002-68604	Förderung von Informationsveranstaltungen und Tagungen (Landwirtschaft)	1 083	1 027	1 010	894	996	971	1 100
-68421	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	8 466	8 766	8 766	8 756	8 700	8 700	8 700
-68422	Zuschuss an die Stiftung Warentest	6 500	6 500	6 500	6 500	6 000	6 000	6 000
-68522	Zahlung an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.	2 100	1 856	2 020	2 056	2 182	2 229	2 623
-68424	Aufklärung der Verbraucher	13 510	10 980	10 584	10 623	10 043	12 849	17 000
-Tgr. 02	Förderung von Messen, Ausstellungen; landwirtschaftliche Verbraucherberatung	0	0	0	0	0	0	0
3002-89320	Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten	32 979	29 887	29 209	29 000	29 000	29 000	44 000
-Tgr. 30	Bundesinstitut für Berufsbildung	35 077	26 394	27 088	27 366	25 877	27 877	28 847
3208-87001	Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien, Gewährleistungen	1 227 718	1 096 001	1 355 177	794 371	691 140	684 444	900 000
	Insgesamt	1 543 470	1 392 309	1 643 134	1 071 653	971 571	970 584	1 241 383
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>47 273</i>	<i>44 133</i>	<i>43 630</i>	<i>46 020</i>	<i>50 714</i>	<i>54 528</i>	<i>91 374</i>
8)	Sektorspezifische direkte Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen insgesamt	19 046 896	16 948 028	16 240 827	15 261 114	15 754 979	15 095 232	16 833 004
	<i>dito, gemäß Subventionsbericht</i>	<i>4 811 022</i>	<i>4 178 751</i>	<i>3 540 945</i>	<i>3 312 279</i>	<i>3 485 766</i>	<i>3 666 264</i>	<i>3 688 483</i>

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
II.	Branchenübergreifende direkte Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen							
1)	Regional- und Strukturpolitik							
3002–68397	Förderung innovativer regionaler Wachstumskerne in den neuen Ländern (Zukunftsinvestitionsprogramm)	16 260	0	0	0	0	0	0
3004–68510	Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern	41 753	65 623	74 451	76 705	85 377	91 963	122 000
	Insgesamt	58 013	65 623	74 451	76 705	85 377	91 963	122 000
2)	Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung							
1102–68408	Maßnahmen der Europäischen Allianz für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR)	0	0	0	0	0	392	1 200
1602–89201	Zuweisung für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	6 929	12 755	10 692	7 233	6 838	14 742	25 351
68301	Zuschüsse zur Förderung der Aufarbeitung von Altöl zu Basisöl	654	1 206	782	642	363	0	0
–89604	Verminderung grenzüberschreitender Umweltbelastung	401	1 448	2 288	46	295	231	2 640
–68624	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	102 485	124 728	131 238	165 360	147 054	247 744	465 533
–68697	F.u.E. umweltschonender Energieformen im Bereich der nicht-nuklearen Energieforschung (0902–68697)	30 255	10 190	18 140	0	0	0	0
–89221	Investitionszuschüsse: erneuerbare Energien (0902–89221)	15 600	19 000	39 591	43 483	41 702	50 547	46 000
–89222	Förderung von Photovoltaikanlagen durch ein „100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ (0902–89230)	22 813	27 232	24 336	20 879	17 199	17 840	24 500
–68321	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien, Teilbereich: „250 Megawattwind“, Ansatz im Subventionsbericht dito, Differenz zum Gesamtansatz erneuerbare Energien	3900	2100	400	200	115	0	0
1620–68101	Zuschüsse zum Kauf von Partikelfiltern	0	0	0	0	0	0	66 000
0902–68321	F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	29 943	34 700	41 994	38 337	46 698	59 166	70 012
–68697	F.u.E. zur rationellen Energieumwandlung und -verwendung	18 720	13 287	0	0	0	0	0
–89221	Investitionszuschüsse: Rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	17 295	19 970	19 816	27 800	34 745	37 164	45 000
–68631	Förderung der Beratung privater Verbraucher und KMU über Möglichkeiten der Energieeinsparung	8 474	9 007	8 090	10 121	7 354	11 593	31 500
–68635	Unterstützung des Exports von Technologien im Bereich erneuerbarer Energien	2 869	11 323	9 004	8 779	11 350	13 133	15 500
3004–68542	Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit	118 871	118 951	120 546	130 634	131 314	124 634	128 900
3007–68350	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, F.u.E.	0	0	0	0	0	0	0
–89250	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-Tgr. 31	Ausgaben für erneuerbare Energien, rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	0	0	0	0	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	397 403	424 849	454 601	491 030	484 535	630 552	986 502
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	140 541	174 390	173 068	205 339	183 072	290 310	603 033
3)	Beschäftigungspolitik							
0902-68569	Förderung der beruflichen Fortbildung im Handwerk und in anderen Bereichen	0	0	0	0	0	0	0
68671	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	419 973	550 802	450 014	0	0	0	0
0912-68106	Arbeitnehmerhilfe	2 281	2 264	30	0	0	0	0
68501	Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung	38 937	152 475	696	0	0	0	0
-68601	Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik	0	0	0	0	0	0	0
68651	Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	28 689	15 712	8 703	0	0	0	0
-68603	Vermittlungszuschüsse	1 817	452	169	0	0	0	0
-68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	2 733	3 556	5 017	0	0	0	0
-68604	Kofinanzierung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 04	Erstattung der Kosten für Strukturanpassungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	1 725 611	0	0	0	0
68561	Sonderprogramm des Bundes – Arbeit für Langzeitarbeitslose	38 081	417 118	9 268	0	0	0	0
1102-68651	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	408 510	159 198	0	0
68653	Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	0	0	0	0	0	1 157	70 000
1112-68121	Bundesprogramm Kommunal-kombi	0	0	0	0	0	18 467	0
68301	Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	0	0	0	0	0	0	0
-68302	Förderung von ABM	0	0	0	0	0	0	0
-68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	0	6 712	6 721	6 739	8 000
68602	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	0	69 535	71 815	8 137	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	0	2 488 556	2 505 383	2 741 608	2 476 419
68612	Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer	0	0	0	153 796	164 436	118 338	0
68651	Förderung der Erprobung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	0	0	0	2 448	0	0	0
-89302	Ausgaben für Maßnahmen nach § 242s AFG	0	0	0	0	0	0	0
-89310	Sachkostenzuschüsse für Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	532 511	1 142 379	2 199 508	3 129 557	2 907 552	2 894 446	2 554 419

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
4)	Förderung von Qualifikation							
0902–89361	Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und des sonstigen Dienstleistungsbereichs	24 121	22 518	23 941	22 812	23 942	23 714	28 000
3002–68111	Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	13 734	13 684	14 578	14 911	16 067	19 193	25 000
–68121	Förderung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	7 055	5 238	3 973	4 651	4 684	4 597	7 200
–68120	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	86 333	82 138	122 696	121 801	119 831	122 259	150 940
–68601	Sonderprogramm Lehrstellentwickler und Regionalverbände Berufsbildung in den neuen Ländern	10 161	0	0	0	0	0	0
–68505	Fördermaßnahmen berufliche Weiterbildung	15 474	0	0	0	0	0	0
68520	Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	0	44 866	48 301	44 428	37 465	34 702	54 184
–68502	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	0	0	0	0	0	0	0
–68503	Beteiligung des Europäischen Sozialfonds am Ausbildungsplätzeprogramm	0	0	0	0	0	0	0
68542	Weiterbildung und lebenslanges Lernen	0	52 071	43 676	35 573	34 984	40 126	37 219
–68506	Sonderprogramm für betriebliche Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	0	0	0	0	0	0	0
68515	Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	0	0	0	0	0	1 402	7 500
	Insgesamt	156 878	220 515	257 165	244 176	236 973	245 993	310 043
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>24 121</i>	<i>22 518</i>	<i>23 941</i>	<i>22 812</i>	<i>23 942</i>	<i>23 714</i>	<i>28 000</i>
5)	Förderung von Innovationen etc.							
3002–68316	Information und Kommunikation – Anwendungen	32 828	35 293	0	0	0	0	0
	Insgesamt	32 828	35 293	0	0	0	0	0
–68555	Patentverwertung	0	0	1 900	2 100	1 328	1 810	2 000
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1 900</i>	<i>2 100</i>	<i>1 328</i>	<i>1 810</i>	<i>2 000</i>
6)	Mittelstandsförderung							
6003–62501	Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen für die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
0902–68550	Förderung der Informationsgesellschaft	0	0	0	0	0	0	0
–68552	F.u.E. und Innovation, Sonderprogramm für die neuen Länder	0	0	0	0	0	0	0
66201	Abwicklung von Altprogrammen	0	0	398 772	349 075	312 120	269 716	210 000
68350	Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen (ab 2005 in 66201 enthalten)	184 000	140 399	0	0	0	0	0
–68373	Innovative Dienstleistungen durch Multimedia	29 883	28 336	26 630	29 204	32 360	30 468	35 000
–68352	Indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmensgründungen dito, Differenz zum Gesamtansatz	41	24	11 596	4 750	0	77 105	83 350
–68354	Förderung von innovativen Netzwerken	12 435	15 956	17 750	20 000	22 634	0	0

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-68355	Ausbau der Informationsgesellschaft Internet für Alle	0	0	0	0	0	0	0
-68356	Unterstützung des neuen Förderwettbewerbs „Netzwerkmanagement Ost“	5 400	5 100	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	6 200	6 500	7 500	0	0
68359	Verbesserung der Materialeffizienz	0	0	249	910	2 501	11 235	18 350
68650	Innovative Unternehmensgründungen	0	0	5 000	15 000	23 000	23 000	35 000
	dito, Differenz zum Gesamtansatz					0	25 537	31 500
-68652	Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung	90 003	90 512	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	101 038	107 331	112 356	123 383	194 000
-68676	Informationstechnik-Anwendungen in der Wirtschaft, Akzeptanz und Rahmenbedingungen der Informationswirtschaft	11 700	10 800	11 900	12 800	0	16 071	18 500
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	41	24	979	993	16 722	1 443	1 500
-68654	F.u.E. in den neuen Bundesländern, ab 2004: Förderung innovativer Wachstumsträger, Ansatz nach Subventionsbericht	57 600	45 100	53 000	44 000	49 264	51 532	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	37 080	39 608	40 479	42 486	39 324	45 519	0
-68656	IT-Sicherheit bei IT-Anwendungen in Unternehmen	1 250	1 111	0	0	0	0	0
-68658	Leistungssteigerung der technisch-ökonomischen Infrastruktur zu Gunsten der deutschen Wirtschaft, insbesondere KMU	3 356	2 537	1 017	385	0	0	0
-66261	Zinszuschüsse und Erstattungen von Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen	148 347	153 388	0	0	0	0	0
-66262	Hilfsfonds für Handwerker und Kleinunternehmer	0	0	0	0	0	0	0
66266	Zinszuschüsse des ERP-Innovationsprogramms zur Förderung des Mittelstandes	0	0	100	3 650	9 710	15 890	40 680
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	34 500	0	0	0	0
-68161	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (KMU)	44 046	44 174	0	0	0	0	0
-68660	Existenzgründungsberatung sowie allgemeine Beratung sowie Information und Schulung	32 496	36 439	32 933	32 476	30 974	34 864	31 000
-68661	Förderung der Leistungssteigerung in KMU und freien Berufen	4 555	3 442	3 370	3 484	3 592	3 396	4 066
-68666	Förderung der Innovationsfähigkeit der KMU und des Technologietransfers	7 242	6 034	5 496	6 896	7 359	0	0
-68567	Förderung der beruflichen Qualifikation des Mittelstandes in den neuen Ländern	0	0	0	0	0	0	0
68667	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	2 135	40 272	0	0	0	0
68668	Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen durch Kammern	0	0	0	0	1 418	2 820	1 470

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-69801	Soforthilfe zugunsten KMU-Ersatz für nicht versicherten Verlust von Wirtschaftsgütern	0	0	0	0	0	0	0
0302-68505	Subventionsäquivalent aus: „Strukturelle Innovation in Bildung und Forschung“ - KMU-Patentaktion	1 500	1 300	0	0	0	0	0
	dito, Differenz Ansatz im 20. Subventionsbericht	0	0	1 600	0	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	807 568	763 530	907 481	815 740	851 393	902 574	944 466
	<i>Differenz zwischen Angaben im HHP und im SB</i>	0	0	0	0	-1 725	-1 024	0
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	723 482	673 799	625 420	604 091	618 772	598 095	599 116
7)	<i>Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen</i>							
0902-68682	Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte	8 300	6 024	2 250	1 714	1 714	1 725	0
53280	Für Teilnahme junger Unternehmen auf internationalen Leitmes- sen in Deutschland	0	0	0	0	785	1 779	3 000
-53281	Bundesbeteiligung an Auslands- messen und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft	30 078	32 977	34 394	35 977	35 935	36 995	38 000
53282	Bundesbeteiligungen an Welt- ausstellungen im Ausland	100	6 650	5 750	563	4 160	9 000	13 000
68383	Vorbereitende Maßnahmen für Auslandsprojekte	0	1 122	1 072	894	899	38	1 000
68664	Deutsch-Französisches Innova- tionsprojekt QUAERO	0	0	0	0	5 000	0	0
68683	Darstellung des Wirtschafts- standorts Deutschland im Ausland	0	0	7 410	7 372	0	0	0
68780	Förderung des Auslandsengage- ments ostdeutscher Unternehmen	31 965	27 262	0	0	37 559	41 807	60 830
	dito, Differenz zum Gesamt- ansatz	0	0	27 135	29 272	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	70 443	74 035	78 011	75 792	86 052	91 344	115 830
	<i>Insgesamt gemäß Subventions- bericht</i>	40 265	33 286	2 250	1 714	40 058	45 311	63 830
8)	<i>Branchenübergreifende direkte Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen insgesamt</i>	2 055 644	2 726 224	3 971 217	4 833 000	4 651 882	4 856 872	5 033 260
	<i>dito, gemäß Subventionsbericht</i>	928 409	903 993	826 579	836 056	867 172	959 240	1 295 979
III.	<i>Direkte Finanzhilfen an Unter- nehmen (I + II)</i>	21 102 540	19 674 252	20 212 044	20 094 114	20 406 861	19 952 104	21 866 264
	<i>dito, gemäß Subventionsbericht</i>	5 739 431	5 082 744	4 367 524	4 148 335	4 352 938	4 625 504	4 984 462
IV.	<i>Direkte Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>							
1)	<i>Krankenhäuser, Rehabilita- tionseinrichtungen, gesetzliche Krankenversicherung</i>							
1102-Tgr. 01	Berufliche und medizinische Rehabilitation	0	0	0	0	1 364	1 074	1 950
1502-89351	Einrichtung, Erweiterung etc. von Rehabilitationseinrichtungen	14 432	6 330	3 664	0	0	0	0
Tgr. 01	Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	0	0	0	1 029	922	1 047	1 100
1502-63606	Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	0	1 000 000	2 500 000	4 200 000	2 500 000	2 500 000	7 200 000
	<i>Insgesamt</i>	14 432	1 006 330	2 503 664	4 201 029	2 502 286	2 502 121	7 203 050
2)	<i>Kindertagesstätten, Kinder- krippen</i>							
0201-Tgr. 09	Kosten der Kindertagesstätte des Bundestages	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 386	1 186
	<i>Insgesamt</i>	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 386	1 186

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
"0603	Defizit, Bewilligungen für den Kulturbereich (ohne Zahlungen an Länder, an die Stiftung Preussischer Kulturbesitz und an die Deutsche Bibliothek)	0	0	0	0	0	0	0
1225–68501	An die Bundesstiftung „Baukultur“	0	0	0	0	0	868	1 250
	<i>Insgesamt</i>	<i>488 995</i>	<i>498 866</i>	<i>511 368</i>	<i>511 387</i>	<i>570 213</i>	<i>592 547</i>	<i>703 042</i>
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>22 531</i>	<i>42 283</i>	<i>60 000</i>
4)	Staatsforsten							
	<i>Insgesamt</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
5)	Kirchen, Religionsgemeinschaften							
0602–68506	Kirchentage	1 329	448	7 900	350	400	500	955
– 68504	Förderung der jüdischen Gemeinschaft und der christlich-jüdischen Zusammenarbeit	5 068	5 448	5 257	5 280	4 980	7 254	7 274
68507	An den Zentralrat der Juden in Deutschland zur Eingliederung in die jüdischen Gemeinden	0	0	0	0	1 350	1 130	800
68509	Kosten der deutschen Islamkonferenz sowie Förderung des interreligiösen Dialogs	0	0	0	0	446	654	650
	<i>Insgesamt</i>	<i>6 397</i>	<i>5 896</i>	<i>13 157</i>	<i>5 630</i>	<i>7 176</i>	<i>9 538</i>	<i>9 679</i>
6)	Sportförderung							
0602–53211	Ausrichtung der Fußball-WM 2006	0	0	0	10 027	26	0	0
53213	Frauenfußball-WM 2011	0	0	0	0	0	0	120
68411	Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	69 439	68 533	73 044	72 259	73 796	85 287	89 021
–68412	Projektförderung für Sporteinrichtungen im Beitrittsgebiet	7 438	7 944	7 968	8 846	8 551	9 835	11 696
–68413	Förderung periodisch wiederkehrender Sportveranstaltungen	2 061	3 310	2 127	754	2 172	4 652	3 485
68414	Deutsche Olympiabewerbung 2012	0	1 958	0	0	0	0	0
68611	Für das Kunst- und Kulturprogramm der Leichtathletik WM 2009	0	0	0	0	0	0	2 000
–68612	Zuschuss für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung	0	0	394	1 613	1 166	2 851	3 366
–68614	Zuschuss an die Welt Anti-Doping Agentur	520	484	493	520	513	448	555
–68615	Zahlung an das Organisationskomitee Fußball-WM 2006	4 000	5 000	10 000	4 850	0	0	0
68616	Förderung von internationalen Sportprojekten und Tagungen	0	0	634	461	530	493	500
68617	Zuschuss des Bundes zur Fusion von DSB, NOK und DOSP	0	0	0	1 073	0	800	0
68619	Zuschuss an die nationale Anti-Doping Agentur	0	0	0	2 000	0	1 000	1 000
	<i>Insgesamt</i>	<i>83 458</i>	<i>87 229</i>	<i>94 660</i>	<i>102 403</i>	<i>86 754</i>	<i>105 366</i>	<i>111 743</i>
7)	Sonstige Empfänger							
0101–68401	Zuschuss an die deutsche Künstlerhilfe	2 942	2 948	2 944	2 937	2 966	3 048	2 100
0201–68512	Förderung von Einrichtungen für parlamentarische Zwecke	1 170	1 350	1 839	1 896	1 900	1 918	2 064
–68506	Zuschuss an Restaurants, Kantinen und sonstige Pachtbetriebe im Deutschen Bundestag	0	0	0	0	0	0	0
0502–68707	Aktivitäten der politischen Stiftungen im Ausland	0	0	0	0	0	0	14 666
0602–68410	Zuschuss an die Stiftung für das sorbische Volk	0	0	0	0	0	0	0
–68502	Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	87 000	87 000	87 000	87 000	89 849	89 936	94 858

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
–68501	Zahlung an die Stiftung „Die Mitarbeit“	523	523	523	473	473	500	500
89402	Investitionszuschüsse an öffentlichen Einrichtungen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	0	0	0	3 700	9 957	7 429	7 700
–Tgr. 03	Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	11 734	12 040	12 106	12 260	12 245	12 563	12 644
0902–68703	Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpartnern aus den EU-Beitrittsländern	2 184	1 470	948	0	0	0	0
– 68701	Internationale Arbeitsorganisationen	23 101	22 116	19 925	0	0	0	0
1102 - 68703	Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpartnern aus den EU-Beitrittsländern	0	0	0	172	1 898	1 331	0
– 68701	Internationale Arbeitsorganisationen	0	0	0	20 523	19 780	23 926	25 572
1002–68705	Internationale Landwirtschaftsorganisationen	29 461	31 445	31 807	30 096	29 122	31 001	31 485
–Tgr. 06	Zuschüsse an landwirtschaftliche Organisationen außerhalb der Bundesverwaltung	17 890	15 722	15 659	15 016	14 969	15 097	16 307
1202–89401	Zuschuss und Erweiterungsbau des meereskundlichen Museums in Stralsund	0	0	3 899	5 531	15 570	5 000	0
1502–68406	Verbände des Gesundheitswesens	621	556	628	549	547	3 494	3 853
–68502	Deutsche Gesellschaft für Ernährung	0	0	0	0	0	0	0
–68501	Zuschüsse an Informations- und Dokumentationseinrichtungen	0	0	0	0	0	0	0
1702–68614	Deutsches Jugendinstitut e.V.	8 197	8 217	8 026	7 736	7 210	7 787	8 230
68421	An Träger und für Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik sowie für ältere Menschen	0	0	0	0	38 739	40 806	36 400
68422	Errichtung von Mehrgenerationenhäusern	0	0	0	2 438	11 662	22 172	12 000
–68431	Träger der Altenhilfe	8 573	9 471	9 749	9 527	0	0	0
68432	Träger der Altenhilfe	0	0	0	1 800	0	0	0
–68641	Arbeiten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung	10 710	10 752	10 230	10 937	0	0	0
–89331	Ausgaben für Modelleinrichtungen (Altenhilfe)	3 320	2 920	2 781	2 512	0	0	0
"0906	Defizit, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen	19 098	19 829	21 108	22 904	21 293	22 365	0
3003–Tgr.60	Sonstige institutionell geförderte Einrichtungen im Bereich Bildung u. Forschung	30 442	30 818	31 834	9 213	9 273	9 501	13 116
	<i>Insgesamt</i>	<i>256 966</i>	<i>257 177</i>	<i>261 006</i>	<i>247 220</i>	<i>287 453</i>	<i>297 874</i>	<i>281 495</i>
"0902– 68674	An die Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	0	0	800	800	739	1 019	1 113
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>800</i>	<i>800</i>	<i>739</i>	<i>1 019</i>	<i>1 113</i>
8)	Direkte Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister insgesamt	851 369	1 856 737	3 385 072	5 068 898	3 455 122	3 508 832	8 310 195
	dito, gemäß Subventionsbericht	0	0	800	800	23 270	43 302	61 113
V.	Direkte Finanzhilfen an Unternehmen und (halb-)staatliche Dienstleister (III + IV) insgesamt	21 953 909	21 530 989	23 597 116	25 163 012	23 861 983	23 460 936	30 176 459
	Direkte Finanzhilfen des Bundes gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung	5 739 431	5 082 744	4 368 324	4 149 135	4 376 208	4 668 806	5 045 575
	Indirekte Finanzhilfen des Bundes gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung	1 880 318	1 799 052	1 659 707	1 568 707	1 272 288	1 257 998	1 288 298

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Programm zur Stärkung der PKW-Nachfrage^a							5 000 000
	Aufstockung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand							900 000
	Finanzhilfen des Bundes insgesamt gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung	7 619 749	6 881 796	6 028 031	5 717 842	5 648 496	5 926 804	12 233 873

^aSoll.

Quelle: BMF *Haushaltsrechnungen* (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009a); eigene Berechnungen.

Tabelle A3:

Indirekte Finanzhilfen des Bundes (Zahlungen an Länder) 2003–2009 (1 000 Euro), Vergleich mit dem Subventionsbericht der Bundesregierung (mit und ohne Grenzfälle identisch)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
1002–63201	Ausgleichsmaßnahmen für vom Hochwasser geschädigte Landwirte	0	0	0	0	0	0	0
–63202	Soforthilfe für vom Hochwasser betroffene land- und forstwirtschaftliche Betriebe	0	0	1 805	0	0	0	0
63204	Ausgleichsmaßnahmen für von Trockenheit und Hitze geschädigte landwirtschaftliche Betriebe	40 464	-96	0	0	0	0	0
1003–Tgr. 1	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne Teile der Ausgaben für Wasserwirtschaft und ohne Darlehen)	533 500	512 600	483 600	463 900	442 866	461 611	500 750
	Dorferneuerung (1998 und 2000 geschätzt)	60 941	55 277	62 499	38 170	45 795	50 000	59 577
	Insgesamt	634 905	567 681	547 904	502 070	488 661	511 611	560 327
	<i>Nachrichtlich:</i>							
	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“, Darlehenskomponente	1 600	500	400	100	0	0	0
	Insgesamt gemäß Subventionsbericht	535 100	513 100	484 000	464 000	442 866	461 611	500 750
1003	<i>Nachrichtlich:</i> Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	733 989	678 042	662 776	612 012	610 600	650 175	700 000
	Verkehr							
1202–88231	Zuschuss an Länder zur Realisierung von Anwendungstrecken für die Magnetschwebebahntechnik	10 970	0	0	0	0	0	0
–65202	Zahlung an das Land Berlin (Regionalisierungsgesetz)	0	0	0	0	0	0	0
6002–88201	Für Investitionen im Bereich der Seehäfen	0	0	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346
1218–88201	Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des ÖPNV	1 342 935	1 329 927	1 323 326	1 329 908	1 343 555	0	0
–88202	Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV	244 125	248 782	251 349	295 602	231 950	233 073	208 587
1222–88201	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Länder	17 564	22 164	18 270	14 061	12 979	14 372	17 900
–88301	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Kommunen	57 353	68 999	44 370	40 140	41 760	50 215	50 137
–88303	Zuschüsse nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz	4	6	1	5	0	0	50
1226–88281	Investitionszuweisungen gemäß Hauptstadtvertrag	.	.	.	2 000	12 000	0	0
6001–03105	Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	6 846 175	6 809 890	7 053 100	7 053 100	6 709 900	6 675 000	6 775 000
	Insgesamt	8 519 126	8 479 768	8 728 762	8 773 162	8 390 490	7 011 006	7 090 020
	Wohnungsvermietung							
2502–88226	Zuweisung für im Bau befindliche Mietwohnungen	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A3*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1225–62203	Zinshilfe nach dem Altschuldenhilfegesetz – Abwicklung	486	294	0	0	0	0	0
	dito, Differenz zum Gesamtansatz	0	0	60	11	0	0	0
–62201	Entlastung von Wohnungsunternehmen nach dem Altschuldenhilfegesetz	1	3	0	0	10	0	0
62202	Entlastung von Wohnungsunternehmen und Zinshilfen nach dem Altschuldenhilfegesetz	65 367	101 859	176 646	130 396	190 148	104 009	84 751
88204	Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	52 251	0	0	0	0	0	0
88211	Förderung städtebaulicher Maßnahmen	0	0	21 015	0	0	0	0
88212	Förderung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	0	0	0	0	0	2476	12 058
–88213	Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern	82 147	82 605	89 279	80 263	89 078	83982	74 930
88214	Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	0	62 952	57 786	67 166	78 801	99776	95 198
88215	Für den Stadtumbau West	0	0	0	19 458	33 194	31859	52 120
88216	Für den Stadtumbau Ost	0	0	0	133 544	106 475	106982	100 529
–88217	Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern	283 897	314 126	300 439	83 847	100 267	100263	88 747
88218	Für den städtebaulichen Denkmalschutz Ost	0	0	0	75 085	87 384	98924	97 846
88291	Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden/Städtebau	0	0	0	0	0	3920	65 000
88211 bis 88218	Städtebauförderung nach Subventionsbericht	122 000	153 200	165 900	170 200	188 630	176 042	195 944
	Korrekturposten	–122 000	–153 200	–165 900	–170 200	–188 630	–176 042	–195 944
88221	Zuweisungen für Investitionen in den alten und neuen Ländern	0	0	17 621	75 038	0	0	0
–88225	Zuschüsse an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	221 277	216 110	148 320	107 137	0	0	0
	dito, Schuldendiensthilfen	0	0	0	0	0	0	0
–88228	Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	197 878	153 486	115 261	81 446	0	0	0
–88229	Zuweisungen an die Länder für Bauinvestitionen in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage	1 509	0	0	0	0	0	0
88266	Modellvorhaben experimenteller Wohnungsbau					0	0	14 556
63202	Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	206	584	42	171	115	0	0
6096–Tgr.1	Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen aus dem Fonds „Aufbauhilfe“	0	0	0	8 100	0	0	0
	Insgesamt	905 019	932 019	926 469	861 662	685 472	632 191	685 735
1225–85224	Baudarlehen in den alten Ländern	42 487	21 530	5 461	57	0	0	0
62223	Darlehen an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	62 913	45 270	46 298	30 313	0	0	0
85223	Insgesamt gemäß Subventionsbericht	713 918	691 752	675 507	594 587	378 788	280 051	280 695
Sonstige Sektoren								
0902–63203	An das Land Niedersachsen im Zusammenhang mit der EXPO 2000 Hannover GmbH	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A3*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
63211	Soforthilfe für durch das Hochwasser 2005 entstandene Schäden bei gewerblichen Unternehmen und freien Berufen	0	0	0	889	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	0	0	0	889	0	.	.
Regional- und Strukturpolitik								
0902–88281	Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastruktur	0	0	500 200	509 500	450 634	516 336	436 853
–88282	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen	90 200	65 100	0	0	.	.	.
88288	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Berlin	541 100	529 100	0	0	.	.	.
88282	Sonderprogramm der GA	0	0	0	0	0	0	70 000
–88291	Zuweisungen an die neuen Länder sowie Berlin (Ost) für betriebliche Investitionen sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen aus Zuschüssen des EFRE (betriebliche Investitionen, geschätzt)	280 485	246 752	357 845	235 397	152 616	148 988	0
	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder, EFRE-Mittel (betriebliche Investitionen, geschätzt)	25 168	20 575	31 515	44 983	18 484	.	0
	<i>Insgesamt</i>	936 953	861 527	889 560	789 880	621 734	665 324	506 853
	<i>Insgesamt gemäß Subventionsbericht</i>	631 300	594 200	500 200	509 500	450 634	516 336	506 853
	<i>Nachrichtlich:</i>							
–88282	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder	116 329	97 184
–88288	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – neue Länder	736 027	723 173
88281	Gemeinschaftsaufgabe insgesamt	852 356	820 357	637 859	669 553	643 763	848 866	624 076
Beschäftigungspolitik								
3002–63202	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	59 740	56 000
	<i>Insgesamt</i>	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	59 740	56 000
Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen								
1502–88201	Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0	221 083	0	0	0	0	0
	<i>Insgesamt</i>	0	221 083	0	0	0	0	0
Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter								
0405–63222	Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	11 884	11 845	11 673	12 238	12 975	13 449	0

noch *Tabelle A3*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-88221	Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	1 893	1 442	635	1 187	2 033	2 463	0
-63281	Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	11 735	11 635	11 455	0	0	0	0
63211	Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	0	0	0	11 655	11 655	11 655	11 655
-63381	Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	15 339	10 226	5 113	0	0	0	0
63311	Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	0	0	0	5 113	5 113	5 113	5 113
Insgesamt		40 851	35 148	28 876	30 193	31 776	32 680	16 768
Sportförderung								
0602-88211	Errichtung, Erstausrüstung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport	17 388	21 221	23 627	22 232	20 857	19 800	22 150
-88213	Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“	10 000	5 000	3 000	1 759	2 000	1 798	2 000
-88214	Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions in Berlin und Umbau des Zentralstadions in Leipzig	80 137	0	2 634	0	1 094	100	0
-88212	Zuschuss zur Errichtung des Sportmuseums in Köln	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt		107 525	26 221	29 261	23 991	23 951	21 698	24 150
Indirekte Finanzhilfen des Bundes insgesamt		11 233 495	11 206 227	11 228 625	11 059 050	10 317 464	8 934 250	8 939 853
Indirekte Finanzhilfen des Bundes gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung		1 880 318	1 799 052	1 659 707	1 568 087	1 272 288	1 257 998	1 288 298
<i>Nachrichtlich:</i>								
1218-88203	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	1 335 500	1 335 500
1225-88202	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	518 200	518 200	518 200
Indirekte Finanzhilfen des Bundes insgesamt einschl. Kompensationszahlungen		10 835 664	10 787 950	10 793 553

. = keine Angaben vorhanden.

Quelle: BMF *Haushaltsrechnungen* (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009a); eigene Berechnungen.

Tabelle A4:

Finanzhilfen der Länder (mit Grenzfällen) nach Sektoren bzw. Subventionszielen 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>I</i>	<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>									
	25 311	25 151	24 977	23 740	23 289	22 755	22 365	21 962	22 490	23 421
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei									
	2 739	2 759	3 001	2 798	2 880	2 942	2 462	2 798	3 096	3 084
	Bergbau									
	855	692	663	612	682	674	756	663	660	554
	Schiffbau									
	74	127	146	115	86	52	41	19	15	9
	Verkehr									
	10 265	10 077	10 732	10 422	10 708	10 534	10 473	10 091	10 168	10 498
	Wohnungsvermietung									
	5 260	4 661	4 404	4 648	3 874	3 554	3 391	3 400	3 153	3 531
	Luft- und Raumfahrzeugbau									
	1	3	5	7	6	6	5	4	14	25
	Wasserver- und -entsorgung, Abfallwirtschaft									
	2 502	2 467	2 177	1 634	1 468	1 571	1 576	1 507	1 495	1 546
	Fremdenverkehr, Bäder									
	1 251	1 358	1 397	1 339	1 267	1 169	1 274	1 280	1 439	1 528
	Sonstige Sektoren									
	2 364	3 007	2 452	2 165	2 318	2 253	2 386	2 200	2 451	2 648
<i>II</i>	<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>									
	6 842	6 443	5 436	5 372	5 317	5 007	4 781	4 957	5 668	4 889
	Regionalpolitik, Strukturpolitik									
	3 378	3 239	2 546	2 541	2 327	2 180	2 051	2 034	2 503	2 215
	Umwelt, rationelle Energieverwendung									
	332	301	247	329	337	273	279	271	301	315
	Beschäftigungspolitik									
	1 545	1 479	1 313	1 252	1 382	1 380	1 227	1 330	1 340	1 072
	Förderung von Qualifikation									
	547	578	638	606	596	586	558	542	588	530
	Förderung von Innovationen etc.									
	394	371	283	300	302	224	225	328	512	449
	Mittelstandsförderung									
	162	144	123	90	105	83	203	218	207	108
	Investitionsförderung									
	40	43	37	28	23	21	20	24	31	31
	Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen									
	443	289	248	226	247	262	217	209	185	171
<i>III</i>	<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>									
	32 153	31 594	30 412	29 112	28 606	27 762	27 146	26 919	28 158	28 310
<i>IV</i>	<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>									
	32 184	33 347	34 104	33 707	33 009	33 336	33 700	33 468	36 197	40 464
	Krankenhäuser									
	5 458	5 995	5 858	5 558	5 299	5 351	5 656	5 379	5 680	6 989
	Kindertagesstätten, Kinderkrippen									
	9 410	9 548	10 343	10 511	10 621	10 959	11 203	11 364	12 506	14 148
	Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter									
	5 445	5 574	5 733	5 697	5 541	5 714	5 699	5 715	6 033	6 433
	Staatsforsten									
	670	564	462	499	362	266	328	291	293	252
	Kirchen, Religionsgemeinschaften									
	534	559	563	555	564	566	561	571	587	786
	Pflegeeinrichtungen									
	603	608	617	634	514	278	203	185	186	185
	Sport, Freizeit									
	4 997	5 127	5 226	5 081	5 078	4 972	5 041	4 946	5 394	5 880
	Sonstige Empfänger									
	5 066	5 374	5 302	5 172	5 030	5 230	5 008	5 018	5 517	5 791
<i>V</i>	<i>Finanzhilfen insgesamt</i>									
	64 337	64 941	64 516	62 819	61 615	61 098	60 846	60 387	64 355	68 775
<i>I + IV</i>	<i>Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>									
	57 495	58 498	59 081	57 447	56 298	56 091	56 066	55 430	58 686	63 885

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

Tabelle A5:
Finanzhilfen mit Grenzfällen 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Prozent
Baden-Württemberg	7 693	7 785	8 366	8 052	7 722	7 767	8 082	7 448	8 066	9 203	19,63
Bayern	9 106	9 048	9 270	8 993	8 528	8 603	8 504	8 974	10 147	10 558	15,95
Hessen	4 139	4 265	4 354	4 344	4 396	4 575	4 588	4 626	5 009	5 390	30,23
Niedersachsen	4 642	4 790	4 830	4 416	4 116	4 174	4 140	4 209	5 516	5 989	29,02
Nordrhein-Westfalen	11 184	11 725	10 773	10 716	10 787	10 980	10 933	10 317	11 638	12 767	14,16
Rheinland-Pfalz	2 379	2 423	2 305	2 326	2 357	2 352	2 462	2 439	2 562	2 801	17,75
Saarland	674	792	694	738	660	693	882	756	609	666	-1,23
Schleswig-Holstein	1 485	1 531	1 443	1 405	1 544	1 544	1 571	1 596	1 559	1 820	22,56
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>41 301</i>	<i>42 359</i>	<i>42 034</i>	<i>40 991</i>	<i>40 110</i>	<i>40 686</i>	<i>41 161</i>	<i>40 365</i>	<i>45 106</i>	<i>49 194</i>	<i>19,11</i>
Brandenburg	2 999	2 840	3 044	2 577	2 855	2 589	2 877	2 987	2 811	2 861	-4,63
Mecklenburg- Vorpommern	2 079	2 029	2 044	2 006	1 890	1 860	1 730	1 788	1 858	1 814	-12,75
Sachsen	5 264	5 148	5 274	5 165	4 782	4 347	4 465	4 375	4 207	4 163	-20,91
Sachsen-Anhalt	3 286	3 177	2 990	3 366	3 065	2 877	2 726	2 752	2 620	2 576	-21,61
Thüringen	3 004	3 095	2 637	2 516	2 736	2 580	2 424	2 430	2 248	2 445	-18,61
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>16 632</i>	<i>16 290</i>	<i>15 989</i>	<i>15 630</i>	<i>15 328</i>	<i>14 253</i>	<i>14 222</i>	<i>14 333</i>	<i>13 744</i>	<i>13 859</i>	<i>-16,68</i>
Berlin	4 318	4 172	4 353	4 072	4 128	3 981	3 416	3 378	3 352	3 420	-20,80
Bremen	678	698	685	651	602	692	659	633	594	607	-10,44
Hamburg	1 408	1 423	1 456	1 474	1 447	1 485	1 388	1 678	1 558	1 695	20,40
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>6 404</i>	<i>6 292</i>	<i>6 493</i>	<i>6 198</i>	<i>6 178</i>	<i>6 158</i>	<i>5 463</i>	<i>5 689</i>	<i>5 504</i>	<i>5 722</i>	<i>-10,65</i>
<i>Länder insgesamt</i>	<i>64 337</i>	<i>64 941</i>	<i>64 516</i>	<i>62 819</i>	<i>61 615</i>	<i>61 098</i>	<i>60 846</i>	<i>60 387</i>	<i>64 355</i>	<i>68 775</i>	<i>6,90</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

Tabelle A6:
Finanzhilfen (mit Grenzfällen) je Einwohner 2000–2009 (1 000 Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	718	734	785	753	721	723	753	693	750	856
Bayern	745	734	748	724	685	690	681	717	810	843
Hessen	682	702	715	713	721	751	755	762	826	889
Niedersachsen	586	602	605	553	514	522	519	528	694	754
Nordrhein-Westfalen	621	649	596	593	597	608	606	573	649	712
Rheinland-Pfalz	590	599	568	573	580	579	607	603	636	695
Saarland	630	743	651	696	625	660	846	729	591	646
Schleswig-Holstein	532	546	512	498	546	545	554	562	550	642
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>657</i>	<i>673</i>	<i>666</i>	<i>648</i>	<i>634</i>	<i>643</i>	<i>651</i>	<i>638</i>	<i>715</i>	<i>780</i>
Brandenburg	1 153	1 095	1 179	1 001	1 112	1 012	1 129	1 178	1 115	1 134
Mecklenburg- Vorpommern	1 171	1 153	1 171	1 158	1 099	1 090	1 021	1 064	1 117	1 090
Sachsen	1 189	1 174	1 213	1 195	1 113	1 017	1 051	1 037	1 003	993
Sachsen-Anhalt	1 257	1 231	1 173	1 334	1 229	1 165	1 116	1 141	1 100	1 081
Thüringen	1 236	1 284	1 102	1 060	1 162	1 105	1 049	1 062	991	1 078
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>1 201</i>	<i>1 187</i>	<i>1 174</i>	<i>1 156</i>	<i>1 141</i>	<i>1 068</i>	<i>1 074</i>	<i>1 091</i>	<i>1 055</i>	<i>1 064</i>
Berlin	1 277	1 231	1 283	1 202	1 218	1 173	1 004	989	977	996
Bremen	1 027	1 057	1 034	982	908	1 043	993	955	897	917
Hamburg	821	824	842	850	834	852	791	948	879	957
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>1 112</i>	<i>1 090</i>	<i>1 123</i>	<i>1 071</i>	<i>1 068</i>	<i>1 061</i>	<i>938</i>	<i>972</i>	<i>938</i>	<i>975</i>
<i>Länder insgesamt</i>	<i>780</i>	<i>788</i>	<i>782</i>	<i>761</i>	<i>747</i>	<i>741</i>	<i>739</i>	<i>734</i>	<i>785</i>	<i>839</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Fachserie 14* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); eigene Berechnungen.

Tabelle A7:

Subventionen (ohne Grenzfälle) nach Wirtschaftssektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten 2008 (Mill. Euro)

	Finanzhilfen					Insgesamt	Steuer- ver- günsti- gungen	Subven- tionen
	Bund	Länder und Ge- meinden	EU	Bundes- agentur für Arbeit	Sonder- fonds für Kinder- betreu- ungs- ausbau			
<i>I Sektorspezifische Subventionen an Unternehmen</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 926	2 996	5 101	.	.	10 977	626	10 649
Bergbau	2 273	660	.	.	.	2 933	1	2 934
Schiffbau	24	15	.	.	.	39	.	39
Verkehr	8 890	10 154	.	.	.	19 044	2 686	21 730
Wohnungsvermietung	930	3 068	.	.	.	3 998	6 399	10 397
Luft- und Raumfahrzeugbau	82	14	.	.	.	96	.	96
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	0	1 360	.	.	.	1 360	.	1 360
Fremdenverkehr, Bäder	0	1 438	.	.	.	1 438	.	1 438
Sonstige Sektoren	971	2 293	.	.	.	3 264	22 756	26 020
<i>Insgesamt</i>	<i>15 095</i>	<i>21 997</i>	<i>5 101</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>42 195</i>	<i>32 468</i>	<i>74 663</i>
<i>II Branchenübergreifende Subventionen an Unternehmen</i>								
Regionalpolitik, Strukturpolitik	92	2 503	.	.	.	2 595	1 355	3 950
Umwelt, rationelle Energieverwendung	631	301	.	.	.	932	.	932
Beschäftigungspolitik	2 893	1 340	.	4 015	.	8 248	.	8 248
Förderung von Qualifikation	246	588	.	.	.	834	.	834
Förderung von Innovationen etc.	0	505	.	.	.	505	.	505
Mittelstandsförderung	903	207	.	.	.	1 110	.	1 110
Investitionsförderung	0	31	.	.	.	31	.	31
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	91	174	.	.	.	265	.	265
Sonstige Zwecke ^{a,b}	14 387	14 387
<i>Insgesamt</i>	<i>4 857</i>	<i>5 650</i>	<i>0</i>	<i>4 015</i>	<i>0</i>	<i>14 520</i>	<i>15 742</i>	<i>30 262</i>
<i>III Subventionen in enger Abgrenzung (I + II)</i>	<i>19 952</i>	<i>27 647</i>	<i>5 101</i>	<i>4 015</i>	<i>0</i>	<i>56 715</i>	<i>48 210</i>	<i>104 925</i>
<i>IV Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>								
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherungen	2 502	4 697	.	.	.	7 199	.	7 199
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	12 506	.	.	1 035	13 542	.	13 542
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	593	5 499	.	.	.	6 092	.	6 092
Kirchen, Religionsgemeinschaften	10	463	.	.	.	473	.	473
Pflegeeinrichtungen	0	186	.	.	.	186	.	186
Sport, Freizeit	105	5 394	.	.	.	5 499	.	5 499
Sonstige Empfänger	298	2 777	.	.	.	3 075	5 137	8 212
<i>Insgesamt</i>	<i>3 509</i>	<i>31 522</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1 035</i>	<i>36 066</i>	<i>5 137</i>	<i>41 203</i>
<i>V Subventionen in weiter Abgrenzung (III + IV)</i>	<i>23 461</i>	<i>59 169</i>	<i>5 101</i>	<i>4 015</i>	<i>1 035</i>	<i>92 781</i>	<i>53 347</i>	<i>146 128</i>

Abweichungen der Summen durch Runden. — . = keine Daten per Definition bzw. Daten fehlen. — ^aNicht zuordenbare Steuervergünstigungen. — ^bEinschließlich der einbezogenen Vergünstigungen aus der Koch-Steinbrück-Zusatzliste.

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 9, 10 und 13; Boss (2010); Boss und Rosenschon (2006, 2008, 2009); eigene Berechnungen.

Tabelle A8:

Subventionen (ohne Grenzfälle) nach Wirtschaftssektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten 2007 (Mill. Euro)

	Finanzhilfen				Insgesamt	Steuer- ver- günsti- gungen	Subven- tionen
	Bund	Länder und Ge- meinden	EU	Bundes- agentur für Arbeit			
<i>I Sektorspezifische Subventionen an Unternehmen</i>							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 668	2 662	5 152	.	9 482	576	10 058
Bergbau	2 245	663	.	.	2 908	11	2 919
Schiffbau	30	19	.	.	49	.	49
Verkehr	9 761	10 069	.	.	19 830	2 367	22 197
Wohnungsvermietung	1 000	3 327	.	.	4 327	7 853	12 180
Luft- und Raumfahrzeugbau	79	4	.	.	83	.	83
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	0	1 398	.	.	1 398	.	1 398
Fremdenverkehr, Bäder	0	1 279	.	.	1 279	.	1 279
Sonstige Sektoren	972	2 094	.	.	3 066	22 553	25 619
<i>Insgesamt</i>	<i>15 755</i>	<i>21 515</i>	<i>5 152</i>	<i>0</i>	<i>42 422</i>	<i>33 360</i>	<i>75 782</i>
<i>II Branchenübergreifende Subventionen an Unternehmen</i>							
Regionalpolitik, Strukturpolitik	85	2 034	.	.	2 119	1 248	3 367
Umwelt, rationelle Energieverwendung	485	271	.	.	756	.	756
Beschäftigungspolitik	2 908	1 330	.	4 239	8 477	.	8 477
Förderung von Qualifikation	237	542	.	.	779	.	779
Förderung von Innovationen etc.	0	322	.	.	322	.	322
Mittelstandsförderung	851	218	.	.	1 069	.	1 069
Investitionsförderung	0	24	.	.	24	.	24
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	86	204	.	.	290	.	290
Sonstige Zwecke ^{a,b}	14 678	14 678
<i>Insgesamt</i>	<i>4 652</i>	<i>4 947</i>	<i>0</i>	<i>4 239</i>	<i>13 836</i>	<i>15 926</i>	<i>29 762</i>
<i>III Subventionen in enger Abgrenzung (I + II)</i>	<i>20 407</i>	<i>26 462</i>	<i>5 152</i>	<i>4 239</i>	<i>56 258</i>	<i>49 286</i>	<i>105 544</i>
<i>IV Subventionen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>							
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherungen	2 502	4 400	.	.	6 902	.	6 902
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	11 364	.	.	11 365	.	11 365
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	570	5 203	.	.	5 773	.	5 773
Kirchen, Religionsgemeinschaften	7	449	.	.	456	.	456
Pflegeeinrichtungen	0	185	.	.	185	.	185
Sport, Freizeit	87	4 946	.	.	5 033	.	5 033
Sonstige Empfänger	287	2 537	.	.	2 824	4 895	7 719
<i>Insgesamt</i>	<i>3 454</i>	<i>29 083</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>32 538</i>	<i>4 895</i>	<i>37 433</i>
<i>V Subventionen in weiter Abgrenzung (III + IV)</i>	<i>23 862</i>	<i>55 545</i>	<i>5 152</i>	<i>4 239</i>	<i>88 796</i>	<i>54 181</i>	<i>142 977</i>

Abweichungen der Summen durch Runden. — . = keine Daten per Definition bzw. Daten fehlen. — ^aNicht zuordenbare Steuervergünstigungen. — ^bEinschließlich der einbezogenen Vergünstigungen aus der Koch-Steinbrück-Zusatzliste.

Quelle: Tabellen 1, 2, 5, 9 und 10; Boss (2010); Boss und Rosenschon (2006, 2008, 2009); eigene Berechnungen.

Literaturverzeichnis

- BMF (Bundesministerium der Finanzen (lfd. Jgg.). *Anlage E (1090) zu Haushaltskapitel 1004*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.). *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr...* Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2006). *Finanzbericht 2007*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2007a). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2005–2008. Einundzwanzigster Subventionsbericht*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2007b). Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes. Via Internet (25. Januar 2010) <<http://www.steuern.de/download/bmf/2007-bericht-ermaessigter-steuersatz.pdf>>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2008). *Finanzbericht 2009*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010a). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2007–2010. Zweiundzwanzigster Subventionsbericht*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010b). *Monatsbericht*. Januar. Berlin.
- Boss, A. (2010). Steuervergünstigungen in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 1587. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2006). Der Kieler Subventionsbericht: Grundlagen, Ergebnisse, Schlussfolgerungen. Kieler Diskussionsbeiträge 423. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2008). Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 452/453. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2009). Finanzhilfen des Bundes – Eine Bestandsaufnahme. Kieler Arbeitspapiere 1567. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Brose Wissens-Management (2010). Interne Arbeitsunterlage. Osnabrück.
- Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Deutscher Bundestag (2003). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2001 bis 2004 (Neunzehnter Subventionsbericht)*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2006). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2003 bis 2006 (Zwanzigster Subventionsbericht)*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2008). Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagepflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG). Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Drucksache 16/9299 vom 27. Mai 2008. Via Internet (26. Mai 2010) <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609299.pdf>>.
- Deutscher Bundestag (2009a). *Bundeshaushaltsplan*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2009b). Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Drucksache 16/11740 vom 27. Januar 2009. Via Internet (20. Mai 2010) <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/117/1611740.pdf>>.
- Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.). Verschiedene Orte.
- Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.). Verschiedene Orte.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). *Subventionsabbau im Konsens*. Wiesbaden.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009). Anzeiger für staatliche Beihilfen – Frühjahrsausgabe 2009 – Sonderausgabe „Staatliche Beihilfen in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise“. Via Internet (28. Mai 2010) <http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/2009_spring_de.pdf>.

- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2003). *Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren. Jahresgutachten 2003/2004*. Stuttgart.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2005). *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006*. Stuttgart.
- Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (2009). Pressemeldungen. Via Internet (28. Mai 2010) <<http://www.soffin.de/de/presse/pressemitteilungen/finish.html>>.
- Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (2010). Via Internet (28. Mai 2010) <<http://www.soffin.de/de/>>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder*. Via Internet.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 3.3: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.5: Inlandsproduktsberechnung. Lange Reihen ab 1970*. Wiesbaden.
- Vaubel, R. (2009). Lehren aus der Finanzkrise: Rolle des Staates und internationale Dimension. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Band 60. Stuttgart: 247–266.

465. Globalisierung in der Wirtschaftskrise: Wie sicher sind die Jobs in Deutschland?
Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser
Kiel, Mai 2009. 31 S. 9 Euro.
- 466./467. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2009
Kiel, Juni 2009. 47 S. 18 Euro.
- 468./469. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2009
Kiel, Oktober 2009. 69 S. 18 Euro.
- 470./471. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2009
Kiel, Januar 2010. 68 S. 18 Euro.
- 472./473. Droht in Deutschland eine Kreditklemme?
Jens Boysen-Hogrefe, Jonas Dovert, Dominik Groll, Björn van Roye und Joachim Scheide
Kiel, Januar 2010. 38 S. 18 Euro.
- 474./475. Die Hartz IV-Falle: Wenn Arbeit nicht mehr lohnt
Alfred Boss, Björn Christensen und Klaus Schrader
Kiel, März 2010. 40 S. 18 Euro.
- 476./477. Weltkonjunktur im Frühjahr 2010
Kiel, April 2010. 59 S. 18 Euro.
478. Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2010
Kiel, April 2010. 31 S. 9 Euro.
- 479./480. Subventionen in Deutschland: Der Kieler Subventionsbericht
Alfred Boss und Astrid Rosenschon
Kiel, Juni 2010. 76 S. 18 Euro.